

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 30 Pf., vierteljährlich 80 Pf., halbjährlich 150 Pf., jährlich 300 Pf.
Einzeln 10 Pf.
Sonntagsblätter 10 Pf.
Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren:
Bekanntmachung 10 Pf.
Anzeige 5 Pf.
Kleine Anzeigen 3 Pf.
Werbung 10 Pf.
Werbung 10 Pf.
Werbung 10 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gerichtlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 29. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gerichtlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Die wichtigsten Entscheidungen

wird das neue Jahr für das deutsche Volk bringen. Das Jahr 1908 wird in der politischen Geschichte eine ganz besondere Stelle einnehmen. Es wird zunächst die

Probe auf die Blockpolitik

erleben! Es wird sich zeigen, ob das Blockbündnis vom Freisinn und Agrarier mit der völligen politischen Bankrotterklärung des Liberalismus endet. Der Freisinn hat bereits zu erkennen gegeben, daß er

alle Marine- und Kolonialforderungen

zu bewilligen bereit ist.

Trotzdem uns der südwestafrikanische Krieg nicht nur eine einmalige Summe von 500 Millionen, sondern auch — für die 5000 Mann Schutztruppen — einen dauernden jährlichen Betrag von 30—40 Millionen kostet, sollen für

neue Kolonialbahnen

Hunderte von Millionen gefordert werden. Der Freisinn will diese Forderungen bewilligen! Ebenso will er die

neue Flottenvorlage bewilligen,

durch die in Verbindung mit den Displacement-erhöhungen für die Schiffe dem deutschen Volke für das nächste Jahrzehnt eine

Mehrbelastung von 1000 Millionen

aufgelegt wird! Dabei hat die Regierung in der Budgetkommission bereits zugegeben, daß spätestens 1912 eine weitere neue Flottenvorlage zu erwarten ist!

Diese kolossalen Lasten für die Weltpolitik bedingen weitere kolossale Steuerlasten. Das jährliche Steuerdefizit beträgt 250 Millionen, es muß also eine

Vierteilmilliarde neuer Steuern

bewilligt werden! Und es liegt auf der Hand, daß der weitaus größte Teil dieser neuen Steuern aus

neuen indirekten Steuern

bestehen wird! Neue Bier- und Brauwaisensteuern, neue Tabaksteuern stehen in Aussicht! Durch solche Steuern würde aber nicht nur in erster Linie der Konsum der nicht-besitzenden Klasse verteuert werden, sondern es würden dadurch auch

Zehntausende brotlos

gemacht werden! Und das

in einer Zeit der Arbeitslosigkeit und Krise!

Aber der Block wird auch noch eine andere Probe bestehen müssen. Dem Freisinn ist von der Regierung als Gegengabe für die Blockliebesdienste eine Reform des preussischen Wahlrechts versprochen worden. Es gilt, die Regierung zu zwingen, eine gründliche Reform der preussischen Wahlrechtschmach zu gewähren! Es gilt, das

allgemeine, gleiche Wahlrecht

zu erkämpfen, um endlich das schamlose Dreiklassenregiment von Junkern und Geldproben in Preußen hinwegzufegen!

Die nächsten materiellen und die höchsten politischen Interessen des Proletariats stehen auf dem Spiele!

Es gilt die höchste Kräfteanstrengung, den unwiderstehlichsten Kampf des Proletariats!

Darum hinein in den Kampf!

Sammelt alle in der Existenz Bedrohten, alle Entrechteten um Euer Sturmbanner!

Werbt mit aller Kraft neue Leser, neue Abonnenten für den

Vorwärts!

Der „Vorwärts“ wird Euch belehrend, aufmunternd im Kampfe vorschreiten!

Um aber auch die Erholungspausen anregend auszufüllen, wird der „Vorwärts“ vom 1. Januar ab sein tägliches Feuilleton erweitern, dadurch also seinen Unterhaltungsteil ausbauen!

Parteiorgan! Seht Euch Eurem Kampfe, Eurem Kampforgan im Hause und am Herde des Proletariats die Verbreitung zu sichern, die dem Zentralorgan der stärksten Partei Deutschlands gebührt!

Vorwärts!

Die Feinde des Reichstages.

Immer deutlicher wird's: Die neuen Steuerpläne sollen nicht nur neue Lasten den schwachen Schultern aufbürden, sie sollen gleichzeitig zum Mittel werden, die Rechte des Reichstages zu schmälern und seine Macht einzuschränken. Die Regierung besteht zunächst auf indirekten Steuern, auf der Zigarrensteuer einerseits, dem Branntweinmonopol andererseits; aber sie begegnet dabei einem gewissen Widerstand, oder sagen wir lieber, da sie doch zu einem wirklichen Widerstand unfähig sind, einem Widerstreben, der liberalen Parteien, die sich, wenn auch nur mit halben Worten, für direkte Steuern ausgesprochen haben. Sind die Liberalen auch bereit, schließlich nachzugeben, so doch nur dann, wenn sie wenigstens ihren Wählern einige Zugeständnisse präsentieren können. Das nächstliegende Kompromiß für die Liberalen wäre gewesen: indirekte Steuern in der Hauptsache und direkte Steuern als Entschädigung vor den Wählern. Zunächst müßte dies auch der Regierungswünschenswert erscheinen; denn mit den indirekten Steuern, die sie plant, kann sie allein kaum das Auskommen finden. Das Branntweinmonopol namentlich soll nicht nur dem Fiskus, sondern auch den Brennern erhebliche Gewinne bringen, so daß seine Ertragsfähigkeit ziemlich begrenzt sein wird. Ebenso läßt sich die Zigarrensteuer nur allmählich steigern, soll nicht der Rückgang des Konsums den Erfolg in Frage stellen. Die Einführung der Steuern fällt außerdem in die Zeit der Krise, in der ohnehin der Ertrag der Konsumsteuern zurückgehen wird. All diese Momente lehren die Einführung direkter Reichssteuern als Hilfsmittel für die Erzielung von indirekten Steuern der Reichsregierung wünschenswert erscheinen. Daher die Versprechungen Bülow's in Rordenney und der fromme Glaube des Freisinn's, es würde ihm das Odium indirekter Steuern erspart bleiben. Durch diese Rechnung machten aber alsbald die Konservativen einen dicken Strich. Sie erklärten rundweg, die Einführung direkter Reichssteuern verstoße gegen ihre Prinzipien, und sie würden sie deshalb absolut nicht zulassen. Die Regierungen Preußens und Sachsens waren das Sprachrohr der Konservativen, und Rheinbaben gab eine dahingehende Erklärung offiziell im Namen der verbündeten Regierungen im Reichstage ab.

Um die Gründe für den Widerstand der Konservativen zu verstehen, genügt es nicht, auf die Abneigung der Junker gegen das Steuerzahlen allein zu verweisen. So groß diese Abneigung auch sein mag, so wissen die Junker schließlich, daß es mit dem Privilegium der Steuerfreiheit denn doch vorbei ist. Im preussischen Landtag, den sie in der Hand haben, haben sie doch die Einführung direkter Steuern, der Einkommens- sowohl als der Vermögenssteuer nicht hindern können. Ihr Widerstand gegen direkte Steuern im Reich muß also noch andere Gründe haben. Diese aber muß man verstehen, um die Bedeutung der Reichsfinanzreform überhaupt würdigen zu können.

Von jeher haben die Junker gegen den Reichstag, der aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgeht, das stärkste Mißtrauen empfunden; jedoch war 1870 das gleiche Recht eine Notwendigkeit. Ohne die Verankerung im gleichen politischen Recht aller Deutschen war die Einheit des Reiches gegenüber den partikularistischen Sonderbestrebungen nicht zu sichern. Dazu kam die bonapartistische Erwägung Bismarck's, daß gerade die Entfesselung aller sozialen Kräfte, die das gleiche Wahlrecht bewirkt, das Erstarken der Regierungsmacht begünstigt. Bismarck hatte die Erfahrungen, die er mit dem Privilegienwahlrecht in Preußen gemacht hatte, noch zu gut in Erinnerung, um sich vor dem plutokratischen Wahlrecht zu hüten, das vielleicht wieder die ihm verhassten Liberalen zur regierenden Partei gemacht hätte. Das allgemeine Wahlrecht gab dem Proletariat eine parlamentarische Vertretung, die naturgemäß die Liberalen schwächen mußte. Noch wichtiger war die moralische Wirkung. Die Angst vor dem Proletariat trieb das Bürgertum in die Arme der Konservativen, beraubte es jeder Angriffskraft und machte zuerst Bismarck und dann das „persönliche Regiment“ zum absoluten Herrn. Aber versöhnt haben sich die Junker mit dem gleichen Wahlrecht nie, und da sie es nicht vernichten können, suchen sie seine Wirkung so sehr als möglich aufzuheben durch äußerste Beschränkung der Macht des Reichstages. In diesem Bestreben aber finden sie eine Bundesgenossenschaft bei derjenigen Partei, die in der Vormacht Preußens in Deutschland eine Vereinträchtigung ihrer Stellung sehen mußte. Der Kulturkampf stärkte noch die föderalistischen Tendenzen des Zentrums. So wurde es den Regierungen möglich, die Rechte des Reichstages auf ein Minimum zu beschränken, ihm bloß so viel Befugnis einzuräumen, als für die Einheit des Wirtschaftsgebietes, die Armeefragen und die Vertretung nach Außen unbedingt erforderlich waren. Alles übrige blieb den Landtagen überlassen, deren Wahlrecht die herrschenden Klassen vor einem wirkungsvollen Eindringen des Proletariats bewahrte. Die Bevorzugung, die Macht der Landtage wirkt aber dem Reichstage gegenüber doppelt; einmal dadurch, daß die Ausdehnung ihrer Kompetenzen den Reichstag allzusehr behindert; dann aber haben die Landtage bestimmenden Einfluß auf die Regierungen der Einzelstaaten, und deren Vertreter bilden den Bundesrat. Ohne ihre

Zustimmung erhält kein Beschluß des Reichstages Gesetzeskraft. Je komplizierter aber im Laufe der Entwicklung die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse werden, desto weniger wird es möglich, daß einzelne politische Parteien, auch wenn sie die Majorität bilden, ihren Vorschlägen die Form von Gesetzen verleihen. Gewöhnlich ist alles, was sie tun können nur das, bestimmte Wünsche auszusprechen, die in Gesetzesform zu bringen nur Aufgabe der Regierung sein kann, weil nur sie die nötigen Unterlagen dafür zur Verfügung hat.

Wächst so überhaupt die Abhängigkeit der modernen Parlamente von der Bureaucratie, so besonders in Deutschland, dessen Reichstag kein irgendwie wirksames Machtmittel zur Verfügung hat, und dessen Bureaucratie nicht vom Reichstag, sondern wesentlich von den Landtagen aus beeinflusst wird. So hebt die Macht der Landtage die Wirkungen des gleichen Wahlrechts zum Reichstag zum großen Teil wieder auf. Erst dann, wenn in den Landtagen, insbesondere in Preußen und Sachsen, dessen Regierungen ja in der Praxis den Bundesrat beherrschen, das gleiche Wahlrecht errungen ist, erst dann kann auch im Reichstage das gleiche Wahlrecht politisch wirksamer werden.

Gerade deshalb aber sehen die herrschenden Klassen jeder Wahlreform in Preußen und Sachsen den größten Widerstand entgegen. Wie aber das Proletariat seinen Kampf nach zwei Fronten führen muß, indem es einerseits das errungene Recht im Reiche möglichst auszunutzen sucht, andererseits aber dies Recht durch die Eroberung des Landtagswahlrechts erweitern und sichern muß, so suchen sich auch die Konservativen nicht nur durch die Bekämpfung der Wahlrechtsbewegung, sondern auch durch weitere Vereinträchtigung der Macht des Reichstages gegen jede Schwächung ihres Einflusses zu wehren. Als Mittel dafür soll ihnen die geplante Finanzreform dienen.

Ein Reichstag, der nicht über seine Steuern verfügen kann, ist von vornherein ohnmächtig. Um dies einzusehen, braucht man nur den äußersten Fall zu setzen, daß der Reichstag, um die Regierung zu bestimmten Dingen zu zwingen, den Etat verweigern würde. So gefährlich das Mittel in der Theorie ausfieht, so wenig Unannehmlichkeiten würde es praktisch den Regierungen bereiten. Denn die indirekten Steuern liegen sich der Natur der Sache nach sehr leicht weiter erheben, und ebenso würden die Regierungen sich selbst die Matrularbeiträge weiter bezahlen. In der Art der Steuerfassung liegt daher eine wichtige Ursache für die Ohnmacht des deutschen Reichstages. Es ist ein Parlament, das von seiner juristischen Macht nicht Gebrauch machen kann, ohne daß sich sofort herausstellen würde, daß dieser juristischen Befugnis keine reale Macht entspricht.

Nur die Verfügung über direkte Steuern, die bei Verweigerung des Etats nicht gezahlt zu werden brauchen und dann auch nicht gezahlt werden, sichert die Macht eines Parlaments. Die indirekten Steuern und die Matrularbeiträge erhalten den Reichstag in vollständiger Abhängigkeit von dem Bundesrat. Die Vereinträchtigung der Matrularbeiträge bedeutet somit die Vermehrung der Macht des Reichstages und die Einschränkung seiner Abhängigkeit von den Regierungen und seinen Landtagen. Jeder, dem es darum zu tun ist, den Reichstag des gleichen Rechts wirklich zu stärken, die Wirkung der Privilegienwahlrechte in den Landtagen zu schwächen, muß daher gegen die Matrularbeiträge, besonders aber gegen ihre Erhöhung und Vereinträchtigung Stellung nehmen und direkte Reichssteuern fordern. Die Stellung zu der Frage der Matrularbeiträge wird so zum Prüfstein der Demokratie, zum Bekenntnis für und gegen der Reichstag.

„Väterchen“ und der finnische Konstitutionalismus.

Aus Oshingford wird uns geschrieben: In bezeichnender Weise charakterisierte ein bürgerlicher Redner in der Protestversammlung der Konstitutionellen am 15. Dezember die politische Mabelät der bürgerlichen Parteien, indem er betonte: durch die Bewilligung der 20 Millionen hätte Finnland vom Zaren doch eine bessere Behandlung verdient als die Ernennung Seyns zum Gehälfen des Generalgouverneurs! Die Bourgeoisie glaube also, durch die Millionenbewilligung die Gemogenheit der St. Petersburger Kamavilla erkaufen zu haben! Sie erhielt aber nur einen neuen Faustschlag ins Gesicht. Dabei macht sich die Bourgeoisie immer noch das Vergnügen, Väterchen als einen guten Kerl darzustellen. Der Zar ist wiederum bloß das Opfer der schlechten Ratgeber geworden! An einem Ernennungssonabend haben die „Väterchen“ unter anderen Beförderungen auch die Seyns zum Vizegeneralgouverneur von Finnland präsentiert. Das gute „Väterchen“ — mit Arbeiten überhäuft — hat die Liste unterschrieben und erst nachher erfahren, daß es den Finnen „unhold“ gewesen! Diesen Schritt jetzt gleich rückgängig zu machen, das wäre eine „kaiserliche Blamage“, also „muß ein wenig gewartet werden“!

Den Prügelknaben für die Bourgeoisie muß natürlich die Sozialdemokratie hergeben. Die sozialdemokratische Reichstagsopposition und das „unerbittliche Votum“ der russischen Revolutionäre haben es danach verursacht, daß Finnland abermals

schweren Tagen entgegengehe. Die Folge dieser Erkenntnis ist, daß die bürgerliche Regierung sich noch mehr als bisher auf die Sozialdemokratie wirft. Die in der letzten Zeit besonders häufig erhobenen Anklagen gegen die sozialdemokratische Presse liefern den Beweis.

Nach viel schärfer weht der Wind gegen die Russen. An der Eisenbahnlinie zwischen St. Petersburg und Wiborg befinden sich zahlreiche Villenorte, wie z. B. Kalkajaari, Ollila, Nuokkala, Kellomäki, Terijoki, Raibola, Kusta-mäki, Nussikoffo u. a. m. Dort wohnen hunderttausende St. Petersburger Einwohner im Sommer, viele auch im Winter. Diese fremden Einwohner bilden für die örtlichen Bewohner eine geschätzte Einnahmequelle. Es ist nur ganz natürlich, daß viele, die sich in St. Petersburg nicht behaglich fühlten, hier Wohnung suchten. Russische Geheimagenten trieben sich daher immer in Scharen dort herum: Die Ermordung Herzogsteins wurde in Terijoki ausgeführt, und Arretierungen waren keine Seltenheit. Seit einiger Zeit nun aber ist es in dieser Gegend bis insl. Wiborg genau so arg geworden, wie irgendwo in Rußland: Hausdurchsuchungen und Verhaftungen sind alltäglich. Der Gouverneur von Wiborg will gar in Terijoki eine riesige Polizeimacht etablieren: Außer den jetzigen „Ständen der Gesellschaft“ beabsichtigt er dort noch zu placieren: 4 Polizeikommissare nebst Gehälften, 15 ständige Polizeiwächter, 15 zeitweilige, 15 berittene Polizisten und 10 Geheimagenten! Und diese finnische Polizeimacht soll der russischen nur Handlangerdienste leisten! Die Folge dieser Maßnahmen ist natürlich, daß die Bewohner diese Ortschaften verlassen. Sowohl den Ortsbewohnern wie auch dem finnischen Staatsfiskus geht dadurch eine hübsche Einnahme verloren; denn die Bahnlinie St. Petersburg—Wiborg ist bis jetzt die einträglichste Strecke der finnischen Staatsbahnen gewesen. In Anbetracht der hier dargelegten Tatsachen hat die örtliche Bevölkerung Protestversammlungen abgehalten, die jedoch vergeblich sind, da ja die finnische Landesregierung mit der russischen unter einer Decke steht.

Die Ernennung Sehns rüttelte die bürgerliche Bevölkerung ein wenig auf. Die Proteste waren und sind aber recht maßlos, da man in den Versammlungen keine Resolutionen gutheißend wollte, die von der Sozialdemokratie beantragt wurden und die neben der russischen Regierung auch die eigene Verwaltung verurteilten.

Nach den Anweisungen der russischen Gendarmen verfolgt die Helsingforsker Polizei seit langer Zeit die hiesigen russischen Arbeiter: ihr Verein wurde aufgehoben und ihnen erklärt, daß sie nicht das Recht haben, sich so zu organisieren wie die finnischen Bürger. Sie haben kein Koalitionsrecht, keine Redefreiheit, keine Organisationsmöglichkeit. Die Arbeiter suchten sich dennoch zu organisieren und einen neuen Verein zu gründen. Dabei wurden sie von der Polizei auf Schritt und Tritt verfolgt. Eigens zu diesem Zweck unterhält die Helsingforsker Polizei einen ganzen Trupp Agenten, die mit den aus Rußland hierher gefandenen Spitzeln Hand in Hand „arbeiten“. Besonders verhaßt machte sich die „leitende Seele“ dieser Horde, ein gewisser Suslin. Einige russische Arbeiter versuchten nun auf die unglückselige Idee, den Spion zu beseitigen. Juslin wurde vor einigen Tagen tödlich verwundet und starb. Der Polizeimeister von Berg feierte ihn wie einen Helden und betonte an seinem Grabe, daß der „Ehrenmann“ Juslin bald jedem rebellischen Bürger Finnlands zum Vorbild dienen werde! Also glaubt von Berg, daß bald alle Finnen Spione sein werden!

Aus der unbesonnenen Tat sind jetzt weitere schwere Verfolgungen erwachsen. Es wurden gleich in derselben Nacht zwei Arbeiter als der Tat verdächtig arretiert, bald darauf eine ganze Reihe anderer mit der Motivierung, es habe sich herausgestellt, daß die Arbeiter ein Komplott gegen die Polizei geschildert hätten! Es hat fast den Anschein, als wäre die Tat der Polizei sehr gelegen gekommen, denn sie gab ihr Gelegenheit, bei der Verfolgung ihr unliebsamer Personen seitdem eine ganz besondere rege Tätigkeit zu entwickeln.

Nach und nach erst beginnt die Bourgeoisie zu begreifen, daß kein Finne mehr vor der russischen Polizei sicher ist. Die Presse schlägt endlich etwas lautere Saiten an, und der Senat hat sich nochmals auferafft und ein paar alleruntertänigste Anfragen produziert. Zu einem erfolgreichen Protest, zum ersten Widerstand ist die Bourgeoisie und ihre Regierung zu lenksam, und sie haben ja auch die Zeit verpaßt. Schon drohen Gefahren sehr erakter Art. Gerüchten zufolge, die jetzt auch von der Presse verbreitet werden, soll General Kaufbars, der Blutfürst von Odesja, mit 12 000 Mann nach Finnland kommen, um die geheimen Organisationen, die der Staat „nur auf dem Papier aufgehoben“ habe, endgültig zu vernichten, d. h. die rote Garde der Arbeiter und die Boima (Kraft)-Gesellschaften der Bürger. Beide Organisationen sollen angeblich Waffenlager besitzen, und um diese ausfindig zu machen, soll Kaufbars nach Finnland beordert sein.

Zuerst ging das Gerücht, daß Finnland an Röllers-Sakomeloff ausgeliefert werden sollte. Als die baltischen Barone diesen Blutfürst für sich erobert hatten, kam Reinhold auf den Plan. Den letzten Nachrichten zufolge wollen die Moskowiter aber auch nach diesem „Mutigen“ nicht lassen. Nun hat Kaufbars in Odesja abgewirtschaftet. Finnland ist von den Greueln des Krieges der Regierung gegen die Bevölkerung noch verschont, da soll es denn an Kaufbars ausgeliefert werden. Die liberale Bourgeoisie der „Kulturwelt“ hat alldenn wieder Gelegenheit, Nikolai II. ein schönes Buch mit wohlklingenden Worten und reizenden Ornamenten protestierend zu überreichen, wie vor einigen Jahren...

Petersburg, 26. Dezember. (Von einem Privatkorrespondenten.) Gestern ist ein Militärzug von 30 Wagen mit Truppen verschiedener Waffengattungen nach Finnland abgegangen, angeblich „zur Verhütung des Schmutzels“. (!)

Auf Anordnung des russischen Kriegsministers und nach Verständigung mit Stolypin und Kosorjow (als Chef des Grenzwachkorps) werden jetzt auf der russisch-finnländischen Grenze größere Abteilungen der Schützenbataillone des Petersburger Militärbezirktes postiert, um den freien Übergang der Grenze unmöglich zu machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Dezember 1907.

Vertrauliches vom Flottenverein.

Wir teilten bereits gestern mit, daß, nach der Mitteilung des Regierungsrats v. Braun, in der vertraulichen Sitzung des Gesamtvorstandes des Flottenvereins vom 11. Mai 1907, die „Verl. Neuesten Nachrichten“ in „direkter Abhängigkeit“ vom Flottenverein stehen. Der Regierungsrat meinte, daß es in Anbetracht dieser „direkten Abhängigkeit“ dem Präsidium des Flottenvereins doch habe leicht fallen müssen, die Redaktion des Blattes an der Veröffentlichung gewisser Artikel zu hindern!

Diese sehr realen Beziehungen des Flottenvereins zu den „Berliner Neuesten Nachrichten“ sind um so inter-

essanter, als das Blatt als notorisches Panzerplatten-Organ gilt, das von der Firma Krupp subventioniert wurde und noch heute in ähnlichen Beziehungen zu diesen Kapitalistenkreisen steht.

Man erliehe schon aus diesem dreieckigen Verhältnis, daß der Flottenverein resp. die Leitung des Flottenvereins in der Tat mit dem Panzerplatten- und Kanonenkapital aufs innigste liiert ist!

Der Flottenverein unterhält aber nicht nur derartige Beziehungen zu den Panzerplatten-Interessenten, sondern auch zur Marineverwaltung.

Der Präsident erklärte in der erwähnten Sitzung vom 11. Mai 1907 u. a.:

„Der zweite Fall, den ich zu erwähnen habe, ist auch noch ein Gegenstand, der uns schon im vorigen Jahre beschäftigt hat. . . . Es hat ein Schriftwechsel zwischen dem Stationskommando der Ostsee und dem Präsidium stattgefunden und ich möchte noch sagen, daß diese Angelegenheit uns bis zum letzten Winter beschäftigt und durch das Schreiben des Stationsvorstandes vom 8. Januar 1907 ihren Abschluß gefunden hat.“

Der Präsident rügte am 11. Mai die Absendung von „Kaisertelegrammen“ von nichtautorisierter Stelle, d. h. ohne Genehmigung des Präsidiums. Er bezog sich dabei auf ein Telegramm an Wilhelm II., das der Leiter einer Sonderfahrt für Berlin und Mark Brandenburg abgeendet hatte. Nach dem vertraulichen Stenogramm sagte darüber der Präsident:

„Ich darf wohl den Wortlaut vorlesen. (Verliest die Telegramme; dieselben erwecken Heiterkeit.)

Hauptmann Röper, der Redakteur dieses anscheinend humoristischen „Kaisertelegramms“, verwahrte sich gegen die Heiterkeit der Hauptversammlung folgendermaßen:

„Ich will noch erwähnen, daß Se. Majestät der Kaiser auf das Telegramm, das Ihr Lachen erregt hat, durch Se. Erzellenz von Lucanus hat erwidern lassen: „Se. Majestät lassen für den treuen Gruß aus Sahnitz herzlich danken.“ Merken Sie sich das bitte, meine Herren.“

Es wäre nicht uninteressant, wenn man den Wortlaut des Telegramms erfahren könnte! —

Nationalliberalismus und Großindustrie.

Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen, welche die national-liberalen Parteiführer als ihre parlamentarischen Kommis betrachten, und zwar mit einigem Recht, da der größte Teil der zur national-liberalen Wahlagitation nötigen Geldmittel aus ihren Taschen stammt, sind mit den Leistungen der nationalliberalen Reichstagsfraktion höchst unzufrieden. Und da zarte Rücksichtnahme auf ihre Kommis nicht zu ihrem Eigenen gehört, so haben die Herren Großindustriellen den nationalliberalen Führern öffentlich ihre Mißbilligung ausgesprochen lassen. Auf der Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, die am 18. Dezember in Berlin abgehalten wurde, erlegte Generalsekretär Bued von oben herab, daß auch die national-liberale Partei im Reichstag für direkte Steuern einträte, und daß zweitens der Abgeordnete Stresemann bei der Besprechung der Kohlensteuerungs-Interpellation nicht genügend die Interessen der gehendenberger be-rücksichtigt habe. Infolgedessen, so meinte Herr Bued, würden die Großindustriellen sich vielleicht zur „Revision der Stellung der Industrie unseres Bezirks zur nationalliberalen Partei“ genötigt sehen.

Die Drohung scheint den nationalliberalen Führern an die Leber gegriffen zu haben; denn sie wissen, was hinter dieser Drohung steht: Entziehung der Subsidien. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sucht deshalb die habenden Gruppen zu veröhnen, indem sie beiden Klazumachen sucht, daß sie aufeinander angewiesen sind:

Die Anforderungen des Generalsekretärs Bued in der letzten Hauptversammlung der deutschen Stahl- und Eisenindustriellen über das Verhältnis der Großindustrie zur nationalliberalen Partei haben besonders im rheinisch-westfälischen Industriebezirk lebhaft Beachtung gefunden. Vor allem tauchte die Frage auf, mit wem soll die Großindustrie sich bei uns politisch verbünden, wenn nicht mit der national-liberalen Partei. Auch derjenige, der die Nichtstimmung über die Reden eines jugendlichen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten versteht und billigt, kann sich andererseits der Tatsache nicht verschließen, daß zurzeit bei uns ein anderer politischer Anschlag der Großindustrie schwer denkbar ist. Wohl gibt es unter unseren Unternehmern, Beamten, Gelehrten und Geistlichen manche, die konservativ oder freikonservativ sind; aber so hervorragend sie auch als Persönlichkeiten sind, ihre Zahl ist zu gering, als daß sie politisch, besonders bei der Wahl zum Reichstage, eine selbständige Rolle spielen könnten. Andererseits sind sie politisch zu einflusslos und selbstlos, als daß sie den Versuch machen könnten, durch Organisierung ihrer Freunde eine neue Gruppe in dem ohnehin schon sehr bunten Bunde unserer Partei-fractions aufzulösen. Von Jahr zu Jahr hat sich immer mehr die Erkenntnis durchgedrungen, daß das Heil für die national-liberalen Wähler nur in Vereinigungen auf rein nationaler Grundlage in unserem Bezirk zu sichern ist. Jede einseitige Parteibestrebung muß zurückgehalten werden. Auch die nationalliberale Partei, die doch überall den Kern der nationalen Wählermassen bildet, hat dies eingesehen und in weiser Selbst-zucht auf schroffe Verfolgung ihrer Parteinteressen verzichtet.“

Wie der kleine hässliche Zwist auslaufen wird, ist nicht schwer voranzusehen. In der Steuerfrage hat sich der Nationalliberalismus bereits den Forderungen der rheinisch-westfälischen Großindustriellen angepaßt — und was die zweite Weiskunde anbelangt, so wird man sicher zukünftig Herrn Stresemann nicht wieder reden lassen bei Angelegenheiten, die das Interesse der Kohlen- und Eisenmagnaten berühren. Die Herren vom Zentralverband deutscher Industrieller können die nationalliberalen Abgeordneten als parlamentarische Kommis nicht entbehren, und diese nicht die Börsen der Großindustriellen. —

Eine koloniale Gründung.

Die Finanz- die während der letzten Reichstagswahl aus geschäftlichen Gründen kräftig für die kolonialpolitisch eintrat, schied sich nun, nachdem sie den demnachstigen Ausbau der deutschen Kolonien auf Reichskosten für gesichert hält, mit dem ihr eigenen Geschäftssinn an, ihre Profite aus den Kolonien zu ziehen. Da die schönen Eisenbahnbauprojekte des Herrn Dernburg in Folge der traurigen Reichsfinanzlage vorläufig zurückgestellt werden mußten, versuchten es die Herren Finanziers einzuwickeln mit der Gründung von kolonialen Land- und Bergwerksgesellschaften. So meldet die „Köln. Ztg.“: Unter der Firma Deutsche Farm-gesellschaft, Aktiengesellschaft in Düsseldorf, wurde eine Aktiengesellschaft gegründet, die sich mit dem Erwerb, der Bewertung und Verleihung von Grund- und Bergwerkseigentum, Betrieb von Land- und Bergwirtschaft sowie von industriellen Unternehmungen und Handelsgeschäften aller Art sowie auch mit der Beteiligung an Unternehmungen befassen will, die denselben Zweck haben oder die Zwecke der Gesellschaft in irgend einer Weise zu

fördern geeignet sind. Das Grundkapital beträgt 5 Millionen Mark. Die Gründer der Gesellschaft sind: Liebig Extract of Meat Company, Limited, London, Bankier Ludwig Desbrück-Berlin, Bankier Maurice Glyn-London, Bankier Charles Eugen Günther-London, Bankier Wilhelm v. Mallinckrodt-Antwerpen, Graf v. Schwerin-Löwitz. Die Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Zum Vorstand wurde Rentier Otto Günther-Düsseldorf ernannt. Die Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind: Bankier Ludwig Desbrück-Berlin, Bankier Maurice Glyn-London, Bankier Charles Eugen Günther-London, Bankier Wilhelm v. Mallinckrodt-Antwerpen und Graf Hans v. Schwerin-Löwitz.

Also auch der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Graf Hans v. Schwerin auf Löwitz befindet sich unter dem internationalen Gründerkonkordium trotz seiner sonstigen Antipathie gegen das internationale Börsen- und Bankkapital; oder entpringt diese Antipathie vielleicht nur dem Reiz auf die schönen Profite der anderen? —

Klerikale Diplomatie.

Der Bischof Bengler von Reg., der einst von der offiziellen Presse als der träumerische Mond von Maria Saach geschildert wurde, hat zum 50-jährigen Priesterjubiläum des Papstes einen Hirtenbrief verfaßt, in dem er zeigt, daß er mit größter Gemandtheit den Ton zu treffen weiß, den man so gern im Vatikan hört.

„In den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart“, heißt es in dem Schriftstück, „sehen wir Pius X. mit fester Hand das Steuer der Kirche führen und das Schiffelein Petri durch die aufgeregten Wogen des Jertums und der Verfolgung lenken. Wie er den Annahmungen feindlicher Mächte gegenüber sich als den Vorläufer der kirchlichen Freiheit und Unabhängigkeit erwiesen hat, so im Kampfe gegen den Jertum als den Port der katholischen Wahrheit. Nachdem er schon eine ganze Reihe falscher Lehren gebrandmarkt und verurteilt hatte, sprach er in seiner jüngsten wahrhaft großartigen Enzyklika das Verwerfungsurteil über den Modernismus aus, ein Verurteil, das die Glaubenswahrheiten anstehender Zeitgemäher, modernere auffassen wollte, in Wirklichkeit aber sie ihres übernatürlichen göttlichen Charakters entleidet.“

Bengler ist bekanntlich Bischof von „Kaisers Gnaden“, hat aber durch sein Verhalten in den letzten Jahren des Kaisers Gunst verloren. Als luger Seelenhirt mag er deshalb der in Rom herrschenden Kurie und ihrem Oberhaupt seine Reverenz. —

Die Steuerpläne der Regierung.

Die Regierung arbeitet jetzt mit großem Eifer an der Durchsetzung der neuen Steuern. Zunächst geht es ihr um das Spiritusmonopol und die Zigarrensteuer. Die Projekte sind bereits dem Bundesrat zugegangen, der sich damit in der ersten Sitzung nach Neujahr beschäftigen soll. Mit diesen indirekten Steuern will sich aber die Regierung nicht begnügen. Sie würden auch allein zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen. Deshalb soll dem Bundesrat auch eine Vorlage über eine anderweitige Erhebung der Patrimonialbeiträge zugehen, die vorgeschlagen wird, diese Beiträge nicht nach der Kopfzahl der Bevölkerung, sondern nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Staaten zu erheben, und so Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und die Hansestädte mehr zu belasten und die Kleinstaaten zu entlasten. Die augenblickliche Reife des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg hängt ein in gar keiner Zwangslage, wohl aber die Regierung. Sie muß nachgeben, wenn der Reichstag festbleibt. Und das hängt zu einem großen Teil vom Freisinn ab. Er braucht bloß die indirekten Steuern zu verweigern, und sie werden im Reichstag keine Majorität finden. Der Freisinn trägt also die volle Verantwortung und die Verbindlichkeit der indirekten Steuern mit der „Reform“ der Patrimonialbeiträge steigert noch diese Verantwortung. Weniger verantwortlich ist, daß das Zentrum der Reform der Patrimonialbeiträge Geschmach abgeminnt. Das entspricht nur seinen föderalistischen Traditionen. Die „Kölnische Volkszeitung“ erklärt denn auch bereits ihre Zustimmung zu dem Plane, der die Reichstagsrechte verfürzen soll. Um so notwendiger wird es sein, daß unsere Agitation den Volksmassen zeigt, wie gefährlich diese Pläne der Regierung sind. Keine indirekten Steuern, keine Reform der Patrimonialbeiträge, sondern direkte Reichssteuern muß unsere Forderung lauten. —

Das Siedtum der bürgerlichen Demokratie.

In Baden wird am Silvesterabend das in Konstanz erscheinende Organ der demokratischen Volkspartei, die „Benedictische Konstanzer Abendzeitung“ ihr Erscheinen einstellen. Bei einem kaum laufend Abnehmer erreichenden Abonnentenstande mußte der sie verlegendende Buchdrucker große pekuniäre Opfer bringen, ohne Aussicht zu haben, von der demokratischen Partei entschädigt zu werden. Die ursprünglich recht entschiedene Haltung der „Abendzeitung“ — redigiert wurde sie eine Zeitlang vom früheren Sozialdemokraten Hülse-Erfurt — nahm in dem Maße ab, als das demokratische Schiffelein ins Nesselwasser des Modestagsschiffes geriet. Zuletzt war sie so verblüfft, daß man keine Spur vom Einflusse des Herrn Benedict mehr erkennen konnte, der unter den badischen Demokraten inunerhin noch der Hüter alter Traditionen ist. Gesamtheit wurde vor einigen Wochen auch das zweite demokratisch-volksparteiliche Blatt Badens, der in Karlsruhe erscheinende „Landeshote“, auf die Aussterbeliste gesetzt. Die freisinnige Lante zu Mannheim war dafür bestimmt, das Schiffelein der bürgerlichen Demokratie in einer Ude ihres Alters ausflackern zu lassen. Da trafen die Finanziers wegen des „Bad. Landeshoten“ noch einmal ein Abkommen mit dem Verleger. Es scheint sich dabei mehr um ein ehrenvolleres Begräbnis zu handeln. —

Flottenvereinsliches.

Aus Bayern schreibt man uns: Als es vor einigen Jahren zum „guten Ton“ gebote, in jedem Orte einen Flottenverein zu gründen oder diesem beizutreten, da schwamm ganz Bayern auf dem Wasser. Massenhaft traten die aufgeregten Leute den Ortgruppen bei, zumal die ersten Veranstaltungen des neuen Vereins mit Militärmusik bei freiem Entree arrangiert wurden. Nun, nachdem ein bayerischer Prinz wegen der delamantischen Vorgänge in Berlin seinen Austritt aus der bayerischen Nationalgarde erklärt hatte und andere Flottenvereine mit klingenden Namen, wie Fürst Thurn und Taxis, Graf Zuyger usw., seinem Beispiel folgten, da hielten es auch die Mitglieder, denen bisher die Militärkonzerte des Flottenvereins so gut gefallen hatten, für angebracht, aus dem Flottenverein auszutreten. Dagegenweise lösten sich gegenwärtig die

Ordnung in den Provinzen auf. Wenn auch nicht allen, so doch dem allergrößten Teil dieser bisberigen Flottenvereinsmitglieder ist die Flottenmanie eines Reim und die „Unerschütterlichkeit“ eines Sirefemann ganz wurscht, sie nehmen die Gelegenheit wahr, der nur gezwungen — standeshalber oder aus Geschäftsschlichtheit — mitgemachten Flottenregler den Rücken zu kehren, was natürlich die guten Bürger und Patrioten aber nicht hindert, wieder ein begeistertes Mitglied des Flottenvereins zu werden und dessen Lichtbildervorträge mit Regimentskonzert wieder massenhaft zu besuchen, sobald oben der Wind aus anderer Richtung weht. —

Rückwanderer.

Die in den Vereinigten Staaten von Amerika ausgebrochene Wirtschaftskrise veranlaßt viele der dort während der letzten Jahre tätig gewesen fremden Arbeiter nach Europa zurückzuwandern. Um den preussischen Staat davor zu schützen, daß ihm unerwünschte nichtdeutsche Elemente zur Last fallen, hat der Minister des Innern, wie offiziell mitgeteilt wird, schon im Jahre 1904 die in Deutschland konzentrierten Auswanderungsunternehmungen zur Uebernahme einer Garantie veranlaßt, wodurch sie sich verpflichtet haben, für die Durchförderung der außerdeutschen Rückwanderer in ihre Heimat zu sorgen und dem Staat und den Gemeinden die Kosten abzunehmen, die ihnen durch diese Rückwanderer erwachsen.

Von agrarischer Seite ist angeregt worden, einen Teil dieser Rückwanderer für die Arbeit in preussischen landwirtschaftlichen Betrieben zu gewinnen. Wie es scheint, haben diese Versuche aber bisher keinen Erfolg gehabt, denn die „Berl. Korrespondenz“ berichtet darüber:

In der Presse ist auf die Bedeutung dieser Frage schon hingewiesen und die Ansicht ausgesprochen worden, daß es wohl möglich erscheine, für den inländischen Bedarf an Arbeitskräften aus rückwandernden Kollegen wenigstens teilweise Befriedigung zu schaffen. Diese Möglichkeit ist jedoch schon deshalb sehr beschränkt, weil unter den Rückwanderern nur wenige Deutsche sind; zum überwiegenden Teile befinden sie aus Österreichisch-ungarischen oder russischen Staatsangehörigen. Aber auch abgesehen hiervon wird der gedachte Zweck jedenfalls nur in beschränktem Maße zu erreichen sein. Ueberwiegend handelt es sich bei diesen Rückwanderern um verhältnismäßig bemittelte Leute, die der alten Heimat lediglich einen kurzen Besuch abstatten und bei besserer wirtschaftlicher Konjunktur alsbald nach Amerika zurückkehren wollen, also um eine Art von interozeanischen Saisonarbeitern. Daß sie in so besonderer großer Zahl gerade die letzte Zeit zu dem Heimatbesuche benutzt haben, erklärt sich aus der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage in Amerika und aus der Niedrigkeit der Fahrpreise, die gegen das Vorjahr ganz erheblich zurückgegangen sind. Fast alle diese Reisenden wünschen so schnell wie möglich in ihre Heimat zu gelangen und denken nicht daran, in Preußen ein Arbeitsengagement einzugehen. —

Landtags-Finanzpolitik.

Wie gefährlich es ist, den Landtagen, deren Zusammenkunft sie weißt zu einem gefügigen Werkzeug der bestehenden Klassenmacht, das Steuerrecht zu überlassen, zeigt nicht nur das Beispiel Sachsens, dessen Einkommensteuer schon das Einkommen des Proletariats von 400 Mark erfaßt, sondern auch ein Vorgang, der sich im Meiningener Landtag kürzlich abgespielt hat. Das Herzogtum hat eine vorzügliche Finanzlage. Die Regierung hat nun beantragt, die unteren Einkommen bis zu 900 Mark von der Steuer zu befreien; gleichzeitig hat sie eine Vermögenssteuer vorgeschlagen. Beide Reformen wurden vom Finanzausschuß abgelehnt, und es ist kein Zweifel, daß der Landtag sich diesem anschließen wird. Der Ausschuß ist der Meinung, daß die Steuerbefreiung „das Band, das die Arbeiterklasse mit dem Staate verknüpft, allzusehr lockern“ würde. Offenbar haben die Herren zum Schaden auch noch den Spott fügen wollen. Dagegen will der Landtag die Gelegenheit benützen, um eine Entlastung der mittleren Einkommen von 700 bis 3000 Mark anzubahnen. Wir sind nicht nur für eine Entlastung, sondern sogar für die Steuerfreiheit der Einkommen bis 3000 Mark, und diese könnte auch ohne weiteres durchgeführt werden, falls die Progression bei den höheren Einkommen stärker gestaltet würde; aber es ist doch höchst charakteristisch, daß die Einkommen bis zu 900 Mark, die in Preußen steuerfrei sind, in Meiningen trotz der guten Finanzlage steuerpflichtig bleiben sollen. Indes kommt die Warnung zur rechten Zeit; zeigt sie doch, daß die Erhöhung der Patrimonialbeiträge von den Privilegienlandtagen sehr gut als Vorwand benutzt werden könnte, um gerade durch stärkere Betätigung der kleinen Einkommen die Erfordernisse zu decken. Auch vom rein verpolitischen Standpunkt aus ist die „Reform“ der Patrimonialbeiträge eine Gefahr. —

Strafverschärfung.

Genosse Karl Liebknecht scheint sich bei den Herren da oben keiner besonderen Beliebtheit zu erfreuen. Die Abneigung gegen unseren Genossen zeigt sich neuerdings in einer ebenso kleinen wie lächerlichen Maßregel. Liebknecht, der von der Ausübung seiner Rechtsanwaltschaft gegenwärtig durch die „ehrenvolle Gast“ verhindert ist, braucht einen Substituten. Dazu bedarf es nach § 25 der Rechtsanwaltsordnung, wenn der Vertreter nicht an denselben Gerichten beholmächtigt ist, der Genehmigung durch den Justizminister. Diese wird sonst auch anstandslos erteilt. Das Ersuchen Liebknechts wurde aber abfällig beschieden. Die Maßregel hat allerdings keine große Bedeutung, denn Liebknecht wird sich sehr leicht durch seinen Bruder vertreten lassen; aber für den engherzigen Geist, der in unserer Justizverwaltung herrscht, ist dieser Kleinliche Rechtsakt so recht bezeichnend. —

Schweiz.

Die Staatsschulden der Schweiz betragen 1648 Millionen Frank, wovon 1222 auf den Bund (bzw. die Bundesbahnen) und 426 Millionen auf die 26 Kantone entfallen. —

Frankreich.

Der Ausgang des „Matin“-Skandals.

Paris, 28. Dez. (Fig. Ber.)

Nach mancherlei sensationellen, alle Ueberraschungen der Kriminalromantik erschöpfenden Wendungen ist die Affäre des „Matin“ zu einem Ausgang gelangt, der wohl nicht alle verschlungenen Linien ihres Intrigengebüdes, aber um so mehr die Unaufrichtigkeit der bürgerlichen Regierungen- und Zeitungsgerichte aufdeckt.

Als die „Humanité“ die Existenz der Schuld des „Matin“ und ihre Nichtbezahlung aufgedeckt und die Rechtfertigungsversuche des Kolonialministers durch die Veröffentlichung der Dokumente vereitelt hatte (die den Beweis für die Vermählung des Ministers, dem „Matin“ die Bezahlung der 64 000 Franc auf illegale Art zu erlassen, vollkommen erbrachten), erreichte sie zunächst, daß der Waffenstillstand zwischen den Herren Millies-Lacroix und Bunau-Varilla in die Länge ging. In der Kammer gab der Kolonialminister, vom Genossen Rouanet interpelliert, bekannt, daß er an den Gouverneur von Westafrika um die entscheidenden Akten gefabelt habe. Der „Matin“ aber reagierte in dreifachen Richtungen an die Abgeordneten und Minister, in denen er — nach der alten Taktik des verfohlten Diebes — Herr Millies-Lacroix der Lüge beschuldigte und Pörm Schlag wegen des Dokumentendiebstahls, von dem kein anderer profitierte als er selbst! Und nun folgt eine Sensation der anderen: Das Konfessionsblatt des „Matin“, „Le Journal“, das von jetzt an der Offiziösum des Kolonialministers veröffentlicht eine Liste der in Ministerium verwendeten Schriftstücke. Sie umfaßt nicht weniger als neun Nummern! Der Kolonialminister scheint zur energischen Verfolgung der Ent-

wendung und ihrer Ruiniertheit entschlossen — da wird nach einem Ministerrat am Sonnabend ein offizielles Communiqué ausgeben, das erklärt, daß nur die Bank Genard, die die Mission Vlandet „organisiert“, nicht aber der „Matin“, der „bloß“ die Initiative gegeben habe, haftbar gemacht werden könne! Clemenceau desavouiert also öffentlich seinen vom „Matin“ in der nächsten Zeit angegriffenen Kollegen.

Das Communiqué ist in den Abendblättern erschienen, aber die Morgenblätter des nächsten Tages veröffentlichten eine nicht minder offizielle Note, die besagt, die Ausschreibung des „Matin“ aus der Angelegenheit sei nicht die Meinung des Ministerrats, sondern die einer Minister gewesen! Das „Journal“ gibt die Erläuterung des unerhörten Vorgangs: Der Kolonialminister habe vom Ministerpräsidenten das sofortige Dementi unter Androhung seiner Demission erzwungen! Clemenceau hat also erst Millies-Lacroix preisgegeben, um den Häuptling der Bourgeoisien Jubalierpresse, den Bunau-Varilla, und er hat Bunau-Varilla preisgegeben, um sich selbst zu retten, da der Rücktritt eines Ministers — und noch dazu unter diesen Umständen — die allgemeine Ministerkrise notwendig herbeigeführt hätte. —

Die Skandale zwischen dem Kolonialminister und dem „Matin“ erreicht nun ihren Höhepunkt. Das „Journal“ veröffentlicht jeden Morgen neue Memoranden für die Verantwortlichkeit des „Matin“ und dieser gibt neue Memoranden voll Verschimpfungen heraus, Bezeichnungen mit Umgebung seines Respektabilitäts, das bis zuletzt von der ganzen Affäre nichts erfahren hat!

Sodann ein neuer Theatercoup: Am Montagvormittag erhält der Ministerpräsident zwei der erwarteten Dokumente zugestellt! Ein Unbekannter hat sie beim Hausmeister des Ministeriums abgegeben! Unter diesen Dokumenten befindet sich die Kopie eines an den „Matin“ gerichteten Mahnbriefts, also — der Beweis dafür, daß es eine Lüge ist, daß man von dem Blatt noch nichts gefordert habe. Die Sache des „Matin“ ist nicht mehr zu halten. ... Da bringt der Christabend die rettende Friedensbotschaft: Herr Genard, Chef der Firma Genard u. Sarrilowitsch, in deren Interesse der „Matin“ seine famose „patriotische“ Kampagne unternommen hat, die in der Entsendung der Mission Vlandet ihren Kellamegypfel hatte, erkränkt beim Ministerpräsidenten und erbietet sich, dem Staat die vorgeschossenen 60 000 Fr. zurückzuerstatten! Die Firma habe sich dazu vertragsmäßig verpflichtet, sei aber bisher „noch nicht gemahnt worden!“ Es ist ganz zweifellos, daß das Bankhaus eingekippt ist, weil es Clemenceau schließlich unmöglich geworden war, den „Matin“ zu decken.

Ob Herr Genard oder Herr Bunau-Varilla jetzt offiziell als Zähler auftritt ist gleichgültig. Der französische Staat hat — dank der Kampagne der „Humanité“ — sein Geld wieder. Aber das ist freilich alles, und es ist recht wenig. 60 000 Fr. spielen im Haushalt der Republik wahrlich keine schwerwiegende Rolle. Aber mehr bedeutet die nachgewiesene Tatsache, daß ein schamloses, aber mächtiges Jobberblatt für eine Kombination von privaten Unternehmerinteressen und eigenen Kellamegypfeln die Intervention des Staates erlangen, daß es sich jahrelang seinen rechtlichen Verpflichtungen gegen den Staat entziehen, daß es Minister zum Schweigen oder zu schuldhaftem Verhalten bewegen kann. Und unbestreitbar ist es ferner, daß das Schweigen der bürgerlichen Zeitungen, auch nach der Enthüllung des Schwindels, gezeigt hat, daß die Korruption die Lebensluft ist, die einer dem anderen in stiller Vereinbarung gönnt, weil sie alle in ihr gedeihen. —

Dänemark.

Im Folkething, das seine Sitzungen bis zum 8. Januar aussetzte, stand vor Weihnachten noch ein kleiner Nachtragsetat auf der Tagesordnung. Der Umstand, daß für das laufende Budgetjahr 15 000 Kronen für die durch ihre ungeheure „Schifflosigkeit“ berückichtigte Landesverteidigungskommission nachverlangt werden, veranlaßt den Genossen Andreasen, zu bemerken, daß diese Kommission, die an dem Beratungstage genau 6 Jahre und 263 Tage „tätig“ war, im laufenden Jahre nur zwei Sitzungen abgehalten habe und daß ihr Weiterbestehen geradezu ein Skandal sei. Der Präsident rügte diesen Ausdruck, und Andreasen erwiderte, er könne keinen besser passenden finden. Die Liberalen schwiegen, beglückwünschten die Konservativen, auf deren letztem Parteitag das Weiterbestehen der Kommission als ein Verbrechen bezeichnet worden war! Jedemfalls werden unsere Genossen bei der Ausschlußberatung und bei der zweiten Lesung noch nähere Auskunft darüber verlangen, wozu eigentlich die 15 000 Kronen der Kommission dienen sollen, die innerhalb sechs Jahren ihre Aufgabe, Vorschläge zur Verbilligung des Landesverteidigungswesens zu machen, in keiner Weise erfüllt hat.

Ferner kam der von der sozialdemokratischen Fraktion schon wiederholt eingebrachte Gesetzentwurf über den gesetzlichen Achtstundentag zur Beratung, den Genosse Samuelsen begründete. Ein kleiner Erfolg war es, daß sich diesmal der Vorsitzende der Konservativen, Dr. Birch, für den gesetzlichen Achtstundentag wenigstens in Betrieben, in denen Tag und Nacht gearbeitet wird, aussprach. Der Vorsitzende der Liberalen meinte, es sei möglich, daß sich mit der Zeit immer mehr Abgeneigte dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf anschließen würden. ... Daß dies geschieht, ist ja eben die Absicht, die unsere Parteigenossen damit verfolgen, daß sie ihre sozialen Gesetzwirke immer von neuem einbringen. Diese Taktik hat sich bewährt, und sie wird sicherlich Erfolg haben auch bei diesem Gesetzentwurf, der nun wieder einmal einem parlamentarischen Ausschuß überwiesen wurde. —

Amerika.

Der Jahresbericht des Sekretärs für Handel und Gewerbe, Lskar S. Strauß, beschäftigt sich unter anderem auch mit der Einwanderung der Orientalen und läßt durchblicken, daß man mit den Japanern recht vorsichtig umgehen müsse. Er empfiehlt aber auch eine Durchsicht der Gesetze, welche die Chinesen ausschließen. In China würde man wieder zum Boykott amerikanischer Waren schreiben, wenn der Ausschluß der Chinesen fortbestände. Der Boykott, der vor einigen Jahren eingeleitet wurde, habe große Nachwirkungen gehabt. Von 1905 bis 1907 sei der Export nach China um rund 50 Proz. zurückgegangen, wobei freilich auch noch andere Gründe mitwirkten. Die gleichmäßige Behandlung der Frage für die Vereinigten Staaten wie für die Kolonialbestimmungen sei nicht angängig; denn auf den Inseln liegen die Verhältnisse vielfach anders. Die Gesetze der Ausschließung von Chinesen seien so streng durchgeführt worden, daß sich im Jahre 1907 auf dem Festlande nur 70 000 Chinesen befanden, also weniger als ein Zehntel Prozent der Bevölkerung. Während des letzten Fiskaljahres wurden nur 875 Chinesen ins Land gelassen! Das Gesetz sollte so umgestaltet werden, daß nicht der Ausschluß der Chinesen als Hauptfrage erscheint und die Zulassung nur als Ausnahme.

Der Bericht gibt bekannt, daß die Einwanderung in diesem Jahre 1 285 240 Personen betrug, also 131 614 mehr als im Vorjahre, und 285 880 mehr als im Jahre 1905. (Dabei ist die jüngste Rückwanderung natürlich noch nicht berechnet.) Zurückgewiesen wurden 13 064 Personen. Die Einfuhr von Waren betrug in diesem Jahre 1 434 421 425 Dollars, die Ausfuhr 1 883 718 034 Dollars, eine bedeutende Zunahme des Handels gegenüber dem Vorjahre.

Die Einigung der Maurerorganisationen.

Der zweite Verhandlungstag der Konferenz der Freien Vereinigung der Maurer begann mit einem Referat des Geschäftsleiters Gehl über die

Einigungsbehandlungen und ihr Ergebnis.

Einschend erwähnte der Redner die Agitation, die von einem Teil der Mitglieder der Freien Vereinigung der Gewerkschaften in Versammlungen, in der „Einigkeit“ und in einer Flugchrift zur Auflösung der Mitglieder der Freien Gewerkschaften gegen die Einigung betrieben wird. Die Leute, die hier die Fürsprecher der Einigung in geschäftiger Weise angegriffen, seien meist erst kurze Zeit Mitglieder dieser Gewerkschaften. In jener „Flugchrift“ heiße es, daß die Gewerkschaftsleitungen, die für die Einigung seien, dafür einzuträten, „obwohl diese Personen bis jetzt jede Einigung weit von sich gewiesen haben“. Der Redner weist demgegenüber darauf hin, daß die Geschäftskommission der Freien Vereinigung der Gewerkschaften sich schon im Jahre 1901 und dann wieder 1903 prinzipiell für die Einigung erklärt hat und mit ihr einer der Unterzeichner jener Flugchrift, der selbst im Jahre 1901 in einem Schreiben der Geschäftskommission den Gedanken der Einigung niedergelegt hat. Der Redner schilderte dann ausführlich die

Entwicklung der Einigungsbestrebungen.

Die Geschäftsleitung der Maurer hat bekanntlich seinerzeit auf die Anfrage des Parteivorstandes geantwortet, daß man bei der gegenwärtigen Situation, dem Kampf im Baugewerbe, eine positive Antwort nicht geben könne. Nun hätten aber gerade die außerordentlichen Schwierigkeiten, die daraus erwachsen, daß bei diesem Kampf nicht weniger als 7 Organisationen in Frage kamen, gezeigt, wie notwendig die Einigung ist. Aber selbst wenn nur die Maurer in irgendeinem anderen Ort, wo die Freie Vereinigung Mitglieder hat, eine Lohnbewegung einzuleiten wollten, hätten sich aus dem Zwiespalt der Organisationen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten ergeben. Dazu komme die starke Entwicklung der Unternehmerorganisation, die Macht, die sie im Berliner Lohnkampf erzielte, ihr neuester Generalausperrungsplan, was allerdings eine Einigung der Arbeiterorganisationen um so notwendiger erscheinen lasse. Die Geschäftsleitung habe sich nun den Zentralverband der Maurer genau angesehen, sein Statut, seine Entwicklung wie seine Taktik und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts einen Klassenbewußten Berufsgegnen verhindern könne, dieser Organisation anzugehören. Der Zentralverband sei noch kein Ideal einer Organisation. Er müsse weiter ausgebaut werden. Wenn die bisherigen Mitglieder der Vereinigung sich Mühe gäben, den Verband in ihrem Sinne auszugestalten, würden sie auch innerhalb des Verbandes als Klassenbewußte Arbeiter freudig mitwirken. Nachdem der Internationale Kongress in Stuttgart mit der Neutralität der Gewerkschaften aufgeräumt und eine Resolution angenommen habe, die der Tendenz entspricht, welche die Freie Vereinigung in sozialdemokratischer Hinsicht vertreten habe, sei jeder Grund, der gegen die Einigung angeführt werden konnte, gefallen. Unter den Gründen, die jetzt die Gegner der Einigung anführten, sei kein einziger, der sich bei näherer Prüfung als stichhaltig erweise. Der Redner zeigte, wie alle diese Gründe sich als Scheingründe erweisen, und verurteilte es, daß die Gegner der Einigung hinter dem Rücken der Organisationsleitung in geschäftiger Weise für ihre Ansicht Propaganda machten, wie sie auch am Freitagabend bei der Konferenz der Delegierten ihre Flugchrift nur an solche Kollegen verteilten, von denen sie wußten, daß sie sich nicht für die Einigung erklärt hatten. Der Redner sprach ferner über die Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften. Auf dem siebenten Kongress habe man durch die Programmänderung allen denen entgegenkommen wollen, die in der alten Form eine Art Bewußtseinsprobleme erblickten. Nun hätten aber diese das Programm im Sinne syndikalistisch-anarchistischer Gewerkschaften ausgelegt. Die Töchter hätten einen dahin zielenden Antrag zum achten Kongress angenommen und die Einigungsgegner in gleicher Sitzung eine Resolution gefaßt, in der sie sich für Antiparlamentarismus usw., wie auch dafür ausgesprochen, daß die Vertreter dieser Ideen nicht mehr den sozialdemokratischen Wahlvereinen angehören sollten. Diesen Bestrebungen könne die Vereinigung der Maurer nicht folgen. Sie werde sonst dadurch gänzlich zerrieben werden. Sie müsse auch in Zukunft ihre Agitation in sozialdemokratischem Sinne betreiben. Die reinliche Scheidung, die die Einigungsgegner wünschten, sollten sie haben. Die Einigung sei nun nicht nur möglich, sondern auch nützlich und notwendig. 23 Ortsvereine der Maurer hätten sich bei der Umfrage für die Einigung erklärt und nur 8 dagegen. Inzwischen hätten sich auch noch zwei von diesen Ortsvereinen nachträglich dafür erklärt. Der Redner wies dann kurz auf die Einigungsbedingungen hin, wie sie bei den Verhandlungen am 27. November aufgestellt wurden. Sie liegen den Delegierten gedruckt vor und sind auch den Ortsvereinen schon am 4. Dezember übersandt worden. Sie bestehen aus 12 Abschnitten. In dem ersten Abschnitt wird den Mitgliedern der Freien Vereinigung bestätigt, daß nach den Grundsätzen des Verbandes jedes Mitglied sich nach seiner Ueberzeugung politisch betätigen kann, auch im Sinne des Programms der Freien Vereinigung, einschließlich des Klassen- und Generalstreiks. Im zweiten Absatz verpflichtet sich der Vorstand des Zentralverbandes dem nächsten Verbandstag einen Antrag auf Beseitigung des ihm nach § 5 des Verbandsstatuts zustehenden Bestätigungsrechtes zu den Orts- oder Zweigvereinsvorständen einzubringen und für Annahme des Antrages zu wirken. Die weiteren Abschnitte handeln von den Bestimmungen über den Zusammenschluß selbst. Es wird darin unter anderem festgelegt, daß nach dem Zusammenschluß eine Reuewahl der Zweigvereinsleitungen und der sonst etwa noch bestehenden Absektionen stattfinden soll, wobei den bisherigen Mitgliedern der Freien Vereinigung eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung gesichert wird. Wird die Einigung erzielt, so soll der Uebertritt zum Zentralverband am 1. März 1908 erfolgen. —

Der Redner empfahl schließlich der Konferenz im Namen der Geschäftsleitung folgende Resolution:

Die Delegierten der 16. Konferenz der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands erkennen die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Organisation im Maurergewerbe an und erklären sich mit dem Verhalten der Geschäftsleitung betreffend die Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes vollkommen einverstanden.

Sie akzeptieren die in der gemeinsamen Sitzung am 27. November ausgearbeiteten „Einigungsbedingungen“ und verpflichten sich, in ihren Ortsvereinen dahin zu wirken, daß auf Grund dieser Vereinbarungen die Verschmelzung mit dem Zentralverband erfolgt.

An die Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer richtet die Konferenz das dringende Ersuchen, den Vereinbarungen ebenfalls zuzustimmen und dafür einzutreten, daß in allen Orten der Uebertritt zum Zentralverband einmütig und geschlossen vollzogen werden kann.

Die Geschäftsleitung wird angewiesen, für die Durchführung des Konferenzbeschlusses, dort wo es rasam erscheint, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen; sie darf ihre Funktionen erst dann als erledigt betrachten, wenn der Anschluß an den Zentralverband von allen Ortsvereinen erfolgt ist.

Die Geschäftsleitung.

Dem Referat Gehl folgte eine lebhafte, doch sachliche Debatte.

Die meisten Redner sprachen sich mehr oder minder entschieden für die Einigung unter den vorliegenden Bedingungen aus.

Die meisten Redner sprachen sich mehr oder minder entschieden für die Einigung unter den vorliegenden Bedingungen aus.

Die meisten Redner sprachen sich mehr oder minder entschieden für die Einigung unter den vorliegenden Bedingungen aus.

Wittstock (Franz-Buchholz) hält dagegen wohl im Prinzip die Einigung für wünschenswert, meint jedoch, daß die Zentralverbände sich durch ihre Unterstützungseinrichtungen den Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften näherten und nicht den Charakter echter Klassenkampforganisationen hätten. Baerow (Stralsund) erklärt, daß man in diesem Ortsverein mit der Einigung warten möchte, bis der Verbandstag der Maurer getagt hat, namentlich um die endgültige Befestigung des Bestätigungsrechts abzuwarten. Außerdem sind es örtliche Umstände in Stralsund, wie das Verhältnis zum Arbeiterkassino, was diesen Ortsverein verhindert hat, unbedingt für die Einigung einzutreten. Müller (Spandau) ist unter den vorliegenden Bedingungen nicht für die Einigung eingenommen.

Bömelburg, als Vertreter des Zentralverbandes der Maurer, antwortet auf die verschiedenen gegen den Verband erhobenen Einwendungen und Bedenken. Von den rund 3 Millionen Mark, die der Verband in den ersten drei Quartalen dieses Jahres eingenommen habe, seien 1 150 000 M. für Streiks, allein aus der Zentralkasse, aufgewandt worden, und nur ungefähr 200 000 M. für Kranken-, 60 000 M. für Sterbeunterstützung. Die Unterstützungseinrichtungen seien eben nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, dazu da, den Gedanken der Solidarität zu befestigen. Auch die Leitung des Verbandes habe von jeher dagegen gewarnt, daß mit den Unterstützungseinrichtungen zu weit gegangen werde. Das Bestätigungsrecht sei bei Gründung des Verbandes in das Statut aufgenommen worden und den Begründern unter den damaligen Verhältnissen zweckmäßig erschienen. Von dieser Bestimmung sei niemals in dem Sinne Gebrauch gemacht worden, daß etwa der Verbandsvorstand ihm mißliebige Personen abgelehnt hätte. Die Bestimmung selbst sei überflüssig. Man könne sicher sein, daß sie auf dem nächsten Verbandstag beseitigt werde, zumal die Verbandsleitung wie die Gausleitungen für die Streichung seien. Im übrigen könne man sich unbedingt darauf verlassen, daß die Vereinbarungen von Seiten des Verbandes erfüllt werden. Alles, was darin niedergelegt sei, entspreche nur der ehelichen Ueberzeugung der Verbandsleitung wie den Tendenzen des Verbandes.

Nachdem sich noch mehrere Redner geäußert hatten, unter anderen **Zeglin**, der darauf hinwies, daß in Berlin bei den Abend- und Korrespondenzen sich nur 28 Mitglieder gegen die Einigung erklärt haben, und der selbst ganz entschieden dafür eintrat, war die Debatte erschöpft.

Es folgte namentliche Abstimmung.

Von den 27 Delegierten stimmten 24 für die Resolution der Geschäftsleitung und damit für die Einigung auf Grund der vereinbarten Bedingungen, 3 dagegen, und zwar die Delegierten von Franz-Buchholz, Düsseldorf und Spandau.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Der Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften führt der Referent **Heinrich Rehle** unter anderem aus, es könnte manchem scheinen, daß man nun nach dem Einigungsbeschluß keine Ursache mehr habe, sich noch mit dieser Angelegenheit zu befassen. Da aber die Freie Vereinigung der Maurer jene Vereinigung nicht nur mitgegründet, sondern auch lebhaft an ihrer Tätigkeit teilgenommen habe, sei es selbstverständlich, daß die Maurer auch ein starkes Interesse an dem achten Kongreß haben. Im übrigen hält der Redner unter den jetzigen Verhältnissen die Auflösung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften für geboten und empfiehlt folgenden Antrag der Geschäftsleitung der Konferenz zur Annahme:

„Die 16. Konferenz der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands beschließt, an den Beratungen des 8. Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften teilzunehmen und sich durch Delegierte auf dem Kongreß vertreten zu lassen. Die Konferenz als oberste Instanz der Freien Vereinigung wählt die Delegierten, welche die gesamte Vereinigung zu vertreten haben.“

Sie erwartet von den Delegierten ein einmütiges und tatvolles Vorgehen im Sinne des Konferenzbeschlusses und empfiehlt die Auflösung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu beantragen und diesen Antrag mit aller Entschiedenheit zu vertreten.“

Der Antrag wurde nach kurzer Debatte mit 24 gegen 3 Stimmen angenommen. Sodann wurde beschlossen, den Kongreß mit 12 Delegierten zu beschicken. Als Delegierte wurden gewählt: die Mitglieder der Geschäftsleitung **Gehl**, **Rehle**, **Seller**, **Schöck** und **Zeglin**, ferner **Kling** und **Rain** (Berlin), **Reiß** (Sönigsberg), **Richter** (Rüdersdorf), **Baerow** (Stralsund), **Schrader** (Bernigerode) und **Scholz** (Friedrichshagen).

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende **August Dietrich** schloß die Konferenz mit einigen anregenden Worten an die Delegierten, in ihren Ortsvereinen für die Durchführung der gefassten Beschlüsse tätig zu sein und dann auch in Zukunft weiter zu wirken in dem Geiste, der sie bisher geleitet habe.

Gewerkschaftliches.

Ein Terrorismusfall.

Wir stellen gestern einen angeblichen Terrorismusfall aus Anlaß der Schuhmacherbewegung in Potsdam richtig. Die Scharfmacherpresse in ihrer Rehrtheit wird natürlich trotz alledem keine Veranlassung nehmen, ihre Schilderung des Vorfalls zu korrigieren. Heute sind wir in der angenehmen Lage, ihr bestätigen zu können, daß es in Potsdam in der Tat nicht ohne Terrorismusfall abgegangen ist.

Vor einiger Zeit hat in Potsdam eine Gerichtsverhandlung wegen „Streikvergehen“ könnte man sagen, stattgefunden, die für den Reichslügenverband allerdings nicht verwertbar ist. Die Anklage der Staatsanwaltschaft richtete sich nämlich gegen einen Schuhmachermeister, **Gablotoff** mit Namen, wohnhaft Kaiser Wilhelmstraße 44 in Potsdam. Der hatte am 25. Oktober einen streikenden Gefellen mit einer langen Reithpeitsche so arg mißhandelt, daß klaffende Wunden auf Arm und Hand die Folge waren. Zwei andere Streikende entriß ihm das gefährliche Werkzeug, bevor er jenen gänzlich krumm und lahm schlagen konnte. **Gablotoff** behauptete vor Gericht, er sei von den Streikenden belästigt und beschimpft worden; sein Entlastungszeuge, ein Bißfeldweibel, der zur selben Zeit im Laden anwesend gewesen war, hatte aber davon nichts bemerkt. Der Angeklagte kam für seine Roheit mit 15 M. Geldstrafe davon. Er war nur zweimal, und „nur“ wegen Gewerbevergehen vorbestraft, was das Gericht bei der Strafmaßnahme als nicht ins Gewicht fallend ansah.

Berlin und Umgegend.

Gewerkschaftliche Grenzkonflikte.

Zu diesem Artikel erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Zweigvereinsvorstand Berlin des Verbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter Deutschlands verwahrt sich entschieden gegen die Behauptung der nicht genügenden Interessenvertretung der Dachdeckerhelfer während des Streiks.

Die Unzufriedenheit der Hilfsarbeiter gegen die Leitung rührt lediglich aus der Aufforderung her, die statutarischen Entlohnungen zu leisten. Von den Dachdeckern wird denselben insofern Vorwurf geleistet, als diese erklären, die Hilfsarbeiter brauchen keine Extrabeiträge zu zahlen.

Dem Zweigvereinsvorstand ist davon nichts bekannt, daß die am 22. Dezember vom Dachdeckerverband einberufene Versammlung der Hilfsarbeiter auf Wunsch und Veranlassung der „Sektion“ der Hilfsarbeiter im Bauarbeiterverband stattgefunden hat.

Die verfehlte Einigung der Dachdecker zwischen den Hilfsarbeitern und unsere Ablehnung dazu sieht folgendermaßen aus:

Die Differenzen vom Streik wegen Zahlung der Mietentschädigung wurden in der Versammlung am 15. September erledigt. In derselben waren sowohl der Genosse **Görnich** vom Dachdeckerverband, wie der Genosse **Körsten** als Vertreter des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission anwesend.

Nur die vom Kollegen **Veier** nachgeleitete Forderung beim Dachdeckerverband betreffs Uebertritt bot den willkommenen Anlaß zum weiteren Eingreifen der Dachdecker. Die nun von den Dachdeckern beantragte abermalige Sühntung durch den Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission wurde von diesem mit der Begründung abgelehnt, dieses sei Sache der beteiligten Gewerkschaften.

Um endlich Klarheit zu schaffen, berichteten wir unserem Hauptvorstand und beantragten Regelung durch die beiderseitigen Hauptvorstände. Aus diesem Grunde lebten wir eine telefonische Einladung der Dachdecker zur Vorstandssitzung ab und teilten dieses brieflich dem Vorstand der Dachdecker mit.

Die Regelung durch die Hauptvorstände ist nicht erfolgt, sondern mit Zustimmung der beiderseitigen Hauptvorstände der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands überwiesen worden. Dieses ist der wahre Sachverhalt, welcher der örtlichen Leitung der Dachdecker wohl bekannt ist. Um so sonderbarer und unverständlich ist die Handlungsweise der Zeitung in diesem Falle. Wir enthalten uns jedes weiteren Kommentars dazu, alles weitere wird ja die Verhandlung vor der Generalkommission ergeben.

Der Zweigvereinsvorstand
des Verbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter.
J. A.: Karl Gräber.

Deutsches Reich.

Ruebelungsversuche.

Zu den Orten, in denen das Unternehmertum besonders bemüht ist, die industrielle Arbeiterklasse in die gelben Gewerkschaften hineinzutreiben und dadurch ihrer Neben einem Verein reichsweiser Arbeiter drei sogenannte Werkvereine für drei Betriebe der Metallindustrie. Mit allen Mitteln werden in diese Vereine die Arbeiter hineingezwungen und mit Vorliebe wählt man dazu die mehr oder weniger offene Androhung der Verlostmachung. Das alles genügt aber wohl nicht, so daß die Firma **R. Wolff** jetzt dazu übergeht, eine „Arbeiter-Invalidentät“, „Alters“, „Witwen- und Waisenunterstützungskasse der R. Wolffschen Werke“ zu gründen. Die Satzungen dieser „Wohlfahrts“-Einrichtung sind so monströs, daß es sich lohnt, einiges daraus wiederzugeben. Mitglied der Kasse kann nur werden, wer gleichzeitig dem gelben Werkverein angehört, noch nicht 45 Jahre alt und gesund ist und sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß ihm wöchentlich 40 Pf. Beitrag vom Lohn abgezogen werden. Die Kasse soll vom Vorstand des Werkvereins verwaltet werden, der genaue Tagebücher über die Mitglieder, deren Ehefrauen und Kinder zu führen hat. Die Mitgliedschaft erlischt und damit jeder Unterstützungsanspruch; beim Austritt aus dem Werkverein, beim Austritt aus der Arbeit der R. Wolffschen Werke, bei Entlassung wegen Arbeitsmangels, bei Ausschluß aus dem Werkverein wegen Verstoßes gegen dessen Satzungen, und neben noch einer Reihe weniger bemerkenswerter Gründe, namentlich auch dann, wenn das Mitglied einer freien Gewerkschaft „oder sonstigen sozialdemokratischen Vereinigung“ angehört oder sich durch Eintreten für sozialdemokratische Ideen als Angehöriger dieser Partei dokumentiert.“ Das Eintrittsgeld beträgt 3 M. Die Beiträge werden nur zurückgezahlt: beim Todesfall, doch nur an leibliche Erben (eine kinderlose Witwe erhält also nichts), bei Abgang vom Beruf und bei Ausschluß aus der Kasse. Im ersten Jahre wird nichts, im zweiten sechs Zehntel, im dritten sieben Zehntel, im vierten acht Zehntel, im fünften neun Zehntel des Beitrages vom 6. bis 10. Jahre der volle Betrag und vom 11. Jahre der volle Betrag einschließlich 1/3 Proz. Jinsen zurückgezahlt. Unterstützungsanspruch steht den Mitgliedern erst zu, nachdem sie vom Eintritt in die Kasse mindestens zehn Jahre ununterbrochen auf den Werken gearbeitet haben. Ueber das Vorhandensein der Erwerbslosigkeit entscheidet der Vorstand des Werkvereins. Der Weg der Altersrente beginnt mit dem 65. Lebensjahre. Wer dabei weiterarbeitet, erhält nur 20 Proz. der Rente. Der Empfang einer Invalidentenrente schließt ein Weiterarbeiten auf den Wolffschen Werken aus. Trotzdem heißt es weiter, daß mit jedem weiteren Jahre, welches das Mitglied im Wolffschen Werke verbleibt, die Rente, auch die Invalidentenrente, steigt! Wer also die Rente voll bezieht, wird nie eine Steigerung derselben zu verzeichnen haben, sei er nun Invalident oder Altersrentner! Die Rente beträgt nach 10 Jahren 200 M. und „steigt“ 20 Jahre lang um je 10 M. und weitere 15 Jahre um je 5 M., so daß nach 45 Mitgliedsjahren der Höchstbetrag von 450 M. erreicht ist. Man hat also in geradezu raffinierter Weise Vorsorge getroffen, daß niemand mehr als 200 M. beziehen kann, ganz abgesehen davon, daß es ein Leichtes ist, den Rentenbezug überhaupt zu verhindern! Aber damit noch nicht genug! Sämtliche Leistungen der Kasse werden nur in solcher Höhe bestritten, wie — Mittel vorhanden sind! Sollte der Fall eintreten, daß die Ansprüche an die Kasse größer sind als Mittel für den Zweck vorhanden sind, so tritt eine entsprechende Ermäßigung der Leistungen ein! Bei alledem ist eine Beschreibung des Rechtsweges bei den ordentlichen Gerichten ausgeschlossen. Streitigkeiten werden durch ein dreigliedriges Schiedsgericht entschieden, dessen Obmann ein Aufsichtsratsmitglied ist, das natürlich in engen Beziehungen zu der Firma steht. Wer in die Kasse aufgenommen werden will, hat einen Aufnahmehchein zu unterschreiben mit der Erklärung, daß er jedem sozialdemokratischen Verein oder solchen Bestrebungen fernsteht.

Dem Anschein nach wird also in dem Statut viel versprochen, in Wirklichkeit sind es taube Rüsse. Kein anderes Reimotiv waltet hier ob, als die Arbeiter zu fesseln, indem man sie in den Bahn verweist, daß ihnen, wenn sie nicht ganz „artig“ sind, der Anspruch auf Unterstützungen verloren geht, die dabei aber mehr als schamhaft sind. Werden die Arbeiter sich in diesen Reimotiven fangen?

Warnung vor Zuzug nach dem Hamburger Hafen — ein Vertragsbruch?

Wie schon kurz berichtet, hat der Hafenbetriebsverein, bestehend aus Reedern, Steuerern, Schiffszugent und anderen Arbeitgebern in Hamburger Hafen, gegen den Hafenarbeiterverband eine Klage angehängt, das Gericht möge feststellen, daß der zwischen den Parteien am 9. April 1907 nebst Zusatz vom 18. April geschlossene Vertrag nicht am 1. Oktober 1907 erloschen ist. Ferner beantragt der Kläger, den Beklagten zu verurteilen:

1. Bei einer gerichtsfällig entsprechend der Wichtigkeit der Angelegenheit hoch anzulegenden Strafe zu verurteilen:

a) den Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg in irgend einer Weise, sei es direkt oder indirekt, zu hören, insbesondere öffentliche Warnungen vor solchem Zuzug zu erlassen oder zu veranlassen,

b) die von dem Kläger angenommenen Kontraktarbeiter als „Streikbrecher“ zu bezeichnen, sonst verächtlich zu machen oder zur Aufgabe ihres Kontraktes zu beeinflussen;

2. aufzuerlegen, zur Sicherung des Klägers gegen fernere Verletzungen des abgeschlossenen Vertrages einen Betrag von 50 000 M. bei der Hinterlegungstelle des Amtsgerichts zu hinterlegen.

Ferner verlangt der Kläger, den Beklagten zur Vornahme dieser Handlungen zu verurteilen:

Zu dem Zweck drei Tage nach Rechtskraft des Urteils die Redaktionen des „Vorwärts“, des „Hamburger Echo“ und des „Stettiner Volksboten“ aufzufordern (1), den ererkennenden Teil des Urteils in ihrer nächsten, noch nicht abgeschlossenen Nummer auf Kosten der Beklagten zu veröffentlichen, ferner den ererkennenden Teil des Urteils ohne Auslassungen oder Zusätze im „Hafenarbeiter“ aufzunehmen. Im Falle Nichterfüllung fordert der Kläger die Ermächtigung, den ererkennenden Teil des Urteils in anderer geeigneter Weise zur Kenntnis der Hafenarbeiter und inländischen Arbeitsvermittlungen zu bringen und zwar bis zum Höchstbetrage von 3000 M. auf Kosten der hierfür als Gesamtschuldner haftenden Beklagten. Der Kläger behält sich außerdem die Geltendmachung weiterer Schadenersatzes vor.

Neben dem Hafenarbeiterverband richtet sich die Klage gegen die Mitgliedschaft der Hamburger Schauerleute, gegen die Vorstände dieser Korporationen und gegen zwei weitere Verbandsfunktionäre. Die eigentliche Klage, auf deren Begründung wir später zurückkommen werden, gelangt am 28. Januar 1908 vor der Zivilkammer III des Landgerichts Hamburg zur Verhandlung. Auf dem Wege der einstweiligen Verfügung verlangen die Kläger die Inkassierung der unter 1 und 2 aufgeführten Punkte bis zur Entscheidung der Klage. Ueber diese Verfügung wurde schon am vorigen Sonnabend verhandelt, aber die Urteilsverkündung wurde bis Freitag, 27. Dezember, ausgesetzt.

In den Veröffentlichungen in den genannten Blättern: „Vor Zuzug nach dem Hamburger Hafen wird gewarnt!“ erblickten die Kläger eine Verletzung des abgeschlossenen Vertrages, weil nach ihrer Behauptung es Ende Oktober und Anfang November an Arbeitskräften für die Hafenbetriebe gemangelt haben soll, da nach diesem Vertrage die Anstellung von 2000 Kontraktarbeitern zulässig sei, sie aber nur deren 1300 gehabt hätten. Dagegen wenden die Beklagten ein, daß von friedlichen Zuständen im Hamburger Hafen keine Rede sein könne, da die Verbandsmitglieder, die keine Kontraktarbeit eingehen, zurückgewiesen und an deren Stelle auswärtige Arbeitskräfte eingestellt wurden. Die Beklagten bestreiten auch, die Urheber der Veröffentlichungen zu sein. Der Rechtsbeistand der Beklagten, **Dr. Bliz**, nannte das Verfahren des Hafenbetriebsvereins, auswärtige Arbeiter heranzuziehen und Hunderte von einheimischen Arbeitern nur vorübergehend zu beschäftigen resp. „warten“ zu lassen, ein geradezu frivoles. Wahr sei, daß im „Vorwärts“ eine mit dem Namen **Hähnel**, dem Vorsteher der Schauerleute, unterzeichnete Warnung gestanden habe. Dafür könne aber der Beklagte **Hähnel** nicht verantwortlich gemacht werden. Dieser habe an einen Berliner Bekannten einen Brief geschrieben, der eine Situationsbeschreibung im Hamburger Hafen enthielt. Diese private Mitteilung sei ohne Willen und Dazutun des H. dem „Vorwärts“ zugegangen. Der „Stettiner Volksbote“ habe dann die Warnung abgedruckt. Obwohl extra im Vertrag festgesetzt wurde, es dürfe kein Hamburger Hafenarbeiter zur Eingehung eines Kontraktverhältnisses gezwungen werden, hätten verschiedene Betriebe entgegen dem Vertrage gehandelt, ohne vom Kläger daran gehindert zu sein. Auf ein höfliches Schreiben des Vorstehenden **Döring** über das Vorgehen des Klägers habe dieser in brüskem Tone geantwortet, er werde nach eigenem Ermessen weitere Arbeitskräfte nach Hamburg heranzuziehen. Damit habe der Kläger dem Hafenarbeiterverband den Fehdehandschuh hingeworfen. Man scheine also die hiesigen Arbeiter zur Eingehung des Kontraktverhältnisses zwingen zu wollen. Der klägerische Anwalt, **Dr. Ehlers**, sprach von einer wüsten Agitation und einem fortgesetzten Terrorismus der Hamburger Hafenarbeiter gegen die Kontrakt- und auswärtigen Arbeiter und machte in fittlicher Entschiedenheit über die Veröffentlichung der Warnung im „Vorwärts“. Wenn die Warnung in diesem Blatte gegen den Willen des Herrn **Hähnel** veröffentlicht worden sei, dann müsse eine Falschung vorliegen, die eine grobe Fälschung im Lager der Arbeiter erkennen lasse. Was nützen dann die geleisteten Unterschriften? An wen solle man sich da halten? **Dr. Bliz** trat dieser Scharfmacherphilippika entgegen und erbot sich, für die weiteren Verhandlungen den Beweis dafür zu erbringen und sich darüber vernehmen zu lassen, daß tatsächlich durch ein Versehen das Schreiben des **Hähnel** im „Vorwärts“ veröffentlicht worden sei. Es liege mithin gar keine Ursache vor, mit bombastischen Ausdrücken gegen ein Versehen zu ziehen. Die Klage müsse in allen Teilen zurückgewiesen werden.

Den Ausgang des Prozesses haben wir bereits in unserer letzten Nummer mitteilen können.

Achtung, Metallarbeiter!

Wegen Zugehörigkeit resp. Tätigkeit für die Organisation wurden vor einiger Zeit von der Direktion der Eisen- und Stahlwerke (vormals **G. Richter**) in Singen, Amt Konstanz eine Anzahl Arbeiter gemahregelt. Da bis jetzt durch die zweifelhafte Haltung der Direktion eine Verkündigung unmöglich war, bleibt die Feindschaft verhängnisvoll bestehen. Es ist deshalb Ehrenpflicht aller Metallarbeiter, Zuzug strengstens fernzuhalten.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck ersucht. Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein staatsverhaltendes Element.

Genf, 28. Dezember. (R. S.) Der russische Polizeipräsident **Gourowicz** ist wegen Erpressungen von den schweizerischen Behörden ausgewiesen worden.

Ueberschwemmung.

Gannes, 28. Dezember. (R. S.) Im Tale von St. Cassien eigeneten sich infolge starker Regengüsse zahlreiche Ueberschwemmungen. Zahlreiche Wohngebäude befinden sich in kritischer Lage.

Das Elend der Arbeitslosigkeit.

Cincinnati, 28. Dezember. (R. S.) 30 000 Obdachlose sind in den letzten Tagen hier angelangt. Die öffentlichen Asyls sind überfüllt. Die Armenbehörden treffen besondere Maßregeln zur Linderung der Not.

Die Greuel von Riga.

Des öfteren schon haben wir Gelegenheit nehmen müssen, von den barbarischen Schweißigkeiten zu berichten, die in Riga Folterkammern vor sich gingen und — gehen. Wir sehen uns veranlaßt, heute mit Benutzung neuerer Material, das uns zur Verfügung gestellt ist, auf die grauen Schrecken von Riga zurückzukommen.

Die weltberühmt gewordene Rigaer Geheimpolizei betreibt im „Museum“ ihre „Untersuchungen“, d. h. ihre tierischen Folterungen, munter fort! Am 20. April d. J. wurden in Dorpat 40 Menschen verhaftet. Siebzehn von diesen (mit Namen: 1. Fritz Jirul, 2. Johann Jirul, 3. Nicolai Sudmahl, 4. Arthur Sudmahl, 5. Eduard Strauß, 6. Oswald Reuland, 7. Eduard Sommer, 8. Fritz Bulle, 9. Johann Lehmann, 10. Alexander Lehmann, 11. Alfred Nieloc, 12. Heinrich Bewand, 13. Eduard Kochla, 14. Marie Damberg, 15. Marie Glasomskaj, 16. Helene Döhl, 17. Ida Lehmann) wurden vom Gendarmeriechef Prokaskinsky in Dorpat angeklagt. Mitglieder der sozialdemokratischen Kampforganisation des nordbaltischen Rayons zu sein. —

Nach zwei Monaten wurde das Aktenmaterial behufs weiterer Untersuchung von der Gendarmerie an den Untersuchungsrichter Rejninsky vom 4. Polizeirayon in Dorpat gefandt. Bei diesem befand sich das Aktenmaterial 4 Monate. Während dieser Zeit wurde ein Verhör vorgenommen, das — nach Aussage des Untersuchungsbeamten — rein formal war.

Am 25. September fuhr Sweginzew, der Gouverneur Livlands, in Begleitung des berichtigten Geheimpolizeichefs „Gregus“ und einiger anderer bekannter Agenten der Geheimpolizei Riga nach Dorpat. Sie besuchten dort die Gefängniszellen der 17 Inhaftierten und fragten die einzelnen nach ihren Familiennamen. Nach diesem improvisierten „Verhör“ beschloß man in Dorpat, die Häftlinge der Geheimpolizei von Riga zu übergeben! —

„Geben Sie die mir“, sagte Gregus, „ich werde sie zwingen, die Wahrheit zu sagen. Bei mir werden sie sich das Herz erleichtern!...“

Einer der Verhafteten (Fritz Bulle), in welchem ein Agent der Geheimpolizei einen in den Prozeß der 36 (Verurteilung Mai und Juni 1906) verwickelten, aber vom Gericht freigesprochenen Angeklagten erkannte, wurde noch selbigen Tages nach der rigaischen Geheimpolizei übergeführt. Einige Tage darauf, am 1. Oktober dieses Jahres, wurden noch weitere zehn Verhaftete nach Riga gebracht. (1. Fritz Jirul, 2. Johann Jirul, 3. Arthur Sudmahl, 4. Nicolai Sudmahl, 5. Oswald Reuland, 6. Johann Lehmann, 7. Heinrich Bewand, 8. Eduard Kochla, 9. Eduard Sommer, 10. Marie Damberg.) In der Geheimpolizei quartierte man sie in feuchte, kalte Kammern (Kazzer) ein, in denen es von Ungeziefer wimmelte. Die tägliche „Nahrung“ bestand aus 1/2 bis 3/4 Pfund Brot... Gleich die erste Nacht begannen die „Verhöre“, die Folterungen.

Diese massiven „Verhöre“ finden aus guten Gründen des Nachts statt! Die Senkersknechte waren alle bejessen; schreiend und fluchend zogen sie die Verhafteten an den Haaren zum Verhör! Als Anfangsmittel kamen Hautschußschläger und aus Draht geflochtene Schläger zur Verwendung. Unter den Qualen dieser Schläge wollte man die Inhaftierten dazu bewegen, ihre richtigen Familiennamen anzugeben; denn man glaubt ihren Angaben nicht. Als dann erfolgte die Frage: „Hast Du an Raubüberfällen und Ermordungen teilgenommen?“ War die Antwort verneinend, so wurde weiter gemartert. Den Beschuldigten mutete man zu, Geschehnisse als ihre eigenen Taten anzuerkennen trotz der Angabe, daß sie weder an dem betreffenden Orte waren, noch irgendwelche Kenntnis von der betreffenden Tat hatten. Als sie sich anheischig machten, ihre Unschuld durch Zeugen nachzuweisen, erhielten sie die Antwort: „Als Zeuge fungiert die Nagaika! Befenne! Weiter haben wir nichts nötig. Nachher werden wir dich nach dem „Griejenberg“ (Nichtplatz für die zum Tode verurteilten Politischen) führen samt deinen Zeugen!“

Erwies sich die Nagaika als wirkungslos, so schritt man zu schärferen Mitteln. Dem Gequälten wurden Mund, Hände und Füße gebunden. Man preßte die Füße gegen die Brust, sodas sich die Knie und das Stimm berührten. Als dann wurden die im Handgelenk gebundenen Arme über beide Knie gestülpt, indem man einen Stab oben an den Armen und unter den Knien durchstieß. Dadurch wurde eine dauernd gebückte Stellung des Körpers erreicht. Den so Gefnebelten legte man auf die Bank, setzte sich auf seinen Kopf und begann das „Verhör“. Die Senker, die die ganze nun folgende Prozedur sehr fröhlich stimmte, schlugen über den ganzen Körper, auch auf die Gesichtsteile, wobei einer rief: „Halt! wir haben eine gute Stelle gefunden! Schlägt, Kinder!“ So bearbeitete man in drei aufeinanderfolgenden Nächten Eduard Sommer, dem noch viele Tage nach der unmenschlichen Qualerei Blut aus der Harnröhre floss.

Mit Oswald Reuland nahm man noch barbarischere Handlungen vor. Dem in oben beschriebene gebückte Stellung Gezwängten legte man, da alle anderen Mittel versagten, eine glühende Eisenplatte auf das Gesicht! Dem Fritz Jirul schlug man mit Gummischläuchen auf die Fußsohle, riß ihm die Haare aus, schlug ihn ins Gesicht. Als auch dies nichts nützte, schritt man zur Anwendung eines Spezialmarterinstruments: Man setzte ihm ein zangenförmiges Instrument auf den oberen Kiefer und die obere Zahnreihe, dann schlug man auf die Zange, wodurch eine heftige Erschütterung des Gehirns erzielt wurde; außerdem lockerten sich die Zähne und es entzündete sich der Kiefer, was entsetzliche, dauernde Schmerzen verursachte. Den Jirul II schlugen und marterten sie wie die Vorigen, rissen ihm den Bart aus, schlugen ihn auf die Halsarterie (Schlagader)! Die rechte Fußsohle wurde ihm blutig geschlagen, dann erfaßte man das gesunde Bein und zog ihn daran, sodas er gezwungen war, auf dem wunden Bein nachzuhüpfen! Von hinten trieb man ihn mit Nagaiken an. Der Gemarterte fiel in Ohnmacht, wurde mit Kaltwassergrüssen wieder zur Besinnung gebracht, und dann begann die Prozedur von neuem. Der so Behandelte konnte eine Woche lang nicht mehr auf den Füßen stehen.

Dem Nicolai Sudmahl wies man eine Photographie vor und forderte ihn auf, anzuerkennen, daß dies seine Schwester sei. Als er es verneinte, gaben sie ihm je dreimal 45 Schläge auf die Fußsohlen. Nachdem „gestand“ er, konnte aber keinen Namen angeben, weil er in Wirklichkeit gar keine Schwester hatte! Als er es ablehnte, anzuerkennen, Teilnehmer an der „Expropriation“ bei der libanischen Drahtfabrik gewesen zu sein, band man ihn auf die vorbezeichnete Art, hob ihn so in die Luft und schmetterte ihn auf den Boden! Dies wirkte: er „anerkannte“ das ihm aufoktrozierte Verbrechen, trotzdem er davon gar nichts wußte.

Dasselbe Verbrechen begangen zu haben, anerkannte auch Arthur Sudmahl, obwohl er sich zur Zeit der Expropriation nachweisbar in Riga aufgehalten hat. Zu Arthur Sudmahl sagte übrigens Gregus: „Bestehe ein, was ich dir vorgeschrieben habe, widrigenfalls ich dich verbaue, daß dich niemand mehr erkennt; im schlimmsten Fall schlägt man dich tot! Weist du denn, wo du dich befindest? Hier ist das rigaische Museum!“

Marie Damberg wurde von den Geheimpolizisten in gemeinster Weise behandelt; einer äußerte, man solle sie vergewaltigen (was übrigens bereits in zwei anderen Fällen vorgekommen ist). Nach einigen Tagen führte man sie nach dem Mitauer Polizeirevier (Riga), wo sie zusammen mit Prostituierten eingesperrt wurde, die der „Politischen“ ins Gesicht spuckten!

Zur selben Zeit, als sich die 17 auf der Geheimpolizei befanden, brachte man einen bereits Verurteilten namens Lippe aus dem Mitauer Gefängnis nach Riga. Man hatte gegen ihn eine neue Anklage erhoben. Das „Verhör“ mit ihm dauerte vier Stunden. Man führte ihn in das Spezialzimmer, das die Geheimpolizei „Museum“ nennt; hier wurde ihm eine eiserne Vorrichtung auf den Kopf gezogen und mittels einer Schraube immer fester angezogen. Die durch diese Manipulation erreichte Verfestung verursacht unaussprechliche Schmerzen. Lippe „gestand“, was nur immer von ihm verlangt wurde; denn solchen Höllequalen sind nur wenige Sterbliche gewachsen.

Nach den Folterungen, die Nachts stattfinden, kommt der Prokureursgehülfe Volkoff angefahren, um die auf Grund der Tortur zusammengestellten „Protokolle“ durchzulesen und unterschreiben zu lassen. Verweigert der Beschuldigte die Unterschrift, so fangen die Mißhandlungen von vorn an...

Weshalb Volkoff die Unterschriften abberlangt, bedarf einer Erklärung: Auf Grund einer ministeriellen Verfügung sind Protokolle, die von der Polizei unter Anwendung von Torturen erzielt wurden, vor Gericht illusorisch. Auf die plumpste Art sucht man nun die Gerichte zu täuschen; denn Volkoff wird doch nicht foltern!!

Die Fälle sind sehr häufig, daß man aus anderen Städten Gefangene nach Riga bringt, um sie dort durch die Tortur gesprächig zu machen. Es scheint, daß der Ruf der Rigaischen Geheimpolizei seit den letzten Veröffentlichungen im „Vorwärts“ nicht gelitten hat. In erhöhtem Maße und unter Anwendung neuer Marterinstrumente arbeitet die Rigauer Polizei lustig drauf los, läßt sie in ihren Folterkammern das Blut ihrer wehrlosen Opfer dahinströmen.

Nikolai II darf stolz darauf sein, daß er „Menschen“ wie Gregus und Komplizen als Diener hat...

Grober Unfug.

Unser Zentral-Bildungsausschuß ist gerade am Werke, die ersten Richtlinien für die ihm seit Raumbinn übertragenen hochwichtigen Aufgaben zu geben. Unsere lokalen Bildungsausschüsse im ganzen Reich mühen sich in treuer Hingabe und regem Fleiß, die ersten tastenden Schritte auf dem uns allen noch nicht genügend bekannten jungfräulichen Boden zu tun. Da ist es Parteipflicht, diesen Bemühungen nach Kräften förderlich zu sein, zum mindesten sie in keiner Weise zu stören, die in ihre Arbeit vertieften Genossen nicht durch nebensächlichen, minderwertigen Strömstroms zu zerstreuen und abzulenken.

Inferes Wissen ist bis dato über Gedanken- oder Rücksichtslosigkeit dieser Art nirgends geklagt worden. Dem Genossen Peus blieb es vorbehalten, im „Volksblatt für Anhalt“ seit Mitte dieses Monats systematisch eigenbrötlerische „Bildungsarbeit“ höchst zweifelhafter Natur zu treiben. Seit dem 14. Dezember nämlich serviert unser Deutscher Parteiorgan den Arbeitern Tag für Tag eine Lektion „Esperanto“, und dieser grobe Unfug soll „etwa einen Monat lang“ andauern...

Was ist „Esperanto“? Nach Peus eine „Weltsprache“! Nach Ansicht des Erfinders, gründlicher Kenner und berufener Interpreten dieses Kunstprodukts soll es eine internationale Hilfssprache werden. Werden! Nicht sein! Es ist sehr wichtig, dies mit allem Nachdruck hervorzuheben, weil durch diesen Unfug die Grobheit des Deutscher Unfugs um so schärfer charakterisiert wird; denn könnte man sich die Empfehlung einer internationalen Hilfssprache vielleicht noch gefallen lassen, sobald es sich um ein bis zu einem gewissen Grade abgeschlossenes System handelte würde, so muß es als leichtsinnig und unbedacht bezeichnet werden, den Arbeitern viele, für parteitheoretische und zur Vereinerung ihres Allgemeinwissens weit besser verwendbare Zeit zu nehmen, indem man sie mit dem Studium einer „Sprache“ beschäftigt, deren Fundament noch nicht festliegt, an der von vielen Baumkisten gerade noch herumgestoßelt, die von ihren Hauptrepräsentanten selber erst als allensfalls brauchbare Grundlage für eine künftige Hilfssprache bezeichnet wird!

Genz abgesehen aber auch von diesem Gesichtspunkte, muß des Genossen Peus schwärmerische Empfehlung des „Esperanto“ als grober Unfug bezeichnet werden, weil die Erlernung dieser „Weltsprache“ für Arbeiter mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden ist. Peus behauptet das Gegenteil, da er im Namen einer fast ungläublichen Selbsttäuschung. Genosse Peus, als akademisch gebildeter Mann, hat Gelegenheit gehabt — auf der Schule, während der Studienjahre und auch später noch — die Muttersprache (was bei Arbeitern zumeist leider nicht der Fall war) genauer zu studieren, außerdem sich mit der lateinischen, griechischen, französischen, hebräischen, auch wohl der englischen, möglicherweise noch mit dieser oder jener anderen Sprache mehr oder minder eingehend zu beschäftigen. Nun ist das „Esperanto“ hauptsächlich auf romanischen Wurzeln aufgebaut, die unseren akademisch Gebildeten in Fleisch und Blut übergegangen sind und von ihnen mit einer gewissen Selbstverständlichkeit im Schrift- wie im Sprachgebrauch verwandt werden.

Also: weil es dem Genossen Peus keine oder nur geringe Schwierigkeit macht, sich in Sprachschab und Grammatik des „Esperanto“ einzuleben, glaubt er, das müsse unseren in der preußisch-deutschen Volksschule „ausgebildeten“ Arbeitern und Arbeiterinnen ebenso leicht und gut glücken, süßt er sich von keinerlei Verantwortungsgesühl bedrückt, wenn er seine Leser zu einem Studium verleitet, das ihre Kräfte überreizt und sie von viel näher liegenden, weit wichtigeren Dingen ablenkt und abhält.

Und nun ein paar Beispiele zum Beweise dafür, daß Peus in der Tat unter dem Namen eines verhängnisvollen Selbstbetruges

steht. Mit seinen lateinischen, griechischen, französischen Sprachkenntnissen nimmt er natürlich „Esperanto“-Wörter wie die folgenden ohne weiteres in sich auf: hirundo (Schwalbe), hirado (Blutegel), talpo (Maulwurf), ciconio (Storch), testudo (Schildkröte), perdkio (Mehnhuhn), koko (Hahn), pasero (Spatz), rano (Frosch), pigno (Schwanz), miozoto (Vergiftungsmittel), palpebro (Augenlid), kvankam (obgleich), stizo (Schwindsticht) usw. usw. Die von seiner romanischen Sprachtradition belehnten Arbeiter und Arbeiterinnen haben, sobald sie sich an das Studium des „Esperanto“ machen, alle diese und tausend andere Wörter einfach zu erkennen, sie in bitterer, mühsamer Gedächtnisarbeit ins Gehirn hineinzuwurzeln, ohne sich der helfenden Stelzen bedienen zu können, die den „Akademikern“, den „Intellektuellen“ beim selben Studium durch ihre sonstigen Sprachkenntnisse geliefert werden.

Geradezu tragisch muß ihr Glaube an Peus für solche Arbeiter werden, die hier und da ein paar fremde Sprachwurzeln misgelesen haben und nun auf die Autorität des Parteiblatteles hin meinen, die „Weltsprache“ gar besonders leicht bewältigen zu können. Das Gegenteil ist dem der Fall sein. Wenn die Wurzel „doz“ (10) gegenwärtig ist, dem wird es doppelt und dreifach schwer fallen, sich — ohne Kenntnis des Lateinischen, Französischen, Italienischen — das Wort dozireco als Selbstverständlich einzupauen, und vor Wortumgehung wie poshorlogo (Lohschnecke) wird er ohne gründliche Sprachkenntnisse nicht minder hilflos dastehen als sein vorleutnistischer Zeidensgefährte.

Dazu kommt noch ein: „Esperanto“-Studierende, die nur die deutsche Sprache „kennen“, haben geradezu unglückliche Schwierigkeiten zu überwinden, wenn die romanischen oder sonstigen Sprachwurzeln dem Klänge nach deutschen Wurzeln von total anderer Bedeutung gleich sind. Die Unklarheiten müssen sich unter Mähen, die einem in seine Kenntnis mehrerer Sprachen Verwahrten nicht begreiflich sind, von ihrer Muttersprache sozusagen emanzipieren, ungewisse hochwichtige Bestandteile einer Muttersprache à la „Esperanto“ in sich aufzunehmen. Ein paar Beispiele: Das „lango“ Junge bedeutet, wird Peus „selbstverständlich“ finden. Der sprachunkundige deutsche Arbeiter wird sich bemühen müssen, will er dies Wort lernen (nicht einfach wie ein „Romanist“ konstataren: lang(o) = Junge), er wird sich bemühen müssen, erst die Fäden zu durchschneiden, die ihn rein automatisch von lang(o) zum deutschen Worte „lang“ führen. Dasselbe gilt für Hunderte von anderen Worten: koro(o) nicht Korn, sondern Horn! (alt) nicht alt, sondern hoch! modora hat nichts mit „Moder“ zu tun, auch nichts mit „modern“, es heißt: mählig! jung(i) hat mit jung oder Junge nichts zu tun, es heißt: anpamen! herb(o) heißt Gras, gras(a) aber heißt: fett! mut(a) = summi! konsol(i) = trösten! mond(o) = Welt! demand(i) = fragen (nicht Demant!) mord(i) = beihen! fort(a) = stark! du = 21! mir(i) = sagen! mir(i) = sich wundern! sang(o) = Blut! sablo(o) = Sand (nicht Sabel oder Sabel!) strang(a) = sonderbar! fidel(a) = treu! trab(o) = Wallen! ost(o) = Aneiden! usw. usw.

Wenn deutsche Provinzialismen, Nieder- oder Hochdialekte vertraut sind, ohne daß er sich durch die Bekanntheit mit fremden Sprachen in eine Saugbille leiden kann, die ihn vor Ungelegenheiten behütet, für den ergeben sich nicht weniger, sondern mehr Schwierigkeiten, da die Fälle der Möglichkeiten, in Zeitwörter und Ausdrücke zu verfallen, zunimmt: mang(i) = essen! lud(i) = spielen! gant(o) = Handschuh! radi(o) = Straß! sos(i) = graben (nicht etwa = Fuchs) usw. usw.

Zu alledem kommt, daß „Esperanto“ selbst für Kenner einer oder mehrerer romanischer Sprachen gewisse nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten hat. Um wie viel mehr für solche, die an einer anderen Sprache als deutsch noch nicht einmal gerochen haben. Durch einige 30 Prä- und Suffixe (Vor- und Anhängselchen) werden Bedeutungsnuancen von z. T. für eine „Hälfte Sprache“ viel zu penibel ausgearbeiteter Schattierung gebildet, Milancen, die der unakademische Durchschnittsredner und -schreiber bewußt kaum in seiner Muttersprache benutzt, geschweige denn in einer Hilfssprache à la „Esperanto“, die ihm schon rein technisch seit etwas Fremdes, Ungewohntes, Ungekanntes bleiben muß. Sehr wenige Beispiele werden hier mehr als genügend sein: imperiestroodino = die Frau des Kaisers!! gepordistoj = die Portierbediente!! pasko-lego = die Kanone!! maljunulo = der Greis!! cigarajo = Zigarettenpackung!! cigarino = Zigarettenpfeife!!

Dazu kommen die sechs Partizipien (Mittelwörter) im „Esperanto“. Deren kennt die deutsche Sprache nur 2, z. B.: schlafend, geschlagen. Der lateinisch oder gar griechisch gelernt, wer die schwierige Lehre vom sogenannten participium coniunctura (verbundenen Mittelwort) auf der Schulbank mit Mühe und Not in sich aufgenommen hat, dem wird's — vielleicht — nicht schwer fallen, die 6 Esperanto-Partizipien zu erlernen und anzuwenden. Für den deutschen Proletarier aber mit seiner oft oder weiselbischen Durchschnitts-Bildung erhebt sich hier ein Hindernis, an dem selbst in der dilettantischen Sprach-Unterweisungen als die im „Volksblatt für Anhalt“ dargebotenen scheitern müssen.

Wie gesagt: Eine Sprache, die selber noch lange nicht „fertig“ ist, bietet Genosse Peus den Arbeitern! Mit dieser unfertigen Sprache sollen sie die Unfertigkeiten verfleistern, die ihnen unsere Volksschule, unsere „Kultur“ auf den Lebensweg gegeben hat.

Nach deutlicher würde es werden, daß hier in der Tat grober Unfug vorliegt, wenn wir genügend Raum hätten, um zu beweisen, daß alles das, was wir oben vom „Esperanto“ und seiner Ungeeignetheit als „Weltsprache“ gesagt haben, nicht nur für deutsche, sondern ebenso für französische, spanische, italienische, englische, für — polnische und alle, alle sonstigen Arbeiter gilt. Der romanische, der slavische Esperanto-Adept muß Wörter lernen wie: boudaurindo (i) = leiber, lernisto = Schüler, forgesi = vergessen, baldau = bald, anstatao = anstatt usw. Der Slawe, für den pan der Herr ist, soll es ins Stammbuch für Prot umlernen, er soll so hne die französischen Kenntnisse des Genossen Peus! sich „spielen“ einprägen, daß domago (der Schwaden) mit dem ihm geläufigen Worte dom(o) = Haus nichts zu tun hat! Für den italienischen Arbeiter soll via plötzlich nicht mehr die Straße, sondern „beim“ bedeuten, tre nicht drei, sondern sehr, cio nicht dies, sondern alles. Die Jargon-Redenden sollen sich abgewöhnen, wenn sie „goj(i)“ hören oder lesen, instinktiv an den Christen, den Russen, zu denken, sie sollen „goj(i)“ unter der Marke „sich freuen“ in ihr Bewußtsein aufnehmen!!! Der französische Arbeiter muß umfähen lernen und bei eliri (hinanziehen) nicht an eliro (auswählen) denken, bei la(o) müde nicht an lao (See) usw. Desgleichen der Engländer bei bar(i) nicht an die Aneipe, sondern an „veripercen“, bei luri nicht an die Ferne, sondern an „tun, machen“ usw. — von indischen, chinesischen, japanischen, türkischen, persischen, ungarischen, finnischen, armenischen und sonstigen proletarischen „Esperanto“-Studierenden ganz zu schweigen. Man wende nicht ein, daß die hier zuletzt geschriebenen Schwierigkeiten beim Studium jeder fremden Sprache auftauchen. Der große Unterschied ist folgender: Kennt man als Deutscher eine fremde Sprache (französisch, italienisch, spanisch usw.), so ist man sich bewußt, daß man auf Schritt und Tritt von fremden Stämmen, fremden Sprachwurzeln unläuiert ist. Studiert man dagegen eine „Hilfssprache“ wie Esperanto, so verfährt das Bewußtsein, es in ihr vielfach auch mit Bestandteilen der eigenen Muttersprache zu tun zu haben, den Lernenden gar leicht zu Deutungsversuchen und zu Misdeutungen der geschriebenen Art. Abregens läßt das „Esperanto“ — wie es bisher ist — sogar gewisse Sprachsilben nicht unangefastet, die bereits einen ganz bestimmten, international bekannten und in allen fünf Erdteilen im gleichen Sinne angewandten Gebrauch haben! So bedeutet z. B. für die ganze Kulturwelt das Wortwort mon(o) allein, Ein- (Monogamie, Monodie, Monopol, monoton, Monographie, Monokleidung, Monarchie usw.). Im „Esperanto“, dem unfertigen „Esperanto“, das nach Peus unsere Arbeiter sich anbahnen sollen, bedeutet mon(o) Geld! Geld — ohne Aus-

sicht auf internationale traditionelle Hemmungen, die bei Aufnahme gewisser Sätze und Worte in eine für die Internationale bestimmte Hilfssprache zu veränderlicher, veränderlicher Vor- sicht mahnen sollten.

Für die Internationale! — Die Arbeiter-Internationale hat ihren Arm auch ohne das lässliche Kunstprodukt des „Coperanto“ um den Erdball gespannt. Sie ist nicht am Ende: noch viel, viel Arbeit hat sie zu leisten, um in der Internationalisierung des Proletariats weiter, viel, viel weiter zu kommen. Zur Ueberwindung der Sprachgrenzen, die dem Klassenkampf hier und dort hinderlich sind, haben dem internationalen Proletariat bisher die ungelängtesten, aus der natürlichen Entwicklung oder noch nicht-Entwicklung der Dinge erwachsenen Hilfsmittel so gut oder so schlecht gebient, als es dem wirklichen Stande der proletarischen Rechtsverhältnisse, des proletarischen Könnens und Vermögens entspricht. Glaubt Genosse Peus mit kaum halb fertigen künstlichen Hilfsmitteln Raum, Ort, Zeit, Jahrhunderte-Entwicklung überwinden zu können, so soll man ihm dies Vergnügen ruhig überlassen, solange es sein Privat-Vergnügen bleibt. Nicht er aber die Arbeiter und Arbeiterinnen, nicht er unsere Organisationen, unsere Presse in dieses „Coperanto“ hinein, so muß es gestattet sein, den Genossen Peus einen die Parteidisziplin schädigenden Phantasien und seinen „Coperanto“-Id einen groben Unfug zu nennen.

G. D.

Aus der Partei.

„Sachliche“ Polemik. Auf unsere und anderer Parteiblätter sachliche Bemerkungen zu der bekannten bedauerlichen Erklärung des Zentralvorstandes des Seemannsverbandes, darin er die unerhörte Drohung des Vorsitzenden Müller an die Adresse unserer Reichstagsfraktion blüht und sich zu eigen macht, erwidert „Der Seemann“ in seiner letzten Nummer:

„Diese durchaus sachgemäße und sicher notwendige deutliche Erklärung unseres Zentralvorstandes hat die Herren in den fraglichen Parteiredaktionen scheinbar sehr in Harnisch gebracht, denn sie richten nunmehr ihren „Sonnentrakt“ auch gegen die übrigen Mitglieder unseres Zentralvorstandes, die hoffentlich mit uns gemeinsam darauf stehen.“

Wir erfüllen unbestimmt unsere Pflicht weiter im Interesse der — Seelen.“

Dah mit solcher „Pflichterfüllung“ den Seeleuten gebient wird, ist ein bellagener Irrtum. Pflichten gegen die Partei, gegen die Gesamtarbeiterbewegung scheinen Müller nicht zu beugen.

Vom Fortschritt der Presse. Der „Volksheld“ zu Braunschweig, der bisher öfters erschienen, wird vom 1. Januar ab täglich 8 Seiten erscheinen.

Die Gründung einer Arbeiterpartei auf Island.

Mehrere Handwerker- und Arbeitervereine in Reykjavik, der Hauptstadt Islands, haben einen Arbeiterverband gegründet, der seine Wirksamkeit auf ganz Island ausdehnen soll. Die Statuten des Verbandes sind bereits angenommen. § 2 enthält in der Hauptsache das Programm der Partei, ein Programm, welches im wesentlichen mit dem der internationalen Sozialdemokratie übereinstimmt. Das Programm enthält in kurzen Zügen folgende Hauptpunkte:

Da die Arbeit die Quelle alles Wohlstandes ist, hat der Ertrag derselben nur denen zuzufallen, die an der Produktion teilnehmen.

Alle Reichsangehörigen über 21 Jahre und ohne Unterschied des Geschlechts haben Stimmrecht.

Die Frauen sind gleichberechtigt mit dem Manne.

Staat und Kirche sind voneinander zu trennen.

Gemeinschaftliche und freien Unterricht für alle Kinder bis zu einem bestimmten Alter.

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes für alle.

Alle öffentlichen Steuern sind festen Eigentümern, dem Ertrage der Arbeit und dem Vermögen aufzuerlegen.

Die Erbschaftsteuer ist zu erhöhen und soll progressiv wirken.

Der Staat soll alle Betriebe, die zum Besten der Gesellschaft dienen, in eigene Regie übernehmen.

Altersunterstützungen für alle, die nicht selbst für sich sorgen können, ohne daß sie jedoch die politischen Rechte verlieren.

Land zur Bebauung ist zu guten Bedingungen und billigem Hypothekenpreis jedem zu schaffen, der es wünscht.

Verbot der Einfuhr von Branntwein und Verbot der Fabrikation von Spirituosen auf Island.

Errichtung von Krankenkassen.

Landeigentümer, Wasserfälle, Bergwerke usw. dürfen nur Reichsangehörige besitzen.

Island Selbständigkeit ist anzuerkennen.

Der letzte Punkt ist eine alte Forderung der Isländer, die zu erfüllen sich der alte Dänenkönig hartnäckig weigerte.

Der neue König von Dänemark jedoch hat gelegentlich eines Besuches im vergangenen Sommer versprochen, die Selbstverwaltung Islands durchzuführen.

Ob Frederik VIII. nun sein Wort hält oder nicht, auch auf Island, dem nördlichsten zivilisierten Lande der Welt, „steigt der Morgen hell herauf“. Die Sonne des Sozialismus wird nun bald auch diesem Volke einen neuen Tag verkünden — eines Königs Worte spielen da keine Rolle.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in der Schweiz. In Biel ist am 2. November im zweiten Wahlgang mit 482 von 485 Stimmen in den Stadtrat (Stadtverordnetenversammlung) gewählt worden. Die Wahlbeteiligung war eine geradezu unglaublich schwache.

Soziales.

Sachliche wegen unbedeckter Dampfklappen.

Auch nicht beim Arbeiten beschäftigte dritte Personen haben einen Schadenerschaftspruch, wenn sie durch Außerachtlassung von Schutzmaßnahmen seitens des Fabrikbesizers Schaden erleiden. Das ist neuerdings wieder in folgendem Fall vom Reichsgericht anerkannt worden.

Die in Betracht kommende Klage gegen den Besitzer einer Drehschleife und Tischerei P. in Goslar läßt sich auf Verletzung des § 823 B. G. B. im Absatz 2 dieses Paragraphen stützen, daß die Haftung für fehlerhafte Schädigung eines Dritten auch denjenigen betrifft, welcher gegen ein den Sachverhalt betreffenden Beschäftigten verstoßt. Als solches Schädigung kommt in dem gegenwärtigen Rechtsstreit die Polizeiverordnung von Goslar in Frage, welche den Gewerbetreibenden die Verwahrung ihrer Maschinen, soweit dies angängig ist, vorschreibt.

Der Beklagte P. hat in seinem Betriebe eine Wand- und eine Kreisfräse aufgestellt, die beiden ihren Antrieb durch eine einzige Welle erhalten, so daß sie nur zusammen laufen oder gleichzeitig stillstehen müssen. Von Bedeutung ist es hierbei, daß die Maschinen unvollständigweise gerade am Haupteingange der Betriebsstätte aufgestellt sind, so daß vielfach die die Werkstätte betretenden fremden Personen an ihnen vorbeigehen müssen. Am 26. Oktober 1906 hatte auch der Stellmachermeister Sch. den Beklagten aufgesucht, um Bretter schneiden zu lassen. Er half hierbei selbst dem P., indem er die Bretter beim Schneiden hielt. Hierbei nahm er keine Aufstellung zwischen der Wand- und der Kreisfräse. Als P.

einen Augenblick von anderer Seite in Anspruch genommen wurde, trat Sch. von seinem Standpunkt etwas zurück und stolperte dabei angeblich über herumliegende Holzabfälle. Er kam mit den Händen in die nicht abgestellte Kreisfräse. Dadurch wurde ihm ein Finger der rechten Hand ganz und ein anderer teilweise abgeschnitten.

Das Landgericht Göttingen erkannte nach dem Klageantrage auf Beseitigung zu einer jährlichen Rentenzahlung von 240 M. neben Tragung der übrigen Heilungskosten. Die Berufung des Beklagten wurde vom Oberlandesgericht Gelle zurückgewiesen, indem sich dieses wesentlich der Begründung des ersten Richters anschloß, welche dahin geht, daß der § 823 B. G. B. verletzt sei, weil der Beklagte die Maschinen immer hätte bedeckt halten müssen, wenn nicht an ihnen gearbeitet wurde.

Die vom Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision hatte keinen Erfolg und wurde vom VI. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen. Der erkennende Senat führt hierzu folgendes an: Die Auslegung der Polizeiverordnung an sich sei irreführend, also vom Reichsgericht nicht nachprüfbar. Wenn man aber auch davon absehen wolle, so sei es zweifellos, daß, wenn ein fröhliches Kreisfräsegebläse bedeckt werden soll, dann ein im Umlauf befindliches Sägeblatt erst recht der Bedeckung bedarf. Ein Verschulden des Beklagten nach § 823 B. G. B. stehe aber um so mehr fest, als der Beklagte selbst seinen Leuten geboten habe, die Kreisfräsen stets zu bedecken und er trotzdem die Sägen verließ, ohne das Erforderliche zu tun. Auch ergäbe die Aufstellung der Kreisfräsen am Haupteingange des Werkschulden des Beklagten in ganz unbedenklicher Weise. Was die Verneinung eines Mitverschuldens des Klägers anlangt, so sei die unglückliche Situation zu berücksichtigen. Anders läge die Sache, wenn die Anlesung an die Kreisfräsen zu vermeiden gewesen wäre und der Fremde unvorsichtig gehandelt hätte, wenn er sich in die Nähe der gefährlichen Anlage begab. Hier sei das aber ganz unvermeidlich gewesen.

Kerzestatistik.

In der neuesten Nummer der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht der Medizinalstatistiker Dr. Pringling in Ulm eine Uebersicht über die Kerze Deutschlands. Die Zahl der Kerze war in Deutschland im Jahre 1907 81 416. Die Zunahme ist demnach in den letzten Jahren in ziemlich engen Grenzen geblieben. Nach Abzug der Doppelzählungen war die Zahl der Kerze in Deutschland:

1904	80 071	Zunahme gegen das Vorjahr	332
1905	80 855	„	584
1906	80 981	„	276
1907	81 416	„	435

Im vorjährigen Bericht wurde gesagt: „Es scheint, daß die seit zwanzig Jahren beobachtete Zunahme der Kerzenzahl ihr Ende erreicht hat; ob die Erreichung von Dauer sein wird, läßt sich allerdings jetzt noch nicht mit Sicherheit feststellen.“ Man kann aber heute schon erkennen, daß die in den letzten Jahren beobachtete Mäßigkeit der Zunahme nicht dauernd sein wird. Zwar ist für die nächsten Jahre noch keine größere Zunahme zu erwarten; aber am ferneren Horizont sind Anzeichen einer solchen vorhanden. Während die Zahl der Kerzen in den einzelnen deutschen Landesteilen und die zu bezu. Abnahme gegenüber dem Vorjahre ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

	im Sommer	im Winter
1905	6082	6080
1906	6370	7219
1907	7574	—

Da die Zunahme ganz jungen Datums ist und demnach das Plus von 1000—1500 Medizinischstudierenden aus Studenten der ersten Semester besteht, so wird die Rückwirkung auf den Kerzestand allerdings erst in vier bis fünf Jahren eintreten.

Die Zahl der Kerze in den einzelnen deutschen Landesteilen und die zu bezu. Abnahme gegenüber dem Vorjahre ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

	1906	1907	1906	1907
Oldenburg	714	699	Bayern	3 406 3 459
Westpreußen	538	530	Sachsen	2 267 2 283
Berlin	2 245	2 230	Württemberg	1 045 1 050
Charlottenburg	552	621	Hessen	1 227 1 258
Brandenburg	1 782	1 809	Preußen	758 750
Preußen	671	674	Weide Mecklenburg	300 300
Bosnien	616	617	Oldenburg	164 170
Schlesien	1 932	1 977	Braunschweig	273 267
Sachsen	1 835	1 371	Thüringen	600 608
Schleswig-Holstein	799	803	Anhalt	149 152
Dannover	1 418	1 438	Waldeck	41 46
Westfalen	1 427	1 445	Weide Lippe	74 70
Dessen-Nassau	1 484	1 514	Hildes	69 77
Rheinprovinz	3 085	3 173	Bremen	191 194
Sigmaringen	29	27	Hamburg	692 692
Ganz Preußen	18 842	18 985	Elb-Lothringen	903 900

In eingehender Weise legt Dr. Pringling dann die starke Verbreitung der Kerze in den Großstädten dar — auf Berlin mit 21 Gerorten entfallen 3418 Kerze, also auf 10 000 Einwohner 11,7 Kerze — und betont, daß das Spezialistentum immer mehr in den Vordergrund tritt.

Zur Konsumgenossenschaftsbewegung.

Nach dem soeben erschienenen Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, 3. Jahrgang 1907 (Herausgegeben von dem Sekretär Heim. Kaufmann, 2 Bände, Hamburg, Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, 1907. Druck von Auer u. Co. in Hamburg) bestanden am 1. Januar 1906 im Deutschen Reich 2070 Konsumvereine (148 nichteingetragene Genossenschaften, Aktiengesellschaften usw. mit 222 285 Mitgliedern eingerechnet) mit rund 1 200 000 Mitgliedern. 757 Vereine gehörten dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, 200 dem allgemeinen Verband an. Die ersteren hatten 715 929 Mitglieder mit einem Umsatz von 188 1/2 Millionen Mark. Hierunter waren Waren für 17 1/2 Millionen Mark in Eigenproduktion hergestellt. Die Vereine des allgemeinen Verbandes zählten 238 097 Mitglieder mit 68 Millionen Mark Umsatz, von dem für 5 1/2 Millionen Mark in eigener Produktion hergestellt waren. Am 31. Dezember 1906 gehörten dem Zentralverband 900 Konsumvereine an mit nahezu 208 Millionen Umsatz. In der Warenverteilung waren 8807, in der eigenen Produktion 1483 Personen beschäftigt.

Der Zentralverband ist in 7 Unerverbände nach geographischen Bezirken eingeteilt. Den höchsten Umsatz hatte der sächsische Verband mit 64, den niedrigsten der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen mit 13 1/2 Millionen in 69 Vereinen. Breslau hatte im Jahre 1905/06 nahezu 17 Millionen, dann folgte Leipzig-Plagwitz mit einem Umsatz von 13 092 062, Dresden mit 6 1/2 Millionen, Hamburg gegen 6 Millionen, erst an 35. Stelle steht Berlin mit 1 1/2 Millionen in seinen beiden Vereinen.

Aus Industrie und Handel.

Die Schifffahrtsverhältnisse auf der Oder.

erfahren in hochsteigenen herbe Kritik. Ein Kleinschiffer, der infolge der Unzulänglichkeit der Schifffahrtsstraße im Herbst 1907 von Mitte September bis zum Dezember (!) still liegen mußte, schreibt uns darüber:

„Seit vielen Jahren, und zwar seit dem Freigeben der Fahrt auf der kanalisiertem Oder, trifft die Oberschiffahrt fast alljährlich eine schlimme Verhölzung, dieselbe wird mit dem Ausbruch des Sommeres bezeichnet. Der Grund dieses Uebels ist darin zu suchen, daß die kanalisierte Strecke von Cosel-Oberhausen D. Schif. bis Reichenmünde, welche 12 Stufen aufzuweisen hat, das Befahren und Lagern der Schiffe mit verhältnismäßigem Tiefgang gestattet, auch wenn der eigentliche Wasserstand der Oder ein ganz niedriger ist. Sobald nun die Schiffe mit vollbeladenen Fahr-

zeugen an die Weiterreise denken wollen, müssen dieselben vorher ablichten, was aber mit großen Umständen und Geldkosten verbunden ist.“

Es besteht nun auch seit dem 3. Mai 1906 eine Vollzeilverordnung über die Liegezeit der Schiffe auf der kanalisiertem Oder, dieselbe ist am 27. April 1907 umgeändert worden. Es heißt darin im § 1 wörtlich: „Fahrzeuge, die ihres Tiefganges wegen unterhalb der Schleuse Reichenmünde nicht schweben, haben rechtzeitig zu lichten.“ Für das Ablichten und die Fahrt durch fünf Stufen ist eine Frist von 14 Tagen vorgegeben. Gegen dieses Zeitmaß liege sich wohl nichts einwenden. Nun aber zu dem vielbesprochenen Ablichten. Das letztere ist selbstverständlich nur in ein anderes leeres Fahrzeug zu ermöglichen, ein solches muß sich betretender Schiffer dann selbst engagieren, auch fast immer die ganzen Ablichterkosten tragen, obwohl diese nun dem eigentlichen Frachthaber an Höhe vielfach gleichkommen, denselben auch noch übersteigen. Dies ist besonders dann der Fall, wenn bei sehr niedriger Fracht abgeschlossen werden mußte und nachdem dann die Stufen mit vollbeladenen Schiffen gefüllt waren, da der Wasserstand ihnen die Weiterfahrt nicht mehr gestattete. Es tritt dann fast immer, nachdem circa 600 bis 800 Fahrzeuge ihres überladenen Zustandes wegen vom Verkehr ausgeschlossen sind, ein bemerkbarer Mangel an Raum ein, wodurch naturgemäß die Schiffsfrachten ganz rapide in die Höhe gehen, und das Ablichten demzufolge fast zur Unmöglichkeit machen.

Unter solchen Umständen entsteht die Frage, ob die Oder in ihrer Eigenschaft als Verkehrs- und Beförderungsmedium immer als sicher und zuverlässig gelten kann. Diese Frage einfach mit „Ja“ zu beantworten, erscheint unter den jetzigen Verhältnissen mehr als bedenklich. Darin Veränderung zu schaffen, ist die Vollzeilverordnung vom 27. April 1907 nicht allein unzureichend; sie wird auch voraussichtlich niemals günstigen Erfolg zeitigen.“

Der Einsender schlägt nun eine Abänderung der Vollzeilverordnung in folgender Form vor:

„Soll der Schiffer mit seinem Fahrzeug unterhalb der Schleuse Reichenmünde Wassermangels wegen nicht schweben, verpflichtet sich derselbe, innerhalb einer Woche abzuschiffen. Die dadurch entstehenden Kosten sind mit drei Fünfteln vom Ladungsbeteiligten zu tragen, die übrigen zwei Fünftel sind von dem Schiffer selbst zu zahlen, außerdem hat letzterer mit seiner Mannschaft und demjenigen des Leichterfahrzeugs das Leberladen zu bewirken.“

Eine derartige Verordnung ist leider unter unserem heutigen privatrechtlichen Wirtschaftssystem unmöglich. Ja, wäre sie möglich, so unterliegt es für uns keinem Zweifel, daß die großkapitalistischen Verleger ihre Zahlungsfrist durch Vertrag auf den kleinen Schiffer abwälzen würden. Die Hochzeitung „Das Schiff“ schlägt deswegen auch ganz richtig vor, daß die Strompolizei in den oberen Oberhäfen eine Beladung nur bis zu derjenigen Tauchtiefe zulasse, welche ein glattes Durchschwimmen an der Reichenmündung gewährleistet. Dagegen wehren sich aber gerade die Kleinschiffer, obgleich eine solche im Interesse des Verkehrs sehr wohl mögliche, ja notwendige Verordnung gerade den Erfolg haben würde, die Knappheit des Raumes von der Reichenmündung an die Abfahrtsstellen zu verlegen, die Frachten zu steigern und damit im Effekt das zu erreichen, was der Einsender der Zuschrift an uns verlangt.

Die ganze Angelegenheit ist für die Schifffahrtstreibenden aber auch politisch äußerst lehrreich. Lediglich im Interesse der konservativen Junker vernachlässigt unsere Regierung die Schifffahrtsfragen! Die wirkliche Beilegung des Mißstandes durch Regulierung oder Kanalisierung der Oder unterbleibt aus politischen Rücksichten. Ja, man läßt aus solchen schon bestehende Wasserstraßen verfallen! So ist das der Fall mit dem Spree-Oder-Kanal, der wichtigsten Verbindung zwischen Schlesien, Berlin und der Nordsee. Bei Eröffnung des Kanals war der zulässige Tiefgang im Kanal 1,00 Meter. Seit 1906 dürfen die Schiffe den Kanal nur noch mit 1,50 Meter befahren. Als die Handelskammer von Breslau das Ministerium um Abhilfe ersuchte, entschloß sich die Regierung, einen Teil des Kanals instand zu setzen, die Strecke Große Tränke—Jüstenberg aber „vorläufig“ liegen zu lassen. Wir befinden uns also in der Gefahr, neben dem berühmten Mittellandkanal—Stammel einen neuen Stammelkanal zu erhalten, indem man einfach eine der größten Wasserstraßen verfallen läßt! Und alles durch die Junker, und alles für die Junker! Was Wunder, wenn die Schiffer anfangen, politisch rebellisch zu werden!

Deutschlands Ernte.

Nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes sind in den letzten vier Jahren folgende Ernten erzielt worden:

	1904	1905	1906	1907
Weizen	3 804 828	3 099 832	3 099 568	3 479 324
Roggen	10 060 762	9 606 827	9 625 738	9 757 850
Gerste	6 986 006	6 546 502	6 431 879	6 149 188
Kartoffeln	38 287 192	48 328 353	42 036 702	45 838 279

Die diesjährige Winterweizenernte ist infolge der ungünstigen Witterung die kleinste seit vielen Jahren. Nur einmal war seit 1899 die Ernte noch geringer als jetzt, nämlich im Jahre 1901. Damals betrug sie nur 1 927 994 Tonnen. Ein großer Teil des Ausfalles wird ausgeglichen durch den Mehrettrag der Sommerweizenernte, die eine bisher nie gekannte Höhe erreicht hatte. Zurückzuführen ist dieses Resultat auf den Mehrettrag im Sommer an Stelle des ausgefallenen Winterweizens. Die deutsche Roggenproduktion übertrifft dagegen die Vorjahre.

Außerordentlich umfangreich sind die Hafer- und Gerstenernten in Deutschland gewesen, beide haben noch nie erreichte hohe Ziffern aufzuweisen:

	1907	1906	1905	1904
Sommergerste	3 497 745	3 111 309	2 921 053	2 948 184
Hafer	9 149 188	8 431 379	6 546 502	6 986 006

Die Kartoffelernte ist ebenfalls erheblich größer ausgefallen als im Vorjahre. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Erntezunahmegerade in diesem Jahre sehr hoch ist und nur einmal übertroffen wurde. Es waren nämlich erntet: im Jahre 1907 6,4, 1906 5,9, 1905 6,8, 1904 1,3, 1903 6, 1902 6,3 Prozent. Die Ernteresultate von Alee, Luzerne und Wiesen sind in diesem Jahre geringer als im Jahre 1906.

Stellt man für die Erntemengen die sich in der Woche vom 17. bis 22. Dezember ergebenden Durchschnittspreise der Berliner Börse ein, dann berechnet sich der Wert der Drogetreidernte auf 2 324 509 322 M. im Jahre 1906 und auf 2 776 967 806 M. im Jahre 1907, mithin im Jahre 1907 452 398 484 M. — etc.

Vom Wirtschaftsjahr 1907. In der letzten Sitzung der Kellereien trat der Präsident des Kaiseriums einen Rückblick auf das Jahr 1907 vor. Der Bericht schließt mit folgenden Worten: „Wir beschließen das Jahr 1907 mit einem Gefühl der Unsicherheit betreffs der weiteren Entwicklung unseres Handels und unserer Industrie. Die Lage des Geldmarktes fordert alle Beteiligten zum Nachdenken und zu einer weiten Beschränkung auf unsere Befriedigung aber ist deutlich darauf hingewiesen, dem Verkehr nicht nur neue Beschränkungen aufzuerlegen, sondern ihn von den Fesseln zu befreien, die ihm in den letzten zehn Jahren auferlegt worden sind, und die ein Handels- und Industriehaat wie Deutschland nicht tragen kann ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen des ganzen Landes.“

Eine neue Eisenbahnverbindung zwischen Rußland und Sibirien wird zu Beginn des Jahres 1908 eröffnet, die gegenüber der bisher benutzten Strecke durch Mittelrußland über Woskoss-Nischan eine Verkürzung um etwa 320 Kilometer von St. Petersburg aus bedeutet. Die neue Linie geht von St. Petersburg über Wologda, Wjatta, Perm und Tscheljabinsk nach Irkutsk. Wöchentlich sollen je ein bis fünf durchgehender Schnellzug und je ein gemischter Zug zwischen Wologda und Wjatta, täglich je zwei Personenzüge zwischen Petersburg und Wjatta nach beiden Richtungen verkehren.

Wer bei
Jandorf
kauft
spart
Geld!

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Zum Jahreswechsel

Neujahrskarten 1, 2, 3 bis 10 Pf. | Neujahr-Postkarten mit Jahreszahl 10 Stück 10 Pf.
Neujahrskarten eleg. gepackt, mod. Prägnungen. 10 Stück m. Kuverts 25, 40, 60 Pf. | Neujahr-Postkarten 3 St. 10 Pf. St. 5 Pf. 3 St. 15 Pf. St. 10 Pf.

*Pralines — Knackmandeln — Nüsse — Eiswaffeln mit Scherz-Einlagen — Giessblei — Pfannkuchen — Schneebälle — Konfettibälle
Luft chlangen — Papiermützen — Knallbonbons — Cigarrenspitzen*

NEU! Ansteckfiguren — Kaviarbrödchen NEU!

Punschgläser glatt mit Fuss 10, gepresst 10, 12 Pf. | Champagnerbecher m. Goldrand 8, m. Bordüre 22, 30 Pf. | Gambrinusbecher 10, mit Goldrand 12 Pf.
Weingläser glatt 20, 28 mit Bordüre 35, 40 Pf. | Champagnergläser 28, mit Bordüre 38 Pf. | Bierbecher m. Goldrand 8, 18, m. Bordüre 15, 28 Pf.
Römer antik-grün 25, 38, 45, 65 Pf. | Teebecher mit Bordüre 15 Pf. | Likörbecher mit Goldrand 8, 10, 12 m. Bordüre 22 Pf.

Glasbowlen $\frac{3}{2.95}$ $\frac{4}{3.75}$ $\frac{6}{4.35}$ $\frac{8 \text{ Liter}}{5.75}$ | Tafelservice für 6 Personen, 23 Teile, Rosen- oder Veilchenmuster 14.75

Steinbowlen — Terrinen — Humpen — Krüge

Moselweine	Rheinweine	Bordeauxweine	Rum u. Arac (verschnitten)
1 Flasche b. 10 Fl.	1 Flasche b. 10 Fl.	$\frac{1}{2}$ Fl. b. 10 Fl.	$\frac{1}{2}$ Fl. $\frac{1}{2}$ Fl.
Obermoseler 60 Pf. 58 Pf.	Bretzenheimer 65 Pf. 63 Pf.	Medoc Cantenac 95 90 Pf.	Rum 1.00 —
Moselblümchen 65 Pf. 63 Pf.	Herxheimer 75 Pf. 73 Pf.	Medoc St. Estéphe 1.15 1.10	Rum feiner alter 1.40 80
Zeltinger 75 Pf. 73 Pf.	Laubenheimer 1.00 95 Pf.	Medoc St. Margaux 1.40 1.35	Rum extra feiner alter 2.10 1.10
Lieserer 90 Pf. 85 Pf.	Niersteiner 1.25 1.20	Chateau Larose 1.60 1.50	Arac $\frac{1}{2}$ Fl. 1.60, 2.10 $\frac{1}{2}$ Fl. 85, 1.10

Punsch-Extrakte $\frac{1}{2}$ Flasche 85 Pf. $\frac{1}{2}$ Flasche 1.60

Deutsche Schaumweine ... $\frac{1}{2}$ Flasche 1.55, 2.00, 2.40, 2.65

Lebende Spiegel- und Schuppen-Karpfen bis 3 Pfund ... Pfund 80 Pf. über 3 bis 10 Pfund ... Pfund 90 Pf.

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Großen Berliner Straßenbahn

Punsch-Extrakte

von höchster Bekömmlichkeit, überraschend köstlichem Aroma und unübertrefflichem, wirklich hervorragendem Wohlgeschmack

bereitet man im Haushalte nur selbst mittels der allein echten

Noa's Original-Extrakte.

1 Orig.-Flasche Noa's Punsch-Extrakt-Basis gibt mit $\frac{1}{2}$ oder 1 Liter Weingeist und Zucker nach beigegebener Vorschrift bereitet ca. 2 Liter Punsch-Extrakt.

Vorrätig mit Ananas, Glühwein, Grog, Himbeer-, Kaiser-, Orangen-, Zitronen-, Erdbeer-, Schlummer-, Schwedisch-, Vanille-Punsch-Aroma, a Flasche 75 Pf. Düsseldorf Punsch a Fl. 90 Pf. Mit Burgunder-, Nektar-, Royal-, Sherry-, Tee-, Viktoria-Punsch-Aroma a Fl. 1 M.

Dieser fertige Punsch-Extrakt mit 2 Teilen heißem Wasser vermischt ergibt

zirka 6 Liter trinkfertigen, wohlbekömmlichen Punsch von **höchster Reinheit** und **unvergleichlicher Güte.**

Enorme Ersparnis! — Einfachste Zubereitung!

Begeisterter, lobender, ehrenvoller Anerkennung aus aller Welt!

Allerfeinster dopp. rekt. Weingeist 96 Proz. in Orig.-Fl. a Ltr. 1,60 M.

Wertvolles **„Die Destillation im Haushalt“** Sämtliche Rezepte zur Selbstbereitung von Kognak, Rum, allen echten Likören usw. enthaltend **gratis.**

Elsasserstr. 5, **Max Noa** Elsasserstr. 5, 3. Haus v. Rosenthaler Tor.

G. Graumanns Festsäle
Nauynstraße 27.
Sonntags sowie Sonntage zu Vereinsfestlichkeiten zu vergeben.
Silvester 1907 ist frei geworden. **Gustav Graumann.**

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehülfen Berlins.
Empfiehlt sich allen **Arbeitern, Parteigenossen** und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in
Winter-Paletots, Joppen, Radfahranzügen u. Fant.-Westen
in allen Größen und Preislagen
sowie
Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
Lieferanten der **Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Berliner Konsum-Vereins sowie des Charlottenburger Konsum-Vereins.**
Heute Sonntag bis 8 Uhr geöffnet.

Die Möbel-Fabrik

von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**

empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210—10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Stilart sowie auch **Polsterwaren** eigener Fabrikation zu außerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Rulante Zahlungen. Tel. Amt IV 6677. [580214]

Ewig jung

bleibt ein Gesicht mit weißem rosigen Teint, zarter sauneebweicher Haut sowie ohne Sommerprossen und Hautunreinigkeiten, daher gebrauche man die echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul, à Stk. 50 Pf. überall zu haben.

Künstliche Zähne

Plomben jeder Art.
Schmerzloses Zahnziehen unter Anwendung neuester Mittel. Zivile Preise. 15jährige Pachtätigkeit. **J. H. Klömpen,** Charlottenburg, Spandauerstr. 24 vis-à-vis Straßenbahn

Unser teurer warmer Ofen!

In überraschend kurzer Zeit hat sich in der Nähe der Reichshauptstadt eine bedeutende Braunkohlenförderung und Brickettfabrikation entwickelt.

Vor einigen Wochen haben sich die niederlausitzer Werke zu einem feiner formierten Verkaufsfondit vereinigt, dessen erste Tat die abermalige Erhöhung der Brickettpreise war.

Auch die Braunkohlenindustriellen behaupten, die ungeheure Wertung der Brennstoffe sei vorzüglich die Folge der erhöhten Arbeiterlöhne.

Ueber die allgemeine Entwicklung des brandenburgischen Braunkohlenbergbaues orientiert folgende Tabelle:

Table with 5 columns: Jahr, Zahl der Werke, Zahl der Arbeiter, Förderung in Tonnen, Auf den Kopf des Grubenarbeiters in Mark.

Diese Zahlen erzählen von einer ganz außerordentlichen Zunahme der Arbeiterleistung und des auf einen Arbeiter entfallenden Förderwertes.

Table with 5 columns: Jahr, Durchschnittslohn pro Schicht, Wert d. Arbeiterleistung pro Schicht, Durchschnittl. Wert d. Arbeiterleistung pro Schicht im brandenburg. Braunkohlenbergbau.

Wenn wir auch die bestbezahlte Arbeiterkategorie in West-Kottbus herausgreifen, so kommen wir doch zu dem Resultat, daß 1896 der Arbeiterlohn 48 Proz. von dem Werte der Leistung ausmachte, 1906 nur noch 40 Proz.!

Jeder brandenburgische Braunkohlenbergmann lieferte 1896 durchschnittlich 3,5 Tonnen auf die Schicht, 1906 aber 5,3 Tonnen!

Das betrifft die Untertagsarbeiter, deren Zahl sich in der Periode 1900/1906 von 4460 auf 3903 verringert hat.

An dieser Stelle sind die Ziffern für 1897 eingesetzt, da uns die für 1896 nicht zur Verfügung standen.

oberirdischen Nebenanlagen (Brickettfabriken usw.) beschäftigt. Der Durchschnittslohn der erwachsenen männlichen Obertagsarbeiter betrug 1906 in West-Kottbus 3,36 M., in Ost-Kottbus 3,29 M.

Um eine Tonne Bricketts herzustellen, verbrauchte ein Werk zirka 3 Tonnen Rohkohle. Es fehlen in der offiziellen Statistik leider die speziellen Angaben über die Zahl der Pressen und der daran beschäftigten Personen im brandenburgischen Gebiet.

Brickett- und Raupresssteinpressen waren im Betrieb 1896: 371, 1900: 469, 1906: 605. Jede Brickettpresse lieferte durchschnittlich 1896: 8932, 1900: 11193, 1906: 13042 Tonnen.

Die Grubenflisse über 14700, Alara fast 16000, Hege über 23800 Tonnen Bricketts! Hier entfällt auf den Brickettarbeiter eine Jahresleistung von mindestens 1800 Tonnen.

Wo der immense Profit bleibt, wird dem Wanderer schon klar, wenn er in der Lausitz die gewaltig sich ausdehnenden, immer mehr vergrößerten Werksanlagen betrachtet.

Die Grubenherren und höchsten Beamten bewohnen prächtige Villen, die Lohnflaven hausen in unbeschreiblich kulturwidrigen Höhlen, wie wir anlässlich des Streiks eingehend geschildert haben.

Die Arbeiter in dieser hochprofitablen Industrie leben mit ihren Familien in der kümmerlichsten Weise. Kartoffeln mit Leinöl und Schwarzbrot sind für viele Familien die hauptsächlichste Nahrung.

Das Jahr 1897 berichtete der Berginspektor von West-Kottbus, die Lebensmittelpreise im Revier seien „zum Teil ziemlich hohe“.

Das Pfund Rindfleisch kostete 45—55, Schweinefleisch 60—70, Kalbfleisch 55—70 Pf. Diese damals „ziemlich hohen Preise“ sind heute weit überholt.

Wenn die Kohlen- und Brickettpreise nach der Arbeiterentlohnung bemessen wären, dann würde die Bevölkerung nicht über Auswanderung zu klagen haben.

Vermischtes.

Der erschossene Major.

In der ostpreussischen Stadt Allenstein ist der Major v. Schönebeck mit einer Schußwunde in der Stirn tot aufgefunden worden.

Eine spätere Meldung lautet: Bereits gestern wurde in Allenstein eine Verhaftung vorgenommen, die mit dem an dem Major v. Schönebeck begangenen Morde in Zusammenhang steht.

Major v. Schönebeck wollte am zweiten Weihnachtstefertage an einer Jagdgesellschaft teilnehmen.

Als der Diener ihn am Morgen wecken wollte, fand er den Major halbtot auf der Schwelle des Schlafzimmers. Neben dem Erschossenen lag der Militärrevolver, zu dem der Major anscheinend im letzten Moment gegriffen hatte.

Eisenbahnunfälle.

Amlich wird aus Wiesbaden vom gestrigen Tage gemeldet: Vormittags 11 Uhr 46 Min. fuhr der Personenzug 306, von Niederlahausen kommend, im Gleis 7 des hiesigen Hauptbahnhofes auf den Preßhof auf.

Einer Meldung aus Leipzig zufolge überfuhr der 8 Uhr 40 Min. im Dresdener Bahnhof von Dresden eintreffende Personenzug 484, der von zwei Lokomotiven gezogen wurde, beim Einlaufen in den Bahnhof einen Preßhof.

Fischhaken-Brand. Ein Telegramm aus Oesterlande vom 28. Dezember bringt: Die 400 Meter lange Kulkionshalle am Fischereihafen steht vollständig in Brand.

Die aus einer späteren Meldung hervorgeht, ist das Feuer durch Kurzschluss entstanden. Die Gasfenster und die Bremerhavener Feuerwehr sowie mehrere Spritzenpumpen waren die ganze Nacht hindurch mit der Bekämpfung des Brandes beschäftigt.

Erdbeben-Meldung.

Eine Meldung aus Hamburg besagt: In der Nacht vom 25. auf den 26. Dezember wurde von den Apparaten der hiesigen Hauptstation für Erdbenenforschung ein Kernbeben von mäßiger Stärke aufgezeichnet.

Chegwitz. Einer Meldung aus Wittweida zufolge erschoss im Raubarorte Rodsch gestern nachmittags nach einem Wortwechsel der 43jährige Schachmeister Rinz seine 24jährige Ehefrau.

Silvester-Fische!! Lebende Karpfen Eiskarpfen zu billigsten Tagespreisen. In allen Größen vorrätig.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.) Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Seefische - Volksnahrung! Großer Schellfisch mit Kopf Pl. pr. Pfd. 27 Cabliau ohne Kopf 27 im Anschnitt 30 Pf. Seelachs mit Kopf 20 im Anschnitt 25 Pf.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 29. Dezember.
Freie Volkshöhle. Nachmittags 3 Uhr: 18./19. Abteilung: Im Reuen Schauspielhaus: Jüdisch. Mittwoch, 1. Januar: 20. Abteilung: Jüdisch.
 11./12. Abteilung, nachmittags 3 Uhr: im Berliner Theater: Ledige Leute. Mittwoch, 1. Jan.: 13./14. Abteilung: Ledige Leute.
Neue Freie Volkshöhle. Nachmittags 3 Uhr: Extravaganz in den Kammer-Spielen: Frühlingserwachen. Nachmittags 4 Uhr: 19. Abteilung im Deutschen Theater: Das Wintermärchen. Nachmittags 3 Uhr: 1. Abteilung im Reuen Theater: Ueber den Wassern.
 Nachmittags 3 Uhr: 3. Abteilung (2701-3000), 4. Abt. (voll) im Schiller-Theater O: Der Kaiserjäger.
 Nachmittags 3 Uhr: 8. Abteilung (17651-20000), 9. Abt. (voll) im Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus: Nathan der Weise.
 Nachmittags 3 Uhr: 12. Abt. (11701-12000), 13. Abt. (voll) im Schiller-Theater Charlottenburg: Der Richter von Zalamea.
 Nachmittags 4 Uhr: Kinder-nachmittag in den Musiktheatern. Montag abends 8 Uhr: 17. Abteil. im Lothing-Theater: Jar und Zimmermann.
 Montag 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Kesselfinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)
 Montag: Naron.
Königl. Schauspielhaus. Die Kesselfinger.
 Montag: Götter von Berölingen. (Anfang 7 Uhr.)
Neues i. g. Opernhaus. Die die Wäsen jüngen. (Anfang 7 Uhr.)
Deutsches. Was ihr wollt.
 Montag: Die selbe Vorstellung. Kammer-Spiele. Götter und kein King. Anfang 8 Uhr.
 Montag: Katharina, Gräfin von Armanac.
Lothing. Die Kesselfinger.
 Nachmittags 3 Uhr: Der Freischütz.
 Montag: Jar und Zimmermann. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Jüdisch 3a und 3b.
 Montag: Jar Peter.
Deutsches. Ein Walzertraum.
 Nachm. 3 Uhr: Die lustige Witwe.
 Montag: Ein Walzertraum.
Berliner. Blaubart.
 Montag: Die selbe Vorstellung.
Leipzig. Die gelbe Nachtigall.
 Nachm. 3 Uhr: Die Heber.
 Montag: Der Fund der Jugend.
Neues. Baccarat.
 Montag: Die selbe Vorstellung.
Deutsches. (Schiller-Theater.)
 Nachm. 3 Uhr: Der Kaiserjäger.
 Montag: Kollege Crampton.
Schiller Charlottenburg. Der Kesselfinger.
 Nachmittags 3 Uhr: Der Richter von Zalamea.
 Montag: Der Revisor.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Kriemhilds Rache.
 Nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise.
 Montag: Madame Sans Gêne.
Kleines. Mandragola.
 Nachmittags 3 Uhr: Ein Puppenheim.
 Montag: Mandragola.
Residenz. Ganz der Papa.
 Nachm. 3 Uhr: Der Schloßwagenkontraheuer.
 Montag: Ganz der Papa.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
 Nachmittags 3 Uhr: Die Heber.
 Montag: Frau Warrens Gewerbe.
Theater an der Spree. Hofspokus.
 Nachm. 3 Uhr: Ein grüner Weg.
 Montag: Hofspokus.
Königliche Oper. Die Heber.
 Nachmittags 3 Uhr: Hofmanns Erzählungen.
 Montag: Die Heber.
Lothing-Theater. Die Kesselfinger.
 Nachm. 3 Uhr: Coprienne.
 Montag: Die Kesselfinger.
Thalia. Die gelbe Nachtigall.
 Nachmittags 3 Uhr: Ihr Schatz.
 Montag: Die gelbe Nachtigall.
Luisen. Amerikafappel.
 Nachmittags 3 Uhr: Die Heber.
 Montag: Die Heber.
Bernhard Rose. Die Verlobung im Bett.
 Nachmittags 3 Uhr: Das Opferlam.
 Montag: Zwischen zwei Herzen.
Carl-Goverland-Theater. Spezialitäten.
Metropol. Das muß man seh'n.
 Nachmittags 3 Uhr: Die Herren von Maxim.
 Montag: Das muß man seh'n.
Wolk. Schiller Theater.
 Nachmittags 3 Uhr: Familien-Vorstellung.
 Montag: Schiller Theater.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Mal was anderes.
 Montag: Die selbe Vorstellung.

Parodie. Wilhelm Tell. Lammhauer.
 Roma Ganna.
 Nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Kasino. Biederleute.
 Nachmittags 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.
 Montag: Biederleute.
Gebr. Herrfeld. Papa und Genossen.
 Nachmittags 3 Uhr: Die Reyerheim.
 Montag: Papa und Genossen.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Vahner. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten.
 Montag: Die selbe Vorstellung.
Reichsdallen. Statmer Sängers.
 Urania. Tantenkränze 18./19.
 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
 Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
 Montag: Kairo und die Pyramiden.
 Nachmittags 4 Uhr: Sizilien.
 Sonnabend 4 Uhr: Sizilien.
Sternwarte. Anstalt. 37/38.
 Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelstern, Nebelkette.

Berliner Theater.
 Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
 Täglich 8 Uhr:
Blaubart
 Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Baccarat.
 Montag: Baccarat.
 Dienstag: Baccarat. Auf. 7 Uhr.

Kleines Theater.
 Nachm. 3 Uhr: Ein Puppenheim.
 Abends 8 Uhr: Agnes Sorma.
Mandragola.
 Montag: Mandragola.
 Dienstag 7 Uhr: Mandragola.
 Mittwoch nachm. 3 Uhr: Maria Magdalena. Abends: Mandragola.
Theater des Westens.
 8 Uhr: Ein Walzertraum.
 Cyrette von Oskar Strauß.
 Sonntag, den 29. Dez., Mittwoch, 1. und Sonntag, 5. Januar, nachm. 3/4 Uhr zu halben Preisen: Die lustige Witwe.
 Sonnabend, 4. Jan., nachm. 4 Uhr zu halben Preisen: Hänsel und Gretel. Dienstag, 31. Dezember (Silvester) beginnt die Vorstellung um 7 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise.
 Abends 8 Uhr:
Kriemhilds Rache.
 Montag: Madame Sans Gêne.
 Dienstag 7 Uhr: Madame Sans Gêne.
 Mittwoch nachm. 3 Uhr: Jugend von heute. Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.

Lothing-Theater.
 Nachm. 3 Uhr: Der Freischütz.
 Abends 8 Uhr:
Die Zauberflöte.
 Montag 8 Uhr: Jar u. Zimmermann.
 Dienstag 7 Uhr: Der Leinwandmacher von Siedingen.
 Mittwoch nachm. 3 Uhr: Unbitt.
 Abends 7 1/2 Uhr: Die Zauberflöte.

Residenz-Theater.
 - Direktion: Richard Alexander. -
 Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
 Schwan in 3 Akten von Max und Deobald. Deutsch v. H. Schönau.
 Baron des Rabrats: Mich. Alexander.
 Sonntag, den 29. Dezember, nachm. 3 Uhr: Der Schloßwagenkontraheuer.
 Mittwoch, den 1. Januar, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Lustspielhaus.
 Nachm. 3 Uhr: Unsere Käse.
 Abends 8 Uhr:
Husarenheer.
 Hans Adler als Gast.
Zentral-Theater.
 Gastspiel des Heddel-Theaters.
 3 Uhr halbe Preise: Die Geisha.
 Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
 Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.
 Montag 3 Uhr: Prinzessin Goldtraub. 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe.

Luisen-Theater.
 Reichenbergerstr. 34.
 Nachmittags 4 Uhr:
Die Ahnfrau.
 Abends 8 Uhr:
Amerikafappel.
 Montag: Krieg im Frieden.
 Dienstag: Geflohen.
 Mittwoch, 3 Uhr: Berlin, wie es weint und lacht.
 8 Uhr: Zirkus Busch.
 Dienstag: Zirkus Busch.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Schiller-Theater).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Kaiserjäger.
 Komödie in 3 Akten v. H. Drenner und H. Oswald.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
 Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
 Montag, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
 Zum ersten Male:
Philister. (Herrn): Die Lore.

Castan's Panoptikum
 165 Friedrichstr. 165
Das Schlangen-Ungeheuer
 mit seinen 27 Jungen.
Däumling, der kleinste Mann der Welt!

XIII. Saison
Zirkus Busch
 Bahnhof Börs.
 Sonntag, den 29. Dezember:
2 große außerord. 2 Gala-Vorstellungen 2
 Nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. - Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
 In beiden Vorstellungen:
The Krewe Family.
 In beiden Vorstellungen:
Bros. Clarkonians aus Amerika!
 In beiden Vorstellungen:
Geschwister Vichis.
 In beiden Vorstellungen:
 Vorführer und Reiten der besten Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
 In beiden Vorstellungen:
 Auftreten sämtlicher Clowns mit den neuesten Witz- und Späßen.
 Nachm. 4 Uhr, zum 6. Male:
Jokel und Koko.
 Große humorist. Wasserpantomime in 2 Bildern.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Auf der Hallig!
 Gr. Koneg-Austr. Pantomime in 4 Bildern.

Rixdorfer Theater
 Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
 Mittwoch, den 1. Januar 1908:
Die Kinder der Exzellenz.
 Lustspiel in 4 Akten von Holzogen.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Theater an der Spree
 Köpenickerstraße 68.
 Nachm. 3 Uhr bei ca. halben Preisen:
Der Altienbudiker
 Mit Josefine Dora.
 Abends 8 Uhr:
Das größte Zugstück der Saison!
Hofspokus.
 Neue Berliner Feste mit Gesang und Tanz von Louis Herrmann
 Neu! Neu!
 Zufindung von Gillets.
 Auf schriftl. oder telephonische Bestellung (Billets IV 2835) werden die Billets auch zu
Silvester und Neujahr o h n e Preisermäßigung in Berlin und sämtl. Vororten in die Wohnung geschickt.
 Täglich 8 Uhr:
Hofspokus.

Bernhard Rose Theater
 Gr. Frankfurterstr. 132
 Die
 Verlobung im Bett.
 Anfang 8 Uhr. - Sonntagsspreise.

Louis Keller's Festsäle (Inhaber: A. Freyer)
 Kopenstraße 29.
 Dienstag, den 31. Dezember 1907 (am Silvester-Abend):
Großer Ball bei verstärktem Orchester.
 × × × Sensationelle Ueberraschungen. × × ×
 Um geneigten Zuspruch ersucht
A. Freyer (früher Louis Keller) Kopenstr. 29.
 Sehenswert der 14 Meter hohe Weihnachtsbaum mit seinen 800 strahlenden Glühlichtern.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
 Schauspiel in 3 Akten v. Calderon de la Barca.
 Deutsch von Adolf Wilbrandt.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
 Lustspiel in 5 Akten v. Nikolai Gogol.
 Deutsch von G. u. Schabert.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
College Crampton.

Zirkus Schumann
 Heute Sonntag, den 29. Dezember, nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr:
2 gr. außerord. Gala-Vorstellungen.
 Nachmittags auf allen Plätzen ohne Ausnahme ein Kind frei.
 Jedes weitere Kind unter 10 Jahren halbe Preise (außer Galen).
 Nachmittags zum Schluss:
Die lustigen Heidelberger.
 In beiden Vorstellungen:
 Die phänom. Three Demons.
 Abends zum 8. Male:

Amerika
 Original-Konegenschau des Zirkus Albert Schumann in 4 Akten u. eigens dazu engagierten 120 schwarzen Tanten.
 Besonders hervorzuheben:
Große Brandkatastrophe auf dem Broadway in New York.
 Schick-Hypnotische mit vollständig neuen technischen Licht- und Wasserereffekten.

WINTERGARTEN
 Heute und folgende Tage:
 Auftreten von: Robert Steidl, Liane de Vries, Kitty Gordon, Tan Kwai - Truppe, Flood Brothers, Starr und Leslie, Boganny - Truppe, Die Tiller Girls, Brunins, La Béat, Toqué, Tenji - Truppe, Der Biograph etc.
 Heute nachmittags 3 Uhr:
 populäres Konzert von Johann Strauß aus Wien. 48 Mann Orchester. Preise 0,50, 1,00, 1,50 M.

Apollo Theater
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Kleine Preise!
 Zum letzten Male in einer Familien-Vorstellung:
 Schwester Schaffer jr. v. Berlin. Universal-Künstler. - Außerdem das lokale Programm mit Diegwart Gentes in seinem Stahlfisch: Die Opernprobe. Abends 8 Uhr: Zum letzten Male an einem Sonntag: Die Dezember-Attraktionen. Kom. Die 3 goldenen Jungfrauen. Neu!

Sanssouci Kottbuser Straße 6.
 Direktion: Wilhelm Reimer.
 Heute Sonntag, u. Montag:
Hoffmanns Nordd. Sängers
 Hr. Gtze: Soiree und Tanzkränzchen.
 Sonntag Beginn 5, wochentags 8 Uhr.
 Dienstag (Silvester):
 Extra-Alt.-Hilf.-Vorh. - Tanz.
 Dienstag, 7. Januar 1908: 1. gr. Spezialitäten-Vorstellung. Erst. halbe Preise.

Brunnen-Theater
 Sabstraße 58. Direktion: Sarah. Rosa.
 Sonntag, den 29. Dezember 1907:
 nachm. 3 Uhr:
Die Schauspieler des Kaisers.
 Abends 7 Uhr: Hotel Klingebusch.
 Nach der Vorstellung: Großer Ball.
 Vorverkauf vormittags 10-11 Uhr.
 Montag, den 30. Dezember 1907, Hotel Klingebusch.

Wolk. Schiller Theater.
 Nachmittags 3 Uhr: Familien-Vorstellung.
 Montag: Schiller Theater.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstr. 48/49.
 Nachmittags 4 Uhr:
 Frühlingstage an der Riviera.
 Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
 Morgen Montag 4 Uhr: Sizilien.
 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

Berliner Aquarium
 Unter den Linden 68a
 Eingang Schadow-Strasse No. 14.
 Heute Sonntag Eintrittspreis
25 Pf.
 Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc. 05/17

Walhalla Variete-Theater.
 Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor
 Heute 2 Vorstellungen
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Kleine Preise.
 Jeder Erwachsene ein Kind frei.
Abends 8 Uhr.
 In beiden Vorstellungen:
Das große Programm.
 Dienstag, 31. Dezember:
Große Silvester-Feier.
 Spezialitäten, Ball, 5 Kapellen.
 Ueberrasch., 2 Regiments-Kapellen.
 Anfang 9 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
 Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 10.
In der Irre.
 Schauspiel n. d. neuver. „Morgenpost“-Roman.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Nach der Vorstellung: Tanz.
 Morg. u. folg. Tage: In der Irre.
 Dienstag: Großer Silvester-Ball.

Folies Caprice
 Lindenstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Mal was Anderes.
 Revue mit Gesang in 3 Bildern.
 Dankte Punkte.
 Eine anständige Frau.
 Anfang 8 Uhr.

Gebr. Herrfeld-Theater.
 57 Kommandantenstraße Nr. 57.
 Vorverkauf ab 11 Uhr.
 Heute Sonntag 8 Uhr abends die erfolgreichste Revue:
Papa u. Genossen.
 Komödie in 3 Akten m. d. Autoren Anton und Donat Herrfeld.
 Vorher:
Madame Wig-Wag.
 Nachm. 3 Uhr (halbe Preise):
Die Meyerheime.
 Morgen:
Papa und Genossen
 und **Madame Wig-Wag.**
Am Silvester-Abend:
 Riesen-Lach-Programm! mit außerordentlichen Ueberraschungen.
 Billettkonverkauf schon heute!

Parodie-Theater.
 Dresdenerstr. 67. Anfang 8 Uhr.
 Zum 50. Male:
Zapfenstreich.
Moana Vanna.
 Taubhäuser.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr halbe Preise:
 Wilhelm Tell. Zapfenstreich.

Metropol-Theater
 Nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.
 Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!

Metropol-Theater
 Nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.
 Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!

Metropol-Theater
 Nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.
 Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darwand, Bender, Giampietro, Josephi.
 Rauchen gestattet.
 Am 31. Dezember (Silvester):
Das muß man seh'n!
Gr. Silvester-Cabaret
 Um 12 Uhr:
 Fanfaren-Silvesterjubiläum.
 Confettischlacht. Ueberraschungen.
Tanzkränzchen.
 Sonnabend, 4. Januar:
1. Großer Metropol-Theater-Ball.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sängers
 Anfang nachm. 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.
 Dienstag, 31. Dez.:
Gr. Silvester-Ülk-Soiree
 mit Tanzkränzchen.
 Reichshallen - Refektorium:
 Militär-Konzert.

Biogr.-Theater „Westend“
 Charlottenburg.
 Potsdamerstraße 11.
 Neu! Elegant! Interessant!
 Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.
 Sonntag von 3-11 Uhr.
 Stetiger Eingang von Neuheiten.

Palast-Theater
 Burgstraße 24.
 Heute 1/8 Uhr
 Entree 50 Pf.
 Der
Riesen-Weihnachts-Spielplan.
Am heiligen Abend
 Lebensbild.
Lona Revée
Luna-Quartett
 Legel usw.

Passage-Theater.
 Heute zwei Vorstellungen:
 Nachm. 3-7 Uhr (ermäßigter Preis), abends 8-11 Uhr.
Die singenden Engelsköpfe
 Martin Kettner
 Erna Fröhlich
 und das großartige
 Dezember-Programm.

Kasino-Theater.
 Colingierstr. 37. Täglich 8 Uhr:
 Ueber 60 Mal ausverkauft!
 Glänzender Erfolg!
Biederleute.
 Komödie in 4 Akten von J. Nisch.
 Sonntag nachm. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.
 Mittwoch, 1. Jan., nachm. 4 Uhr:
 Eingelgelcher - Blumenraub

Glycium Landsberger Allee 40-41.
 Heute Sonntag, 29. Dezember:
Großer Ball
 Anfang 5 Uhr. Entree frei.

Buggentagen
 Montzplatz
 im Theatersaal täglich:
 Das neue
Dezember-Programm.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntag 7 Uhr. (Sonntag referiert 1 R., Entree 50 Pf.)
 Familienbillets a 40 Pf.
 Täglich
Militär-Konzert.
 Weder, Franzmann, Adrich, Reumann, Hefner und Lütich.
 Jeden Sonntag:
Zwei Vorstellungen.
 Nachmittags 4 Uhr, Abends 8 Uhr.

Gegründet 1864.

Pelzwaren-
Fabrik



S. Schlesinger
Neue Königstr. 21.
(Ordnungshaus.)
Kein Laden
II. Etage
Einzelverkauf
wie alljährlich
nach beendeter
Engros-Saison.
**Pelz-Stolas,
Muffen etc.**

zu fabelhaft billigen Preisen.
Reparaturen billigst.
Sonntags geöffnet.



Eine Mark
wöchentliche Zeitabteilung letzter
Epoche fertige 18925
Herren-Garderoben
Schnell für Hoch-
Anfertigung nach Maass.
Zauberhafte Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidmeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Einziges Spezialgeschäft Wap.

Magerkeit

schwindet durch
unser Nährpulver
„Thilossin“, Preis-
krone Berlin 1904.
In 3 bis 4 Wochen
bis 18 Pfd. Zunahme.
Gar. unersch. l.
Viele Anerk.
Karton 2 Mk.
bei Postvers.
Porto u. Nach-
nahmespesen extra. Depots in
Berlin: S. Luisenstädtische Apotheke,
Köpenickerstr. 119; SW. Askanische
Apotheke, Bernburgerstr. 3, am
Anhalter Bahnhof; N. R. H. Haufe,
Greifenhagenstr. 79. Bestand-
teile: Pfanz. Eiw. Hämoglob. Lecith.
Bism. Natronel. Ca. Zucker. *



Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzel-
verkauf zu Engrospreisen.

**Stolas,
Kolliers,
Muffen,** sehr reich
garn. Damenhüte,
Barotte, Herren-
Knaben- und Mäd-
chen - Garnituren,
Fußsöcke, Jagd-
taschen, Pelztepp.
Sämtl. gangbaren
Pelzarten a. Lager.
Große Auswahl.
Bestes Material.
Keine Vagarmare,
keine Reifeunter-
oder fogenannte
Gegenstandsstücke,
trotzdem billiger.

F. Kalman, Kürschner-
meister,
jetzt nur Kommandantenstr. 15, I,
gegenüber Deutschstr., beim Dönhofsplatz.
Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntags
geöffnet. Telefon 1 3917.

Wer - Stoff - hat

fertige Anzüge nach Maß 20 Mk.
Fabelhafte Eiz, haltbare Futterlaken.
Bei Stonlieferung billigste Preise.
Franko, Adlerstraße 143,
142L*
Ede. Frau. Identifikation.

Künstliche Zähne von 1,50 M. an.
Teilzahlung. Vorbeugung umsonst. Langjährige Garantie. Plomben
von 1 M. an. Zahnlücken schmerzlos von 1 M. an. Umarbeitung
schlecht passender Gebisse von 1 M. pro Zahn an. 69621
Zahntechnische Akademie. (Privat-Anstalt.) Friedrichstr. 23. I.
Sprechst. 9-11, 3-7 Uhr. Sonn. 9-2 U.

Größte Berliner Zuschneide-Akademie
Alexanderplatz, Direktion Maurer

Wichtigste Fachhochschule der Welt für die gesamte moderne
Zuschneiderei. Höchste Auszeichnungen: Grand prix, Ehren-
preis, Ehrenkreuz, viele goldene Medaillen etc. für hervorragende
Leistungen im Unterrichtswesen. Theoretische und praktische Aus-
bildung. Vorzügliche, einfachste, geistlich geschulte Systeme.
Höchste Lehrkräfte. Personal. Laufende von Anmerkungen.
Herren- und Damen-Verkehr streng getrennt. Tages- und
Abendkurse. Neue Lehrkräfte für Herren- und Damen-
schneidererei. Wäsche, Putz beginnen
jeden 1. und 15. im Monat.

Reklamation kostenfrei. Stoffnachweis. Schnittmuster-Verkauf.
Unseren reich illustrierten Substitutions-Prospekt ver-
lange man gratis und franco. 18962*

Prüfamt mit höchsten Auszeichnungen.

In Josetti Vera Cigaretten finden wirkliche Kenner die Reinheit, das Aroma
und die delikate Milde feinsten türkischer Tabake, die so schwer vollkommen zum
Ausdruck zu bringen sind.

Die Mischung, welche zur Herstellung von

**JOSETTI
VERA**

CIGARETTEN

verwendet wird, ist in Aroma, Gehalt,
Milde und reinem Geschmack noch niemals
übertroffen worden.

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.

Josetti



Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage,
dicht an der Potsdamer Straße, 713L*

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen
monatliche Teilzahlung unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in
einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger
Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da
an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung
bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40—60 Mark. Monatliche Zahlung
10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

J. Baer
Bailstr. 28. Ecke
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Eleg. Paletots u. Joppen,
Großes Lager
in- und ausländischer
Stoffe zur Anfertigung
nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Ausverkauf!

Nach beendeter
Inventur
sind die Preise auf
sämtliche Artikel bis zu
33 1/3 0
herabgesetzt: 3491L*
Teppiche v. M. 4.50, 8, 13.50,
Gardinen 24, 36, 45 usw.
Portieren v. M. 2.10, 3.50, 5,
7.50, 9, 12 usw.
sowie Stoppdecken, Tisch- u. Diwan-
decken, Läufer- u. Möbelstoffe etc.
Nie wiederkehrende
Gelegenheit.

**Teppich-
Adler**
Königstraße 20-21,
a. d. Jüdenstr.

**Sprechmaschinen-
Klinik.**
Reparaturen aller
Saiten-, Apparate,
Walzen, Platten,
— Zubehörteile.
Billigste Preise. — Nur R. Diefing,
Ramlerstraße 5 (kein Laden).

**Sprech-
maschinen,
Platten u.
Walzen** er-
hält jeder-
mann. Teil-
zahlung ge-
rätet.
Prinzenstr. 7a.

Teilzahlung
monatlich 10 Mk. liefern Herren-Gar-
derobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110,
2. Etage.
Nähe Bellevue-Platz,
Kaffe 10%, billiger.

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß ich **Stral-
understraße 11** (an der Brunnen-
straße) ein
Weiß- und Bayerisch-Bier-Lokal
eröffnet habe und empfehle das-
selbe zur freundlichen Benutzung.
Achtungsvoll
18962* **Oskar Obiglio.**
Vereinszimmer für Jubiläen
und Beförderungen (30—35 Per-
sonen) zu vergeben.

Café Meyer
Dresdener-Str. 122/29.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf.
ca. 30 Zettungen; 2 Billards Stb. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volkshöhe.*

Spandauerberg-Brauerei
Westend bei Charlottenburg Tel. Charlottenburg 320
66. Bockbier-Saison.
Der Ausstoß hat begonnen. 1895L*

Metzner
BERLIN
Andreasstr. 23 - Brunnenstr. 95
Leipzigerstr. 51-55 - Beusselstr. 67 R xdorl. Bernstr. 133
Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.
1000 Mk. Belohnung
zähle ich jedem, der mir in Berlin
ein größeres Spezial-Geschäft in
der Branche als das meinige nachweist. — KATALOG GRATIS.

Lachen u. Frohsinn
schafft man sich und seinen Gästen durch
**Scherz-Artikel, Masken,
Glücksfiguren**
zum Gießen, große Ab-
wechslung, Karton, enth.
13 versch. Gegenst., 85 Pf.
Für Damen und
Herren reiches
Sortiment
Silvester-Scherze.

Vortragsmasken à la Musée tintamarresque, sehr
humoristisch! Stück 1 M.
**Kopfbedeckungen, Schneehüte, Karibonbons, Kotillon-
orden, Artikel für Bockbierfeste, Dekorationen usw., die zu außer-
gewöhnlich billigen Preisen in hervorragender Auswahl zu haben sind**
bei
Bernhard Keilich,
Größtes Spielwaren-Geschäft der Welt.
— 19 Schaufenster nur Spielwaren! Kein Bazar! —
Gr. Hamburgerstr. 21-23, Eckhaus Granienburgerstraße 11,
b. Hackeschen Markt, Bahnh. Börse, Zirkus Busch.

Kracht's Handelschulen
Berlin, Rosenthalerstr. 44. — Charlottenburg, Wilhelmplatz 2.
Gründlichste Ausbildung in Schönschreib., Buchführung, Buchh., Schreib-
maschinen, Stenographie, etc. Populäre Buchführungskurse für Hand-
werker u. Gewerbetreibende. Prosekte gratis durch Dir. Kracht.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Den Genossen zur gefälligen Kenntnis, daß am Silvester im Tunnel von G. Obit, Weiningerstr. 8, ein gemütliches Beisammensein mit Familie stattfindet. Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Graf-Lichterfelde. Morgen Montag, 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“ Aranothplatz, Generalversammlung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre; Entwurf des Vorstandes und der Funktionäre; eventuell Vortrag. Zutritt haben nur Mitglieder (Mitgliedsbuch legitimiert). Der Vorstand.

Lankwitz. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß die fällige Monatsversammlung am Dienstag, den 31. d. M., ausfällt. Dafür findet am Mittwoch, den 8. Januar, eine Generalversammlung statt.

Strohn. Auf unserem Weihnachtsbesuch am ersten Feiertag in den Markgrafenjäten sind ertüchelt ein Schirm und ein Winterüberzieher vom Garderobeneinhaber herausgegeben worden. Da letzterer für die betreffenden Sachen haftbar ist, bitten wir, dieselben im Restaurant Markgrafenjäten oder an der Garderobe daselbst abzugeben. Der Vorstand.

Wahlverein Eichwalde und Umgegend. Die Generalversammlung des Vereins findet heute, Sonntag, den 29. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in Heinrich Segler's Hof in Hankels Ablage statt. Da außer den Neuwahlen der Funktionäre noch andere wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, ist pünktliches und vollständiges Erscheinen Pflicht der Mitglieder. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Fernsprechtarifordnung

soll geändert werden. Das Reichspostamt hat eine Denkschrift ausarbeiten lassen, die in einer Konferenz am 7. Januar künftigen Jahres zur Grundlage von Besprechungen gemacht werden soll. Eingeladen sind zu der Konferenz Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und des Handwerks. Die Denkschrift beschäftigt sich hauptsächlich mit den Verhältnissen des Ortsverkehrs und sucht hier nachzuweisen, daß bei den Pauschgebührenanschlüssen die Gesprächsbelastung außerordentlich groß ist und von Jahr zu Jahr steigt. Die Postverwaltung will infolgedessen diese Art Gebühren ganz und gar abschaffen. Unter Berücksichtigung von weiteren Änderungen, die bei den Fernsprechtarifen stattfinden sollen, schlägt die Reichspostverwaltung folgenden Tarif vor:

- 1. Die Pauschgebühr wird aufgehoben. Es gibt nur noch Anschlüsse gegen Grund- und Gesprächsgebühren.
2. Die Grundgebühr beträgt in Reichen von 1 bis 1000 Anschlüssen . . . 50 M.
1001 bis 5000 Anschlüssen . . . 65 "
5001 bis 20 000 Anschlüssen . . . 80 "
20 001 bis 70 000 Anschlüssen . . . 90 "
mehr als 70 000 Anschlüssen für jede angefangenen weiteren 50 000 Anschlüsse je 10 M. mehr.
3. Für jede hergestellte Verbindung wird eine Einzelgesprächsgebühr von 5 Pfennig erhoben. Wenn in einem Rechnungsjahr von einem Anschluß aus mehr als 2000 Gespräche geführt werden, ermäßigt sich die Gebühr für die Gespräche von 2001 bis 6000 um je 1/2 Pfennig und für die weiteren Gespräche um 1 Pfennig.
4. Der Teilnehmer darf sich von Dritten für das Gespräch im Ortsverkehr einen Betrag bis zur Höhe von 10 Pf. erstatten lassen.
5. Die Ferngebühren betragen bis 25 Kilometer 20 Pf., bis 50 Kilometer 25 Pf., bis 100 Kilometer 50 Pf., bis 250 Kilometer 75 Pf., bis 500 Kilometer 1 M., bis 750 Kilometer 1,50 M., bis 1000 Kilometer 2 M., über 1000 Kilometer für jede weiteren 250 Kilometer 50 Pf. mehr.

Die Aufhebung der Pauschgebühr, um die es sich vorzugsweise handelt, wird eine verringerte Inanspruchnahme des Fernsprechers zur Folge haben. Das scheint, nach der Begründung der Denkschrift zur urteilen, auch die Absicht des neuen Tarifs zu sein. Daß damit dem Verkehr gedient bzw. genützt wird, kann nicht behauptet werden.

Zu den Kaufmannsgerichtswahlen.

Der Magistrat von Berlin hat gestern allen in den Wählerlisten verzeichneten wahlberechtigten Kaufleuten besondere Benachrichtigungen für die am 12. Februar n. J. stattfindende Wahl der Richter für das Berliner Kaufmannsgericht zugehen lassen. Die Empfänger dieser Benachrichtigungen können aus den Karten entnehmen, ob sie in die Wählerliste eingetragen sind. Alle diejenigen wahlberechtigten Kaufleute, die eine solche Karte nicht erhalten haben, wollen nimmere die vom 8. bis 9. Januar nächsten Jahres öffentlich im Wahlbureau, Poststraße 16, von nachmittags 4 bis abends 7 Uhr und Sonntags von 10 bis 11 Uhr ausliegenden Wählerlisten einsehen. Wer nicht eingetragen ist, muß dann einen besonderen Antrag auf Eintragung stellen. Wahlberechtigt sind alle Kaufleute, die das 25. Lebensjahr vollendet, in Berlin ihre Handelsniederlassung haben und mindestens einen Handlungsgehilfen oder Handlungslehrling regelmäßig das ganze Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen.

Für die wahlberechtigten Handlungsgehilfen sind Wählerlisten nicht angefertigt. Es genügt vielmehr zur Ausübung des Wahlrechts ein Zeugnis des Prinzipals oder der Polizeibehörde, durch das bestätigt wird, daß der Betreffende bei der im Zeugnis bezeichneten Handelsniederlassung, und zwar innerhalb seiner Wahlstelle als Handlungsgehilfe beschäftigt ist. Für die Handlungsgehilfen ist der Wahltermin auf Sonntag, den 9. Februar, von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt.

Der neue Omnibustarif.

Der Polizeipräsident von Berlin gibt jetzt bekannt, daß er in Uebereinstimmung mit dem hiesigen Magistrat für die mit Pferden betriebenen Omnibuslinien der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft folgenden Tarif festgelegt hat:

- a) ein einzelner Fahrchein (auch für Teilstrecken) kostet 10 Pf.
b) zwei Fahrcheine für Teilstrecken kosten . . . 15 Pf.
c) fünf Fahrcheine für Teilstrecken kosten . . . 30 Pf.
Der neue Tarif tritt am 1. Januar 1908 in Kraft.

Eisenbahnbureaucratie.

Wahre Schafsgeduld wurde gestern morgen dem Publikum zugemutet, das vor 8 Uhr den Nordring über Rummelsburg in Anspruch nahm. Der 7.31 auf Bahnhof Frankfurter Allee fällige Zug blieb annähernd 15 Minuten vor der Station Rummelsburg liegen. Nachdem er glücklich Einfahrt erhalten hatte, ähnten die Passagiere gewiß nicht, daß ein nochmaliger Aufenthalt von 15 Minuten in Rummelsburg ihrer harren würde. Während nun auf den Mittelbahnsteigen dieser Station ein Zug nach dem andern zur Abfahrt gelangte, blieb der Nordring beharrlich stehen, so daß das

Publikum in nicht gerade schmeichelhaften Worten für die Eisenbahnbureaucratie sich Luft zu verschaffen suchte. Bei einigem guten Willen wäre es nämlich möglich gewesen, die Passagiere darüber zu unterrichten, daß die Züge, welche den Mittelbahnsteig passieren, vor Abgang des Nordringzuges zur Abfahrt gelangen. Diese Information unterließ also, wie es auf der Stadt- und Ringbahn überhaupt seltener Gebrauch ist, eingetretene Differenzen der Zugfolge anzugeben. Die bürokratische Eisenbahnbureaucratie überläßt die unerquidlichen Folgen derartiger Zugverpätungen dem Publikum, das wohl das Fahrgeld zu entrichten, aber auf eine fahrplanmäßige Beförderung gegebenenfalls zu verzichten hat. Daß um die genannte Zeit ausnahmslos Arbeiter und allerhand Angestellte die Bahn frequentieren, deren pünktlicher Antritt um 8 Uhr verlangt wird, sollte einer staatlichen Eisenbahn um so mehr Veranlassung sein, durch geeignete Maßnahmen Zugverpätungen zu verhindern, auf alle Fälle aber das Publikum rechtzeitig zu unterrichten, daß sich dann schon selbst zu helfen wissen wird.

Ueberhaupt sollte die königl. Eisenbahndirektion der Stadt- und Ringbahn gerade in den frühen Morgenstunden eine genaue Beobachtung des Verkehrs anordnen. Die beängstigende Fülle einzelner Züge, als auch die Ungleichmäßigkeit und mangelnde Beleuchtung einzelner Bahnhöfe, wie beispielsweise des Stadtbahnhofes Jannowitzbrücke, ist dringend der Abhilfe bedürftig.

Gegen die Schundliteratur.

Die Schundliteratur hat in Berlin leider noch eine große Verbreitung. Schweres Unheil hat sie schon angerichtet. Weite Volkskreise sind durch sie geradezu vergiftet worden. Für schweres Geld werden den Abonnenten die niedrigsten Sensationen aufgeschwatzt und jedes Streben nach Höherem, Edlerem wird erstickt. Da ist es nur mit Freude zu begrüßen, daß die Vorwärts-Buchhandlung bestrebt ist, durch Verbreitung einer billigen Unterhaltungsliteratur dieser Schundliteratur entgegenzutreten. Durch die Herausgabe der „Freien Stunden“ hat die Buchhandlung sich bemüht, auf diesem Gebiete eine Lücke anzufüllen. Bei Beginn des neuen Jahres sei noch besonders auf die „Freien Stunden“ hingewiesen. Jede Woche erscheint ein 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pfennigen. Ueber den Inhalt des neuen Jahrgangs finden unsere Leser alles Wissenswerte in dem in der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt.

Tolle Szenen

spielten sich am Mittwochabend vor den rheinischen Wingerstuben in der Leipzigerstraße ab. Das Juggalter war vorgezogen und die einlaßbegehrenden Anstößlinge schoben sich auf dem Bürgersteig in einem dichten Anhauf hin und her. Innen aber stand der Portier mit würdevoller Miene, wie der Cherub vor dem Eingang des Paradieses, um die Hühnerstehen von den „heiligen Hallen“ abzuhalten. Das Lokal war wegen Heberfüllung abgesperrt. Männlein und Weiblein aber standen unentwegt in der bitteren Kälte, mit blau gefrorenen Nasen und trippelnden „Eisbeinen“, und sehnüchlich flogen die Blicke hin zu dem Wagenschuppen. Die Herren hielten den Portier in den rührendsten Tönen, die Damen mit weinerlicher Stimme und feuchten Augen, sie doch wenigstens hineinzulassen. Aber es half nichts, der Gewaltige war unerbittlich. Mit Nachdruck verwies er auf seine dienstlichen Obliegenheiten, von denen er so wenig abweichen dürfe, wie der Soldat auf Posten.

Jetzt verläßt ein Keger, der fortwährend die Zunge herausstreckt und die Augen verdrückt, mit zwei Töchtern Europas das Lokal. Jemandem Angestellter kommt eifertig hinterher, laut rufend: 3 Personen, nur 3! Der Portier öffnet das Gitter gerade so weit, daß die 3 sich hindurchdrängen können. Doch mit einem wichtigen Anprall wirft sich jetzt der Menschenkumpen auf die schmale Öffnung. Nade werden niedergedrückt, Hüftknochen malträtirt und Korsettstangen geknickt. Mit wahrer Todesverachtung haben sich die beiden Angestellten der Menge entgegen-geworfen. „Kur 3 Personen, nur 3!“ Klingt es verzweifelt durch den wilden Tumult. Endlich gelingt es ihnen, das Gitter zu verschließen. Aber fünf oder sechs Personen haben sich doch durchgeschlagen und atmen jetzt, säufelnd, mit ersticktem Gesicht auf. Zwei sind die „Angstkranken“ böse mitgenommen, die Kleiber zerkratzt, die Haarfresser, die Frucht dreißtündiger Mühen, zerplatzt, aber das schadet nichts, sie sind doch drinnen, während die anderen draußen stehen und mit Wut und Reid auf die Glüdlichen schauen. Diese Szene wiederholt sich, so oft einige Gäste herausdrücken. Des Schicksals Tüde wollte es auch einmal, daß die Braut sich tapfer durchschlug, während der blasse Jüngling mit der genial geschlungenen Kranotte schmerzlichen Blickes draußen stand und wie ein verwundeter Löwe groß und dem „Stern seiner schlaflosen Nächte“ schaute, der „so nah und doch so fern“ war.

Ein alter Drohkentur aber meinte kopfschüttelnd zu seinem Kollegen: „Au Kiel man bloß bei dühliche Voll, als ob sie for ihr Geld nich noch wo anders wat kriegen!“

Wieder nicht der Richtige. Der als angeblicher Urheber des Strausberger Eisenbahnunglücks in Remagen an der Mosel verhaftete Schlosser Bongert scheint schuldlos zu sein. Aus Trier wird gemeldet: Bis her ist es nicht gelungen, irgendwelche Belegungen des Verhafteten zu der Strausberger Katastrophe nachzuweisen.

Die neuen Bestimmungen für Neujahrsgrüße. Für den Neujahrsverkehr stellen wir die wichtigsten Bestimmungen zusammen. Sie sind zum Teil in allerletzter Zeit abgeändert worden. Werden die Grüsse als Drucksachen verschickt, so kann man auf gedruckten Visitenkarten sowie auf Weihnachts- und Neujahrskarten die Adresse des Adressaten, seinen Titel sowie gute Wünsche, Glückwünsche, Danksagungen oder andere Höflichkeitsformen handschriftlich hinzufügen. Diese Zusätze dürfen aber höchstens aus fünf Worten oder den üblichen Anfangsbuchstaben bestehen. Drucksachen dürfen 11,1 Zentimeter breit und 18,8 Zentimeter lang sein. Karten von wesentlich anderer als rechteckiger Gestalt, z. B. in Form von Plandern, Kleeblättern, Bierseideln, sind zur offenen Verwendung nicht geeignet. Offene gedruckte Karten mit der Bezeichnung „Postkarten“ sind zur Beförderung gegen die Drucksachengebühren zulässig, wenn sie sonst den Bedingungen als Drucksachen entsprechen. Bildern, Kufstücken, Zeitungen, Zeitschriften, Bildern und Landkarten darf man eine Widmung hinzufügen. Modelle und Landkarten dürfen ausgemalt werden. Postkarten dürfen in Form, Größe und Papierstärke nicht wesentlich von den amtlichen Formularen abweichen. Die Aufschrift Postkarte brauchen sie nicht mehr zu tragen. Bilderschnitt und Aufklebungen auf der Rückseite und auf den linken Teil der Vorderseite sind insoweit zulässig, als dadurch die Eigenschaft als offene Postkarte nicht beeinträchtigt wird und die aufgeklebten Zettel der ganzen Fläche nach befestigt sind. Warenproben oder ähnliche Gegenstände darf man nicht beifügen.

Die Zentralmarkthalle 1 (Detailhalle) sowie sämtliche anderen Berliner Markthallen sind am Montag, den 30. Dezember, abends bis 9 Uhr und am 31. Dezember während des ganzen Tages ununterbrochen für den Verkauf geöffnet.

Einen neuen Anschlußbetrieb eröffnet die Große Berliner Straßenbahn in Gemeinshaft mit der Südlichen Berliner Vorortbahn am 1. Januar. Es wird dadurch eine Verbindung zwischen dem Zentralbahnhof und Rixdorf hergestellt. Der neue Gemeinshaftsbetrieb wird dadurch hergestellt, daß die bisherige Linie Zentralbahnhof-Rixdorf bis zum Herbergplatz in Rixdorf ver-

längert wird. Die Linie geht dann von der Samariterstraße beim Zentralbahnhof über die Landsberger Allee, den Alexanderplatz, den Spittelmarkt und das Kottbusser Tor nach Rixdorf. Die Betriebsstrecke der Großen Berliner Straßenbahn geht vom Zentralbahnhof bis zum Kottbusser Damm an der Ecke der Kaiser Friedrichstraße. Betriebsstrecken der Südlichen Berliner Vorortbahn sind vom Kottbusser Damm, Ecke der Kaiser Friedrichstraße bis zum Herbergplatz in Rixdorf. Beide Gesellschaften erheben gemeinsam einen Fahrpreis von 10 Pf. Die verlängerte Linie 65 wird sich mit der Linie 58 Zentralbahnhof-Rixdorf zwischen dem Zentralbahnhof und dem Hermannplatz zu einem Betriebe von 7 1/2 Minuten ergänzen. Der erste Wagen geht Werktags vom Zentralbahnhof 5,19 Uhr, vom Herbergplatz 6,22 Uhr, der letzte von der Samariterstraße 11,24 Uhr, von Rixdorf 12,47 Uhr. Sonntags beginnt der Betrieb im Norden erst 6,04 Uhr, am Herbergplatz 7,17 Uhr, dauert aber ebenso lange wie Werktags.

Siemens u. Halske teilt mit, daß in der Silvesternacht auf den Linien Potsdam bezw. Nieder-Schönhausen nach Mittelstraße an-schließend an den Fahrplan noch folgende Sonderzüge verkehren: Ab Pankow, Mendelsstraße, 12,10; 12,30; 12,50; 1,10; 1,30; ab Nieder-Schönhausen 12,20; 12,40; 1,00; 1,20; 1,40. Ab Mittelstraße, Ecke Friedrichstraße, nach Pankow, Mendelsstraße, 1,00; 1,20; 1,40; 2,00; 2,20; nach Nieder-Schönhausen 1,10; 1,30; 1,50; 2,10; 2,30; nach Franz-Buchholz, ab Prinzen-Allee (Ecke Bellerminnstraße), 1,43, Anschluß an den Zug 1,20 ab Mittelstraße. Auf der Linie Behrenstraße-Treptow findet zwischen Behrenstraße und Wiener Brücke bis 1 Uhr 54 Minuten nachts 10 Minuten-Verkehr statt.

Weihnachtspaketstatistik 1907. Rückgang der Auslieferung in Berlin. Der Weihnachtspaketverkehr hat in diesem Jahre nach der jetzt vorliegenden Statistik im Berliner Bezirk zwar wieder erheblich zugenommen, aber doch schäblich unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse gelitten. Die Zahl der ausgegebenen und eingegangenen Pakete in der Zeit vom 12. bis 25. Dezember hat in Berlin 1907 fast 2 1/2 Millionen erreicht, genau 2 477 888. Gegen Weihnachten 1906 bedeutet dies eine Zunahme von 24 873 Stück. Die Zunahme rührt aber ausschließlich von den eingegangenen Paketen her, bei denen sie 30 088 betrug. Bei in Berlin ausgegebenen Paketen zeigt sich also zum ersten Male seit vielen Jahren ein kleiner Rückgang von 4218 Paketen. Bei den Ortspostanstalten Berlins waren in der Zeit vom 18. bis 25. Dezember nicht weniger als 12 267 Beamte beschäftigt. Es entfallen davon auf die eigentlichen Beamten 3327, auf die Unterbeamten 5071, auf die Postboten 3869. Zur Bewältigung des Postverkehrs wurden täglich 2431 Pferde verwendet.

Eine wenig angenehme amtliche Weihnachtsüberraschung ist den Betroffenen der an der Kremmener Bahn gelegenen Vororte zuteil geworden. Die Eisenbahndirektion hat die Durchführung des Vorortverkehrs nach Veltan davon abhängig gemacht, daß die in Betracht kommenden Gemeinden Zuschüsse zu den allerdings nicht unbedeutlichen Kosten, die aus den Ausbaurbeiten der Strecke entstehen, leisten sollten. Wenn auch hiermit eine Anzahl der interessierten Ortsgemeinden einverstanden sind, stößt die Forderung der Bahnverwaltung besonders in Veltan auf Widerstand, da diese Gemeinde schon ganz erhebliche Aufwendungen im Interesse des Zustandekommens der Bahnstrecke Berlin-Veltan-Kremmen gemacht hat. Die der Bahnverwaltung bei diesem Anlaß gemachten Aufwendungen an Gelde und baren Geldes dürften sich auf etwa 1/4 Million Mark beziffern. Das dem Staate damals zur Verfügung gestellte Terrain ist hinreichend für die notwendigen Erweiterungsarbeiten des zukünftigen Vorortbahnhofs. Allerdings ist der Bau eines Lokomotivschuppens in Veltan erforderlich und die Kosten für diesen soll die Gemeinde nunmehr aufbringen. Es erscheint auch nicht ausgeschlossen, daß seitens der Besitzer der Kugelfabriken und Ziegeleien in Veltan und Umgebung im Interesse eines Zustandekommens des Vorortverkehrs wenigstens ein Teil der geforderten Beifugung aufgebracht wird. Die übrigen Gemeindebezirke an der Bahnstrecke, die allerdings mit weniger bedeutenden Kosten herangezogen werden sollen, haben sich zur Aufbringung der erforderlichen Mittel der Eisenbahndirektion gegenüber bereit erklärt.

Schwere Tage. Das Oberzeremonienamt veröffentlicht jetzt die Liste der Winterfeste, die am königlichen Hofe im Laufe des Winters stattfinden. 1. Januar: Neujahrsgratulation beim Kaiserpaar. 17. Januar: Fest des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler. 19. Januar: Krönungs- und Ordensfest. 21. Januar: Große Cour für das diplomatische Korps, für sämtliche Damen und für die Herren vom Zivil. 23. Januar: Militärcour. 27. Januar: Geburtstagsfest des Kaisers. Die Hofbälle folgen dann an den nächsten Mittwochen, der Hofnachtsball findet am Dienstag, den 3. März, statt. Gleichzeitig mit dieser Liste läßt der Oberhofmarschall Graf A. zu Eulenburg die übliche Hofansage für die Neujahrsgratulation beim Kaiserpaar ergehen. Die anschließliche des Todes der Königin-Witwe Karola von Sachsen angelegte Hoftrauer wird für den 1. Januar abgelegt. Das werden schwere Tage werden für die Hofgesellschaft.

Nabezu fünfzig Unfälle sind am Freitag nachmittags und am Abend infolge des Schneefalles in den Straßen Berlins herbeigeführt worden. Die Schneeflocken rieselten nur langsam nieder und dadurch wurde auf den Bürgersteigen und auch auf den Fahrdämmen eine Glätte hervorgerufen, die für die Passanten außerordentlich gefährlich werden sollte. Ueberall sah man auf den Straßen Personen stürzen, und leider sollten eine große Anzahl der Unfälle einen recht verhängnisvollen Verlauf nehmen. In die Rettungswachen und Unfallstationen wurden etwa fünfzig Personen eingeliefert, die bei der Glätte erheblich zu Schaden gekommen waren. Zum weitaus größten Teil hatten sich die Unglücklichen Arm- und Beinbrüche zugezogen. Unter den Verletzten befand sich auch der Pfarrer Rosenburg von der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche. Herr K. glitt am Kurfürstendamms aus und stürzte so unglücklich, daß er sich zweimal den linken Oberarm brach. Auf einzelnen Stationen hatten die Ärzte und Heilgehilfen fortwährend zu Fall gekommene Personen zu verbinden. Die Hauptschuld an den zahlreichen Unfällen trägt wohl der Windstand, daß zu Beginn des Schneefalles so gut wie gar nicht gestreut wurde. Erst in den späten Nachmittagsstunden bequemten sich die meisten Hausbesitzer dazu, die Bürgersteige mit Sand oder Asche zu bestreuen. Auch am gestrigen Vormittag kamen wieder mehrere Passanten beim Ausgleiten auf den Bürgersteigen zu Schaden.

Durch den starken Schneefall sind vorgefunden auch empfindliche Störungen im Berliner Straßenverkehr hervorgerufen worden. Es wurde den Pferden außerordentlich schwer, die Fuhrwerke in dem Schnee vorwärts zu bewegen, und vielfach konnte man beobachten, daß die Tiere gänzlich abgemattet mitten auf den Gleisen stehen blieben und nicht von der Stelle zu bewegen waren. Die Omnibusse wurden zum Teil mit Vorspann versehen, und auch bei den Lastfuhrwerken mußte die Vorspannung verstärkt werden. Im Straßenbahnbetriebe mußten die Salzstreuwagen in Aktion treten.

Das fingierte Eisenbahnattentat bei Karlshorst vor Gericht. Vor dem Schöffengericht in Köpenick wurde gestern das fingierte Eisenbahnattentat bei Karlshorst, worüber wir seinerzeit berichteten, verhandelt. Bekanntlich hatte der Hilfsweichensteller Richard Gelling aus Köpenick angegeben, daß er beim Abgehen der Strecke zwischen Sadowa und Karlshorst von zwei Männern, die es auf ein Eisenbahnattentat abgesehen haben sollten, überfallen worden war. Im Laufe der Untersuchung gestand G. dann ein, daß er sowohl den Ueberfall als auch den angeblichen Attentatsversuch fingiert habe, um sich dadurch in ein günstiges Licht bei der Eisenbahnbureaucratie zu stellen. Gestern fand er nun wegen groben Unfugs vor dem

Schöffengericht. Er wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Aus dem Dienst war G. schon damals entlassen worden.

Wieder eine Vergewaltigungstat.

Durch Arbeitslosigkeit in den Tod getrieben wurde der 28 Jahre alte Mechaniker Hermann Meier aus der Mantelstr. 20. A. hatte vor etwa drei Wochen seine Stellung verloren und seitdem suchte er vergeblich nach neuer Beschäftigung. Er geriet mit seiner Familie in die größte Notlage. In der Vergewaltigung griff der Unglückliche zum Strick. Während seine Frau gestern Abend die Kinder zu Bett brachte, erhängte er sich in der Küche am Türpfosten. Bei der Rückkehr der Frau war der Lebensmüde bereits tot.

Der Polizeipräsident veröffentlicht folgende Warnung: In hiesigen Zeitungen wird von dem hiesigen Friedrichstr. 115 wohnhaften W. Lindfuß das Mittel Mesembryanthemum gegen Menstruationsstörungen usw. angepriesen. Das aus der gepulverten Röhricht- und gemeinen Kamille bestehende, durch geringe Mengen von Glycerinbestandteilen und Samen verschiedener Art verunreinigte Mittel wird zu dem Preise von 10 M. verkauft, während sein wirklicher Wert etwa 30 bis 40 Pfennige beträgt. Vor Bezug dieses Mittels, dem die ihm beigelegte Wirkung nicht innewohnt, und das ebenso wie alle ähnlichen unter anderen Namen angepriesenen Menstruationspulver lediglich auf Ausbeutung leichtgläubiger Frauen berechnet ist, wird hiermit gewarnt.

Im Reichen des Verlehrs. Aus Anlaß der am 1. Januar 1908 im königlichen Schloße stattfindenden Gratulationsfeier, des Salutschießens und Aufzuges und der großen Parolenausgabe im Zeughaus werden von etwa 10 Uhr vormittags ab bis nach Beendigung der Feierlichkeiten — etwa gegen 1 Uhr nachmittags — die Kaiser-Wilhelm- und die Schloßbrücke, der Lustgarten, die Schloßfreiheit und der Platz am Zeughaus für Fuhrwerke, Reiter und Fußgänger nach Bedarf gesperrt werden.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt in dieser Woche allabendlich der neue, mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandelvorreden ausgestattete Vortrag „Auro und die Uraniden“ zur Darstellung. Um auch den Schulkindern Gelegenheit zu geben, während der Ferien die Urania zu besuchen, finden täglich um 4 Uhr Nachmittagsvorstellungen zu kleinen Preisen statt, und zwar werden nachstehende Vorträge gehalten werden: Sonntag, Mittwoch und Sonnabend „Frühlingstage an der Riviera“ — Montag und Donnerstag „Sizilien, Lebens- und Naturbilder aus klassischen Städten“ — und Dienstag und Freitag „Am Golf von Neapel“.

Die Unterrichtsstunde für Arbeiter der Freien Studentenschaft veranstalten für ihre Hörer am heutigen Sonntag, den 29. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in den Zentralgefällen, Alte Jakobstr. 32, einen Kunstabend: „Reihnachten. Ein Märchenabend für Groß und Klein“. Mitwirkende: Maria Holgers (Regitation), Frau Birnbaum (Violone), Fräulein Völlersing (Gesang), Leo Reichenberg (Klavier), Gg. Engelbert Graf (einleitende Worte). Die Kinder der Hörer (sowohl der jetzigen wie der aus vergangenen Semestern) haben in Begleitung Erwachsener freien Eintritt. Eintrittskarten für Erwachsene à 0,30 M. inkl. Programm und Tanz. Nach dem künstlerischen Teil gefälliges Beisammensein.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. Archenhold am Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 5 Uhr über: „Reues vom Mars“, abends 7 Uhr über: „Das Werden und Vergehen der Welten“. Das Thema für den Montag-Vortrag abends 8 Uhr lautet: „Einführung in die Astronomie“. Alle drei Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet.

Feuerwehrbericht. Im Ritternacht wurde der 10. Zug nach der Leipzigerstr. 123 alarmiert. In diesem Gehäusen an der Wilhelmstraße waren drei Personen in einem Zehntel ein- geschlossen und konnten, zwischen dem Mauerturm und dem Fahrstuhl eingeschlossen, weder vor- noch rückwärts. Die Feuerwehr befreite die Personen mit samt dem Fahrstuhlführer aus ihrer Notlage. Rechts um 1 Uhr brannten in der Scharrenstraße Möbel und anderes in einer Wohnung. Durch Entflammung eines Weihnachtsbaumes kam in der Reichthorstr. 11 spät abends Feuer aus. Der 17. Zug hatte gleichzeitig in der Kochstr. 37 zu tun, wo Balkenlager, Zuhöden usw. brannten. In einem Lagerraum in der Alexandrinenstr. 24 war Feuer ausgebrochen, das Papppapier, Regale usw. ergriffen hatte, als die Feuerwehr erschien. Diese beseitigte dann bald die Gefahr. Ferner hatte die Feuerwehr in der Köpenickerstr. 8a, Friedenstr. 67, Dorotheenstr. 24 und an anderen Stellen zu tun, wo in Wohnungen Feuer entstanden war.

Arbeiter-Samariterkolonne. Morgen Montag abends 9 Uhr findet die ordentliche Mitgliederversammlung bei Dase, Brunnens- straße 154, statt. Mitteilungen des Vorsitzenden und des Kassierers sowie verschiedene Vereinsangelegenheiten stehen auf der Tages- ordnung. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist geboten. Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzulegen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Magistrat der Stadt Charlottenburg hat laut § 10 des Ortsstatuts die Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht zu Charlottenburg am Donnerstag, den 16. Januar 1908, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr und von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr, festgesetzt. Es sind zu wählen 36 Beisitzer, je zur Hälfte aus dem Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auf die Dauer von 2 Jahren, mittels geheimer Stimmabgabe. In den 8 Wahlbezirken sind, außer dem 3. Wahlbezirk, der jetzt in vier Abstimmungsbezirke (anstatt drei vor zwei Jahren) eingeteilt ist, je ein Wahllokal vorgesehen. Zur Teilnahme an den Wahlen seitens der Arbeitnehmer ist jeder Deutsche, welcher bis zum Tage der Wahlen das 25. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirke des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung hat, berechtigt. Als Ausweis zur Wahlberechtigung genügt ein Zeugnis des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, durch welches bestätigt wird, daß der Arbeiter in Charlottenburg in Arbeit steht oder wohnt. — Formulare zu diesen Bescheinigungen sind bei den Polizeirevier- vorständen vorzulegen, werden auch in der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts, Rathaus, Zimmer 32, unentgeltlich verabfolgt. — Jede weitere Auskunft über die Wahlen, Mitteilungen usw. erteilt der Obmann der Charlottenburger Gewerkschaftskommission, Genosse Otto Flemming, Pestalozzistr. 13.

Rigdorf.

Ein heftiger Zusammenstoß eines Automobils mit einem Straßenbahnwagen fand vorgestern nachmittags gegen 7 Uhr an der Ecke der Rietzen- und Hermannstraße statt. Bei einem von Berlin kommenden Privatautomobil verlor die Steuerung und so fuhr der Kraftwagen mit voller Geschwindigkeit gegen die Vorderplattform eines entgegenkommenden Straßenbahnwagens der Linie 94. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Heftigkeit, daß die Vorderachse des Motorwagens aus den Gleisen gehoben, die Plattform eingedrückt und die Verrichtungen zerbrochen wurde. Am dem Automobil wurde der Vorderkasten zertrümmert und die Vorderachse zerbrochen. Durch den Anstoß wurde eine Störung des Straßenbahnbetriebes von fast einer halben Stunde herbeigeführt. Die Fahrgäste des Straßenbahnwagens kamen mit dem Schrecken davon, während der Insasse des Automobils, Fabrikant Nam, leichte Kontusionen erlitt.

Schöneberg.

Der Verein zur Förderung der Kunst hält am heutigen Sonntag, abends 7 Uhr, im großen Saale des Hofgarten-Olympiums einen Weihnachtsabend für Groß und Klein ab. Auf dem Programm

steht: Märchenverlesung, Gesang und Klavierstücke. Am Schluß Gratulationslosung von Jugendbüchern und Kunstblättern. Einlaßkarten zum Preise von 30 Pf. für Erwachsene und 20 Pf. für Kinder sind in der Parteidirektion beim Genossen B. Gammeler, Martin-Luther- straße 51 (Kaden) zu haben. Ein Kind in Begleitung Erwachsener hat auf jede Karte freien Eintritt.

Treptow-Baumschulweg.

Unter der Auflage, den Befehlen eines Gendarmen nicht sofort Folge geleistet und an der Fortsetzung einer aufgelösten Versammlung teilgenommen zu haben, stand gestern Genosse Helbig vor dem Landgericht II. Am 3. Juli 1907 fand in Baum- schulweg eine öffentliche Versammlung der jugendlichen Arbeiter statt, welche von dem überwachenden Gendarmen aufgelöst wurde. Von den Versammlungsteilnehmern, welche sich sofort aus dem im Garten liegenden Saale entfernten, gingen circa fünf Personen nach dem an der Straße auf demselben Grundstück liegenden Café; darunter auch der Angeklagte. Dieser hatte jedoch erst eine Stunde später nach dem von ihm öfter besuchten Lokale gekommen. Hier wurde er mit noch drei Versammlungsteilnehmern, deren Sache noch vor Gericht schwebt, aufgeschrieben und aus dem Lokal verwiesen. Der Gendarm verurteilte, daß die aufgelöste Versammlung hier weiter tagen würde, obwohl auch fremde in der auf- gelösten Versammlung nicht anwesende Gäste im Lokal waren. Das Schöffengericht in Rigdorf verwarf am 8. Oktober die gegen den Strafbefehl von 3 Mark eingelegte Berufung. In der Berufungssitzung wurde der Angeklagte durch den Genossen Dr. Herzfeld vertreten. Derselbe kennzeichnete in längeren juristischen Ausführungen die Unhaltbarkeit der Strafverfügung. Der Gerichtshof kam nach längerer Beratung zur Freisprechung. Schon die Aussagen des Gendarmen, wonach circa fünf Personen am Buffet gestanden hätten, böten keine Handhabe, die Strafe aufrecht zu erhalten; auch träfen die Bestimmungen des Vereinsgesetzes nicht zu. Es rechtfertigte sich daher nicht nur, die persönlichen Kosten dem Angeklagten zu erhalten, sondern auch die Kosten für die Verteidigung, weil der Fall äußerst kompliziert liege und sich der Angeklagte einen Verteidiger nehmen mußte.

Rummelsburg.

Diebe erbrachen gestern nacht 4 Uhr den Schrank des Uhr- machers und Goldarbeiters Jahn, Neue Bahustr. 32. Im Kasten lagen zum großen Teil unechte Waren, so daß der Verlust nur gering ist.

Teltow.

Die Teltower Industriebahn, welche den Bahnhof Teltow mit dem südlichen Hafen am Teltowkanal verbinden soll, ist im Bau so weit vorgeschritten, daß eine Teilstrecke bereits im Januar in Betrieb genommen wird.

Gerichts-Zeitung.

Ein Schwindler mit Militärandenken verurteilt.

Vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I wurde am Sonn- abend in der Berufungssache des Kriegswaisens und Geschäfts- unternehmers G. A. Boog, der, wie wir am 16. November mit- teilten, in der Vorinstanz, vor dem Schöffengericht, zu neun Monaten Gefängnis wegen Betruges verurteilt war, ver- handelt.

Gustav Boog betrieb einen Handel mit Militär- andenkeln, Schmelzwaren und dergleichen Dingen, die patriotischen Herzen dadurch besonders teuer sein sollten, daß diese „Andenken“ aus alten, gebrauchten Gewehren hergestellt wurden. „Zur Er- innerung an meine Dienstzeit“ lautete die Aufschrift an vielen „Reihen“, für die Boog den Kaiserhut angemeldet hatte, trotzdem ähnliche Sachen vielfach im Handel waren. Boog be- zeichnete sich freilich als „der alleinige Fabrikant dieser Waare in Deutschland“. Er soll sein Geschäft zweimal veräußert haben; er machte große Reklame dafür, um Käufer zu finden und verstand, seine guten Zeugnisse aus der Militärdienstzeit dabei zu verwenden. Mit Stolz wies er auf seine Verdienste im Felde hin und auf den Besitz des „Eisernen Kreuzes“. Er prahlte auch mit einem Briefe seines Regiments- kommandeurs, der seine Tüchtigkeit als Soldat bezeugte, ferner mit einem „Kaiserswort“, das auf seine Tapferkeit im Felde Bezug hatte. Dadurch verführte er die Käufer in den Glauben, daß er große Verdienste habe, die für den Ver- kauf der Artikel dienlich gemacht werden könnten. Er spielte den Wiederweiser, der in den Akten gut angeschrieben sei, wo die alten Gewehre gekauft wurden und wo er den Vorzug habe; er erklärte sich bereit, sich in den Dienst der Käufer zum Vertrieb der „Militärandenken“ zu stellen, zog sich aber bei der ersten Gelegenheit zurück. Es kam ihm auf unwahre Angaben bei den Verkäufen seines Geschäfts nicht an, das er einmal für 4500 M., dann für 3000 M. Käufern über- ließ, denen er den Wert seines Geschäfts in schwindelhafter Weise darstellte.

Bei der Vernehmung des Zeugen Hassenbach, der das Ge- schäft von dem Angeklagten für 3000 M. gekauft hatte, fragte der Verteidiger Dr. Kantschewicz den Zeugen, ob er wisse, wer dem „Vornam“ von dem Termin dieser Verhandlung Kenntnis gegeben habe, da ein Spezialberichterstatter anwesend sei. Der Vor- sitzende lehnte die Frage ab, der Verteidiger verlangte einen Gerichtsbeschuß und das Gericht entschied nach kurzer Beratung, daß die Frage als nicht zur Sache gehörig abzulehnen sei.

Außer dem genannten Zeugen wurden noch drei weitere ver- nommen, deren Aussagen dem Angeklagten ebenfalls sehr ungünstig waren. Alle erklärten, daß sie von Boog irreführt wurden, der sie über die Lage des Geschäfts falsch unterrichtete und dessen Schwün- deln bald offenkundig wurden. Günstig für den Angeklagten sagte nur seine Frau aus.

Der durch seinen eigenartigen Antrag bemerkenswerte Ver- teidiger trat für Freisprechung seines mit zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust wegen Betruges verurteilten Klienten ein. Boog habe sich als alter Krieger seit 20 Jahren gut geführt, denn bis dahin reichten seine Vorstrafen zurück. Er ersucht ihn der Milde des Gerichts, wenn es ihn schuldig befinden sollte.

Staatsanwalt Dr. Jäger hält die betrügerische Absicht des Angeklagten für festgesetzt und das erste Urteil für durchaus gerecht und er beantragt Verurteilung der Berufung.

Das Urteil des Gerichts lautete dahin, da die Vorspiegelung falscher Tatsachen, durch die der Käufer Hassenbach geschädigt wurde, klar erwiesen ist, wird die Berufung des Angeklagten gegen das erste Urteil kostenpflichtig zurückgewiesen.

Kündigungsfrist und Feiertage.

Eine jüngst getroffene Entscheidung des Reichsgerichts bestätigt, daß der Wortlaut des § 103 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Bt) an einem bestimmten Tage oder innerhalb einer Frist eine Willens- erklärung abzugeben oder eine Leistung zu bewirken, und falls der bestimmte Tag oder der letzte Tag der Frist auf einen Sonntag oder einen an Erklärungs- oder Leistungsorte staatlich anerkannten allgemeinen Feiertag, so tritt an die Stelle des Sonntags oder des Feiertags der nächstfolgende Werktag auch auf Kettenverträge angewandt ist.

Zu der erwähnten Entscheidung kam es anlässlich eines Rechts- streites der Großkaufmannschaft Deutsche Konsumvereine in Hamburg gegen die Waren- kommissionsbank in Hamburg. Die Großkaufmann- schaft hatte von der Beklagten mehrere Räume gemietet. Am § 4 der Vertragsbestimmungen war dargelegt worden, daß jeder Teil dem anderen sechs Monate vor Ablauf der Vertragszeit (31. März 1908) kündigen könne und daß bei unterlassener Kündigung

der Vertrag stillschweigend fortbestehen unter gegenseitiger sechs- monatlicher Kündigungsfrist auf den 31. März oder den 30. September eines jeden Jahres. Die Großkaufmannschaft kündigte mittels zweier Briefe, die der Beklagten Warenkommissions- bank am 2. April 1907 zugegangen waren, auf den 30. September 1907. Der eine Brief war bereits am 31. März 1907 abgehandelt worden, jedoch erst am 2. April in die Hände der Beklagten gekommen, weil auf den 31. März und den 1. April 1907 die Osterfeiertage fielen. Die Beklagte bestritt die Rechtzeitigkeit der besagten Kündigung wegen Nichterhaltung der sechsmonatlichen Frist.

Während das Landgericht Hamburg den Standpunkt der Beklagten vertrat und die Klage abwies, erlaubte das Oberlandesgericht Hamburg dahin, daß die Kündigungsfrist als innegehalten zu betrachten und die Kündigung deshalb auf den 30. September 1907 rechts wirksam sei. Das Oberlandes- gericht gründete sein Urteil auf den angeführten § 103 B. G. B.

Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts er- kannte auf Zurückweisung der Revision, indem er darlegt, daß die Kündigung immer spätestens am 31. März oder 30. September für das andere Halbjahr zu erfolgen habe, der § 103 des Bürgerlichen Gesetzbuches aber rechtmäßig vom Ober- landesgericht angewandt worden sei. Der Berufungsrichter habe bei seiner Beurteilung der Sachlage auch erwogen, ob nicht etwa die Auslegungsvorschrift des § 103 des Bürgerlichen Gesetzbuches durch abweichenden Parteinutzen ausgeschlossen worden sei. Dies wäre z. B. der Fall gewesen, wenn die Parteien gewollt hätten, daß die Monate zwischen geschlossener Kündigung und Vertragsende unter allen Umständen unverkürzt ablaufen sollten. Einen solchen Parteinutzen siehe jedoch — wie der Berufungsrichter un- ansehbar festgestellt habe — der Vertrag nicht erkennen.

Haftung des Gastwirts für Verkehrssicherheit.

Während der Abwesenheit des Gastwirts A. am Brühl zu Leipzig von seiner Wirtschaft brachten Vierfahrer das von A. bestellte Bier und schafften dieses, nachdem sie von den Angestellten des A. den Schlüssel erhalten hatten, in den Keller. Die Vierfahrer hatten den Kellereingang aber nicht genügend verwahrt und kam infolgedessen der Wuchhalter Kaiser aus Leipzig, der den un- verwahrten Kellereingang für den gleich dahinter liegenden Wirtschaftseingang hielt, zu Schaden. Kaiser behauptet, insolge des Unfalles dauernd erwerbsunfähig geworden zu sein, und machte nun den Gastwirt A. hierfür verantwortlich, weil dieser schuldaster- weise nicht dafür gesorgt habe, daß während der Einbringung des Bieres durch die Vierfahrer der zur Kelleröffnung führende Ein- gang verwahrt worden sei.

Landgericht Leipzig und Oberlandesgericht Dresden traten dieser Auffassung bei, indem sie annehmen, daß der besagte Gastwirt sowohl gegen den Abs. 1 des § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches wie gegen Abs. 2 in Verbindung mit § 307 Ziffer 13 des Strafgesetzbuches verstoßen habe. Da sie aber weiter annehmen, daß auch ein Verschulden des Klägers bei dem Unfall mitgewirkt habe, so verurteilten sie den Gastwirt nur zur Tragung des Schadens in Höhe von drei Vierteln.

Dieses Urteil wurde vom Beklagten durch Revision an- gegriffen und gerügt, daß bei Bewertung der verkehrsrechtlichen Sorg- losigkeit des Beklagten dieser zum mindesten darüber hätte befragt werden müssen, ob er das Kommen der Vierfahrer in seiner Ab- wesenheit habe voraussehen können. Das Oberlandesgericht hatte eine Verurteilung des Beklagten eintreten lassen, weil dieser gar nicht behauptet hatte, daß er ein Kommen der Vierfahrer in seiner Abwesenheit nicht habe voraussehen können. Im übrigen war das Berufungsgericht davon ausgegangen, daß es Pflicht des Beklagten war, für einen solchen Fall der Vierfabrierung die nötigen Vor- sorgeleistungen zu treffen und Anweisungen zu erteilen. Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte auf Zurück- weisung der Revision des Beklagten, indem er anführt, daß die Revision irre, wenn sie meine, nicht der Beklagte, sondern der Kläger hätte behaupten und beweisen müssen, daß der Beklagte die Ankunft der Vierfahrer während seiner Abwesenheit hätte vor- aussehen können.

Gegenüber dem festgestellten Sachverhalt, daß an einem Orte, an dem Menschen verkehren und über den der Besagte die Ver- sorgung hatte, ein gefährdender Zustand bestand und zwar insolge einer Verletzung, die der Betrieb des Gastwirts gewerbes mit sich bringt, und die auch in Abwesenheit des Gastwirts vorgekommen zu werden pflegt, wäre es Sache des Beklagten gewesen, Umstände dar- zulegen, aus denen sich ergeben würde, nicht bloß, daß diese Ver- richtung nicht mit seinem Wissen geschähe, sondern auch, daß er sie nicht habe voraussehen können.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterin.

Das Organ der süddeutschen katholischen Arbeiterinnenvereine „Die Arbeiterin“ bringt in einer Abonnementeinladung sich selbst ein voll gerüstet Maß Lob dar. Unter anderem heißt es dort:

Gerade unsere katholischen und christlichen Arbeiterorgane sind es, die bei ihrem energischen Eintreten für die gerechten For- derungen der Arbeiterin auf der anderen Seite dahin streben, daß die gesteckten Ziele auf friedlich-friedlichem Wege erreicht werden. In ganz besonderer Weise tut dies unser Verbundorgan dadurch, daß es seine Leserinnen auf die brennendsten Punkte in der Arbeiterinnenfrage aufmerksam macht.

Was nicht zu leugnen ist! In den brennendsten Punkten gehört die ungeheuerliche Lebensmittelerhöhung! Das Blatt nimmt auch Notiz davon. Aber nicht etwa in folgender Weise:

Die Lebensmittelerhöhung ist in hervorragender Weise eine Folge der deutschen Volkspolitik. Für diese ist in erster Reihe das Zentrum verantwortlich. Ohne die Mißgriffe des Zentrums wären die neuen Volkspolizeien nicht zur Geltung gekommen. Das Zentrum will von der Leuerung, von der Not des Volkes nichts wissen, darum verhindert es die Fortsetzung der Debatte über die Lebensmittelerhöhung im Reichstag. Das Zentrum will dem armen Volke nicht helfen, darum sprach kein Redner gegen Auf- hebung der das Brot verteuernenden Zölle. Für die weitgehenden Forderungen der Arbeiterin setzt das Zentrum stets seine ganze Macht ein und der Agrarier Wünsche werden erfüllt. Sieben Arbeiter- forderungen auf der Tagesordnung, dann ist das Zentrum sehr, sehr bescheiden, dann kann es nie etwas erreichen. Der größte Feind der Arbeiterin ist das heuchlerische Zentrum.

Wie gesagt, so schreibt die „Arbeiterin“ nicht, wie sie tun möchte, wenn sie den Leserinnen sagen wollte, was ist. Da der Zweck die Mittel heiligt, soll den katholischen Arbeiterinnen die Lebensmittel- erhöhung als unabwendbares Geschick erscheinen. Die „Arbeiterin“ weiß sich anders keinen Rat, als den Leserinnen, die mit jedem Groschen rechnen müssen, die Anschaffung eines Kleides und Wirt- schaftskalenders zu empfehlen. Und das spreizt sich als Vertreterin von Arbeiterinneninteressen, und ist doch nichts anderes als eine Schutz- garde für die Volkbeivaher.

Barmherzigkeit oder Gerechtigkeit?

Die aufrichtige Mutterchaft ist ein Schandfleck! Von tausend frommen Lippen läßt es immer wieder. Und immer wieder über- winden sich tausend erbarmungslosigen Herzen aus christlicher Nächsten- liebe den „Gefallenen“ und „Verlorenen“ „hilffreich“ zu sein. Und schämten sich nicht, im Dienste dieser Nächstenliebe und wohl aus- gerüstet mit dem pharisäischen Dogmatismus, der sich hoch erheben soll über „solchen Schmutz“, die unglücklichen Opfer ihres Wohl- tuns in den Staub der Demütigung und schweigenden Erniedrigung zu treten. Und schämen die Verantwortung nicht, die sie, diese heiligsten „Sünder der Gesellschaft“ für alle die Lusten trifft, die zur außer- ethischen Mutterchaft und von da auf schlüpfrigen Pfaden nur allzu- leicht zur Prostituktion führen.

